



Investmentfonds-Bericht

Januar 2026

Inhaltsverzeichnis

	Seite
0. Überblick über den Ausblick	2
1. Rückblick auf das Börsenjahr 2025	5
1.1 Aktienmärkte	5
1.2 Rentenmärkte	8
1.3 Devisenmärkte	7
2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds	9
3. Rückblick auf die beiden Schmitz & Partner Fonds	15
3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds	15
3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds	16
3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds	18
4. Ausblick auf aktuelle Themen	20
4.1 Immer höhere Staatsschulden?	20
4.2 Noch mehr Sozialstaat – und wo bleiben die Reformen?	33
4.3 Gibt es in Deutschland noch Meinungsfreiheit?	48
4.4 Bleibt der Euro eine Schwachwährung?	52
4.5 Ist der Kauf von Bitcoins eine sinnvolle Investition?	57
4.6 Der digitale Euro – welche Folgen drohen den Bürgern?	61
4.7 Gold und Silber weiter im Aufwärtstrend?	65
4.8 Was tun beim nächsten Börsencrash?	73
5. Ausblick auf das Investmentjahr 2026	76
6. Durchblick mit aktuellen Presseartikeln	88

Der nachstehende **Überblick** über die wichtigen Kapitel 4 und 5 in Form einer kurzen Zusammenfassung wurde erstmals in dieser Form erstellt und mit Unterstützung künstlicher Intelligenz erarbeitet. Die folgenden Inhalte sind wie gewohnt vollständig in redaktioneller Handarbeit entstanden.

Kapitel 4.1: **Immer höhere Staatsschulden?**

Mit der faktischen Aufweichung der Schuldenbremse und der Einrichtung sogenannter „Sondervermögen“ hat Deutschland eine finanzpolitische Zäsur vollzogen. Es handelt sich um eine massive Neuverschuldung, die den Staatshaushalt dauerhaft belastet und den jahrzehntelang erfolgreichen Stabilitätskurs beendet. Die Kapitalmärkte reagieren bereits mit steigenden langfristigen Zinsen. Zeitversetzt wird diese Politik zwangsläufig zu höherer Inflation und weiterem Kaufkraftverlust führen.

Inflation ist die logische Folge expansiver Schulden- und Geldpolitik. Der Euro verliert dadurch strukturell an Substanz. Weltweit steigen die Staatsschulden auf Rekordniveaus, der Schuldendienst bindet zunehmend fiskalische Spielräume. Besonders kritisch bleibt die Lage in Frankreich, deren Haushaltsentwicklung das Risiko einer neuen Eurokrise erhöht. Historisch existieren nur zwei Auswege aus übermäßiger Verschuldung: reales Wachstum oder eine Entwertung der Schulden zulasten der Gläubiger. Da nennenswertes Wachstum kaum realistisch erscheint, steigen die Risiken von Inflation, finanzieller Repression und staatlichen Zugriffen auf Vermögen.

Kapitel 4.2: **Noch mehr Sozialstaat – und wo bleiben die Reformen?**

Der deutsche Sozialstaat hat eine Größenordnung erreicht, die wirtschaftliche Dynamik zunehmend hemmt. Die Staatsquote liegt über 50 Prozent. Während konsumtive Sozialausgaben weiter wachsen, bleiben Investitionen in Infrastruktur, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit unzureichend. Die Folge ist wirtschaftliche Stagnation, steigende Abgabenlast und eine schleichende Erosion der Standortqualität.

Notwendige Strukturreformen im Renten-, Sozial- und Transfersystem werden aus politischer Opportunität vertagt. Stattdessen wird die Finanzierung über neue Schulden ausgeweitet. Diese Politik wird häufig mit angeblich wachsender Ungleichheit legitimiert – obwohl empirische Daten keine entsprechende Entwicklung belegen. Wahrnehmung und Realität driften auseinander. Der Staat wächst weiter, während private Wertschöpfung und Investitionen zurückgedrängt werden.

Kapitel 4.3: **Gibt es in Deutschland noch Meinungsfreiheit?**

Rechtlich ist die Meinungsfreiheit garantiert, faktisch empfinden immer weniger Bürger sie als gelebte Realität. Ein wachsender Teil der Bevölkerung vermeidet offene

politische Meinungsäußerungen aus Angst vor sozialen oder beruflichen Konsequenzen. Besonders Bürger mit nicht-mainstreamkonformen Positionen spüren zunehmenden Anpassungsdruck.

Die mediale Meinungslandschaft weist eine hohe politische Homogenität auf. Ein enger werdender Meinungskorridor begünstigt Konformität statt offener Debatte. Abweichende Positionen werden schneller delegitimiert oder moralisch diskreditiert. Dies schwächt die demokratische Diskussionskultur und fördert gesellschaftliche Polarisierung.

Kapitel 4.4: **Bleibt der Euro eine Schwachwährung?**

Der langfristige Währungsvergleich spricht eine klare Sprache: Der Schweizer Franken bleibt aufgrund niedriger Staatsverschuldung und stabiler Geldpolitik die stärkste Währung. Euro und US-Dollar leiden dagegen unter strukturell hohen Schuldenständen und fiskalischer Disziplinlosigkeit.

Die Verwässerung des europäischen Stabilitätspaktes und die Aufnahme wirtschaftlich schwächerer Länder verstärken die strukturelle Schwäche des Euro. Für Anleger bedeutet dies eine fortgesetzte Entwertung der Kaufkraft und die Notwendigkeit, schwache Währungen systematisch zu meiden.

Kapitel 4.5: **Ist der Kauf von Bitcoins eine sinnvolle Investition?**

Der Kursrückgang des Bitcoin im Jahr 2025 unterstreicht erneut den spekulativen Charakter von Kryptowährungen. Bitcoin besitzt keinen inneren Wert, generiert keinen produktiven Nutzen und ist extrem volatil. Zusätzliche Risiken entstehen durch kreditfinanzierte Bitcoin-Käufe von Unternehmen sowie langfristige technologische Unsicherheiten.

Für einen nachhaltigen Vermögensaufbau bleiben Kryptowährungen ungeeignet.

Kapitel 4.6. **Der digitale Euro – welche Folgen drohen den Bürgern?**

Der digitale Euro stellt einen fundamentalen Systemwechsel dar. Programmierbare Zahlungen, mögliche Verfallsdaten, Einschränkungen der Sparfunktion, vollständige Nachverfolgbarkeit und die Kopplung an digitale Identitäten ermöglichen weitreichende staatliche Kontrolle.

Die finanzielle Selbstbestimmung der Bürger wird dadurch substantiell eingeschränkt. Der digitale Euro ist weniger ein Komfortinstrument als ein machtpolitisches Steuerungsinstrument mit erheblichen Risiken für Freiheit und Vermögensschutz.

Kapitel 4.7: **Gold und Silber weiter im Aufwärtstrend?**

Edelmetalle profitieren strukturell von hoher Staatsverschuldung, Inflation und Vertrauensverlust in Papierwährungen. Gold und Silber fungieren als monetäre Absicherung. Silber profitiert zusätzlich von industrieller Nachfrage. Die fundamentalen Rahmenbedingungen sprechen weiterhin für Edelmetalle als Stabilitätsanker.

Kapitel 4.8: **Was tun beim nächsten Börsencrash?**

Historische Erfahrungen zeigen, dass Panikverkäufe in Krisenzeiten regelmäßig zu suboptimalen Ergebnissen führen. Markteinbrüche werden langfristig meist aufgeholt. Investiert zu bleiben, diszipliniert zu handeln und antizyklisch Chancen zu nutzen, erhöht die langfristige Rendite.

Geduld, Struktur und emotionale Kontrolle bleiben entscheidend.

Kapitel 5: **Ausblick auf das Investmentjahr 2026**

In der aktuellen geld- und fiskalpolitischen Lage verbietet es sich, Geldwerte wie Sparguthaben, Festgelder, Anleihen oder klassische Lebensversicherungen zu halten. Die reale Kaufkraft solcher Anlagen wird durch Inflation und Währungsabwertung kontinuierlich erodiert. Langfristig können ausschließlich Sachwerte – insbesondere Aktien sowie Gold und Silber – den Vermögensschutz gewährleisten.

Trotz teilweise hoher Börsenbewertungen sehen wir weiterhin attraktive Chancen in unterbewerteten Qualitätsunternehmen, während einzelne Sektoren – insbesondere Rüstungswerte und zahlreiche Titel aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz – aus fundamentaler Sicht deutlich überbewertet sind. Extrem hohe Bewertungskennzahlen erhöhen dort das Risiko spürbarer Kurskorrekturen. Entscheidend bleibt daher eine selektive Titelauswahl mit Fokus auf Substanz, Bewertung und langfristiger Ertragskraft. Kurzfristige Marktschwankungen sind unvermeidlich, stellen jedoch für disziplinierte Anleger Chancen dar.

Geduld, konsequente Diversifikation und die Konzentration auf reale Werte bleiben auch 2026 die tragenden Säulen einer nachhaltigen Anlagestrategie.

1. Rückblick auf das Börsenjahr 2025

1.1 Aktienmärkte

Das Jahr **2025** wird im **Rückblick** als ein überaus erfreuliches Börsenjahr in die Geschichte eingehen.

Einige Aktienmärkte wie zum Beispiel in den USA oder in Japan konnten (meistens aufgrund von Sonderentwicklungen) mit zweistelligen prozentualen Kursgewinnen aufwarten. Andere Aktienbörsen (so in den Niederlanden) mussten sich hingegen mit einstelligen Zugewinnen zufriedengeben. In manchen Ländern (beispielsweise in Dänemark) verloren die Aktienkurse sogar zum Teil deutlich an Wert.

An dem für die beiden *Schmitz & Partner* Fonds so wichtigen **Schweizer Aktienmarkt** stieg der Swiss Market Index (*SMI*) im 12-Monats-Vergleich um 14 Prozent:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Viele wichtige **europäische Aktienbörsen** konnten im vergangenen Jahr Kursgewinne verbuchen. So gewannen beispielsweise in Deutschland die Aktien im *DAX* 23 Prozent. Europaweit zogen die Aktienkurse im Durchschnitt (*Stoxx Europe 50*) lediglich um 14 Prozent an.

Ganz ähnlich war die Entwicklung in **Übersee**. Auch hier gab es mehrheitlich Kursgewinne: In Japan (*Nikkei 225*) legten die Kurse um 28 Prozent und in China (*SSE 180*) um 16 Prozent zu. In den USA (*S&P 500*) gewannen die Aktien 16 Prozent, der etwas weniger technologielastige *Dow Jones* begnügte sich mit einem Kursplus von 13 Prozent. Weltweit konnten die Aktienkurse (gemessen am MSCI-Welt-Aktienindex

in Euro) im Jahr 2025 trotz vereinzelt guter Börsen dennoch nur einen Gewinn von fünf Prozent verzeichnen:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Hin und wieder werden wir von Kunden gefragt, warum wir von *Schmitz & Partner* für unsere individuellen Depots und unsere beiden *Schmitz & Partner* Investmentfonds Aktien aus den USA weniger wertschätzen als Schweizer Aktien. Die *Finanz und Wirtschaft* gibt hierzu konkrete Anhaltspunkte und schreibt: „Hätten Sie zur Jahrtausendwende 100 000 Fr. in den S&P 500 angelegt und die Dividende immer wieder reinvestiert, dann hätten Sie heute 292 643 Fr. Hätten Sie hingegen auf den Swiss Performance Index gesetzt, dann wären aus Ihren 100 000 Fr. bis Ende Juni 2025 329 931 Fr. geworden.“¹

1.2 Rentenmärkte

An den **Rentenmärkten** ging es im Jahr 2025 mit den Zinsen nach einer Phase des kräftigen Anstiegs in den Jahren 2021 bis 2023 wieder spürbar abwärts – zumindest am kurzen Ende. Die Europäische Zentralbank hat im vergangenen Jahr die Leitzinsen insgesamt vier Mal gesenkt, hier steht der EZB-Einlagenzins bei 2,0 Prozent. Die US-Notenbank reduzierte ihren Leitzins im Jahr 2024 drei Mal auf nun 3,75 Prozent.

¹ *Finanz und Wirtschaft* vom 2. Juli 2025, Seite 3. Die Zeitung führt auch das Ergebnis für europäische Aktien auf: „Und wenn sie in den Euro Stoxx 50 (Total Return) investiert hätten? Dann hätten Sie jetzt gerade mal 122 215 Fr. Was Sie daraus lernen können? Der Franken ist und bleibt die härteste aller Währungen dieser Welt. Deshalb ist es jedem zu empfehlen, den größten Teil des Portfolios in der Schweizer Währung anzulegen.“

In Deutschland stiegen die Renditen für 30jährige Bundesanleihen zum ersten Mal seit der Euro-Krise auf die Marke von 3,5 Prozent, die zehnjährigen Bundesanleihen kletterten von 2,4 Prozent zum Jahresanfang auf fast 2,9 Prozent. Kein Wunder, denn die Anleger sorgen sich um die steigende Staatsverschuldung von Deutschland, nachdem die Schuldenbremse aufgeweicht und hunderte von Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen worden sind.

Weltweit betrachtet kletterten die Zinsen für Staatsanleihen ebenfalls, was im Umkehrschluss bedeutet, dass der weltweite Index für Regierungsanleihen (Global Government Bond Index) per Saldo zum Jahresende mit sechs Prozent im Minus lag. Somit konnte auch im Jahr 2025 zum wiederholten Mal in den letzten Jahren mit Regierungsanleihen im Durchschnitt kein Geld verdient werden:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

1.3 Devisenmärkte

Am **Devisenmarkt** konnte sich der Euro gegenüber dem Schweizer Franken nach dem deutlichen Verlust von sechs Prozent im Jahr 2023 und der geringfügigen Veränderung im Jahr darauf im Jahr 2025 nur knapp behaupten. Der Euro verlor nur leicht von 0,94 Franken je Euro auf 0,93 Franken:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Die *WirtschaftsWoche* blickt noch weiter als nur auf das vergangene Jahr zurück und schreibt über die Stärke des Franken, auch im Vergleich zu verschiedenen anderen Währungen: „Seit 18 Jahren steigt der Schweizer Franken gegenüber dem Euro, seit 25 Jahren gegenüber Dollar und Yen – und gegenüber dem Pfund Sterling hat der Franken vor Kurzem ein neues Hoch erreicht. Hinter dieser Stärke des Frankens stecken vor allem zwei Gründe: die niedrige Verschuldung der Eigenossen und die geringe Inflation. Anzeichen dafür, dass sich daran etwas ändert, gibt es nicht. **Der Schweizer Franken dürfte weiterhin die stärkste Währung der Welt bleiben.**“²

Die *Neue Zürcher Zeitung* legt die anhaltende Stärke des Schweizer Franken gegenüber dem US-Dollar zeitlich sogar noch deutlich weiter in die Vergangenheit zurück. Im Jahr 1971 hatte der damalige amerikanische Präsident Richard Nixon die Golddeckung der Dollars aufgehoben. „Seither ist der Wechselkurs von 4,32 Franken auf 80 Rappen gefallen, was einem jährlichen Verlust von 3,3 Prozent entspricht.“³ Und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* titelt: „Drei Szenarien für das Ende der Dollarherrschaft“ und schreibt: „Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gerät die Rolle des Dollars als unangefochtene Leitwährung ins Wanken – nicht wegen eines starken Konkurrenten, sondern aufgrund eines tiefgreifenden Vertrauensverlusts in die Vereinigten Staates selbst.“⁴

² *WirtschaftsWoche* vom 28. November 2025, Seite 78. Hervorhebung durch Schmitz & Cie.

³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. November 2025, Seite 21. Auch im ersten Halbjahr 2025 gab es ein Kursdebakel für den US-Dollar gegenüber dem Schweizer Franken. Die *Neue Zürcher Zeitung* titelt: „Der Dollar erleidet den stärksten Einbruch seit 1973“. *Neue Zürcher Zeitung* vom 2. Juli 2025, Seite 1.

⁴ *Frankfurter allgemeine Zeitung* vom 13. Dezember 2025, Seite 28.

Die Frage für die Zukunft wird nicht sein, ob die Stärke des Schweizer Franken weiter anhält, sondern ob der Franken demnächst zu schnell und zu stark steigen könnte: „Wenn weltweit das Vertrauen verloren geht, so könnten riesige Mengen an Kapital in die Schweiz fließen, was eine unkontrollierte Aufwertung des Franken zur Folge hätte.“⁵ Und dann würde die Schweizerische Nationalbank den Zustrom von ausländischem Geld in die Schweiz mit Kapitalverkehrskontrollen beschränken. Der Weg vom schwachen Euro in den harten Schweizer Franken wäre dann für Anleger aus dem Euroraum versperrt.

Die *Finanz und Wirtschaft* zieht für die nächsten zwölf Monate ein eindeutiges Fazit: „**Der Franken bleibt auch 2026 stark**“.⁶ Wir von *Schmitz & Partner* werden daher auch zukünftig mehrheitlich auf den Schweizer Franken, der „sichersten und begehrtesten Währung weltweit“⁷, in den Wertpapierdepots unserer Kunden und auch in den beiden *Schmitz & Partner* Investmentfonds setzen.

Warum der Euro auch in Zukunft keine Anlagewährung sein wird, erklären wir ausführlich in Kapitel 4.4 (Bleibt der Euro weiter eine Schwachwährung?) auf der Seite 52.

2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds

In der folgenden Übersicht haben wir für Sie von den wichtigsten Investmentfonds, die in den Wertpapierdepots für die von der *Schmitz & Cie. GmbH* beratenen Kunden als Basisinvestments oder als lohnenswerte Beimischung enthalten sind, die Rendite und die Schwankungsrisiken (Volatilität) aufgeführt. Dabei gilt: je kleiner die Risikozahl, desto besser für den Anleger.

Beachten Sie in diesem Zusammenhang bitte **die sehr niedrigen Schwankungsrisiken der beiden *Schmitz & Partner Fonds***, sowohl über ein Jahr als auch über drei Jahre, die deutlich besser sind als die Risikowerte von allen anderen hier aufgeführten Aktienfonds. Wer also in **risikoarme Aktienanlagen** investieren möchte, der kommt an den beiden *Schmitz & Partner Fonds* nicht vorbei!

Zusätzlich zeigt die Aufstellung auch die Zielfonds, die per Ende 2025 in dem Investmentfonds *Schmitz & Partner Global Offensiv* neben den Einzelaktien enthalten sind, sowie die Fonds, die – ebenfalls neben verschiedenen Einzeltiteln – Bestandteil des *Schmitz & Partner Global Defensiv* sind. Die Performance- und Risikozahlen sind dem Analysesystem *vwd portfolio manager 6.31.2* entnommen.

⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 29. Oktober 2025, Seite 21. In dem Artikel „Die Schweiz ist der beste Zufluchtsort in der Krise“ führt die Zeitung die Schweiz mit großem Abstand die Liste der Länder im globalen Risiko- und Resilienz-Index an. Um in dieser Rangliste oben zu stehen, muss ein Land gleichzeitig geringen Risiken ausgesetzt sein und zudem eine hohe Resilienz aufweisen.

⁶ Überschrift in der *Finanz und Wirtschaft* vom 29. November 2025, Seite 15.

⁷ *Finanz und Wirtschaft* vom 7. Mai 2025, Seite 3.



	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre
Internationale Aktienmärkte:	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Carmignac Investissement	15,1 / 14,3 %	69,9 / 13,4 %	48,3 %
Comgest Growth Japan *	8,3 / 21,6 %	20,2 / 18,9 %	-15,0 %
Fidelity European Growth Fund	10,3 / 13,2 %	45,1 / 11,4 %	43,4 %
Franklin Mutual European Fund	22,9 / 14,4 %	47,0 / 11,7 %	74,7 %
ISHSIII-Core Japan *	27,8 / 17,4 %	62,0 / 16,3 %	36,0 %
Lingohr-Systematic-LBB-Invest	13,6 / 16,5 %	49,1 / 12,8 %	60,9 %
Schmitz & Partner Global Defensiv	29,1 / 9,7 %⁸	40,2 / 8,6 %	46,6 %
Schmitz & Partner Global Offensiv	4,7 / 13,5 %	11,6 / 12,1 %	12,9 %
Templeton Growth (Euro) Fund	6,9 / 16,7 %	35,4 / 13,1 %	43,3 %

	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre
Schwellenländer:	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Aberdeen Global-Asian Smaller *	19,3 / 42,9 %	52,6 / 28,9 %	29,7 %
iShares MSCI China *	23,8 / 17,6 %	20,4 / 22,0 %	-8,2%
Fidelity Emerging Markets Fund	38,5 / 17,8 %	56,8 / 16,0 %	5,8 %
Global Advantage Emerging Markets	18,8 / 15,1 %	31,7 / 13,4 %	39,2 %
Templeton Asian Growth Fund	9,7 / 17,6 %	23,7 / 15,6 %	3,7 %
Templeton Emerging Markets Fund	44,3 / 16,6 %	70,3 / 16,1 %	31,2 %
Templeton Frontier Markets Fund	5,2 / 9,1 %	52,2 / 21,1 %	77,7 %

⁸ Die sehr günstigen Risikozahlen im Jahresdurchschnitt für den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds in den Jahren zuvor betragen 8,6 Prozent (2024), 8,7 Prozent (2023), 9,4 Prozent (2022), 7,6 Prozent (2021), 14,1 Prozent (2020), 5,9 Prozent (2019), 6,2 Prozent (2018), 5,7 Prozent (2017), 5,2 Prozent (2016), 10,9 Prozent (2015), 5,5 Prozent (2014), 5,3 Prozent (2013), 5,2 Prozent (2012), 8,0 Prozent (2011), 4,6 Prozent (2010), 1,5 Prozent (2009) und 0,4 Prozent (2008)! In allen Jahren waren die Schwankungsrisiken des *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds (zum Teil sehr viel) niedriger als vergleichbare Investmentfonds.



	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre
Internationale Bondmärkte:	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Acatis IfK Value Renten	5,2 / 4,4 %	29,2 / 5,1 %	-5,7 %
Templeton Global Bond (Euro) Fund **	6,3 / 3,2 %	10,6 / 3,9 %	-3,1 %
Templeton Global Total Return **	5,1 / 4,2 %	6,7 / 4,4 %	2,1 %

	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre
Sonstige Fonds:	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Swisscanto Gold ETF	45,6 / 16,2%	102,6 / 13,8 %	102,4 %
Swisscanto Silber ETF	128,7 / 28,3 %	169,6 / 26,5 %	150,0 %

Die mit Sternchen (*) versehenen Investmentfonds befinden sich per 31. Dezember 2025 in dem Fonds *Schmitz & Partner Global Offensiv*, die mit (**) gekennzeichneten Fonds sind zum Jahresende 2025 im Portfolio des *Schmitz & Partner Global Defensiv*.

Einer unserer häufigsten Empfehlungen für Basisinvestments im Aktienbereich war und ist der *Templeton Growth Fund*, zunächst in Form des seit dem 29. November 1954 bestehenden US-Originals, später dann in Form der steuergünstigeren Luxemburger Version, dem *Templeton Growth (Euro) Fund*, den es seit dem 9. August 2000 gibt.

Dieser Fonds eignet sich mehr denn je für Anleger, die mit einem breit gestreuten und weltweit investierenden Fonds an einer langfristig überdurchschnittlichen Wertentwicklung an den internationalen Aktienmärkten teilhaben und dabei durch den werthaltigen Ansatz (Value) unterdurchschnittliche Risiken eingehen möchten.

Das Fondsmanagement des *Templeton Growth Fund* verfolgt eine wertorientierte Anlagestrategie. Dabei identifiziert das Templeton-Team um den seit Beginn des Jahres 2025 agierenden Fondsmanager *Peter Satori*, dem Nachfolger von *Peter Moeschter*, der in den Ruhestand geht, weltweit unterbewertete Qualitätsaktien, in die es konsequent investiert.

Mit dem Wechsel des Fondsmanagers gab es auch eine leichte Veränderung des Anlagestils. So erklärt Satori in einem Interview mit dem *Handelsblatt*: „Wir definieren uns immer noch als Value-Investoren, achten aber anders als früher jetzt noch mehr auf die Wachstumsperspektiven der Unternehmen. [...] Außerdem ist unser Portfolio jetzt konzentrierter. Wir investieren nur noch in 50 bis 70 Aktien, früher waren es

mehr als 80.“⁹ In einem anderen Interview mit *fondsprofessionell* stellt Sartori dar, dass er in der „Interpretation von Value ... weitaus offener“ als seine Vorgänger ist. Er spricht von einem „dynamischen Value-Ansatz“.¹⁰ Darüber hinaus erklärt er die Veränderungen beim Verkauf von Wertpapieren im Fonds: „Ein Unterschied ist, dass ich eine sehr strikte Disziplin entwickelt habe, Titel zu verkaufen. Sobald sich Anzeichen für eine fundamentale Verschlechterung bei einem Unternehmen verdichten, verkaufe ich sofort.“

Sir John Templeton (Fondsmanager von 1954 - 1986) brachte die charakteristische Vorgehensweise des Fonds auf die schöne Formel: „Wollen Sie eine bessere Performance als die breite Masse, dann müssen Sie auch anders vorgehen als die breite Masse.“¹¹ Das *Handelsblatt* schreibt in einem Artikel über John Templeton: „Euphorie unter den Investoren war für ihn eher ein Anlass zum Verkauf, sehr großer Pessimismus eher ein Grund, um zuzukaufen.“¹² Als „Schnäppchenjäger“ investiert der Fonds so gezielt in Aktien, die nach Meinung des Fondsmanagements unterbewertet sind und ein großes Wachstumspotenzial aufweisen.

Wer in kurzer und prägnanter Form mehr über John Templeton erfahren möchte und wissen will, warum seine Vorgehensweise an der Börse auch in heutiger Zeit noch Mehrwert für die Anleger schafft, dem sei ein vor einiger Zeit erschienenenes Büchlein empfohlen: „Alles, was Sie über John Templeton wissen müssen. Der genialste Stockpicker aller Zeiten auf gerade mal 100 Seiten.“¹³

Das **Erfolgsrezept von Sir John Templeton** hat sich in unveränderter Form seit inzwischen über 60 Jahren erfolgreich bewährt:

⁹ Interview mit dem *Handelsblatt* vom 21. November 2024, Seite 38 - 39, her Seite 38.

¹⁰ Interview mit *fondsprofessionell*, 1. Quartal 2025, Seite 146 - 158.

¹¹ Zitiert aus der Titelstory „60 Jahre Templeton Growth“ in der Dezember Ausgabe 2014 der Zeitschrift *DAS INVESTMENT*, Seite 26 - 33, hier Seite 27.

¹² *Handelsblatt* vom 23. - 27. Dezember 2020, Seite 38. In dem Artikel „Erfolgreich gegen den Strom“ erklärt der Autor *Ingo Narat*, warum John Templeton sich bei seinen Anlageentscheidungen nicht von Emotionen leiten ließ und wieso er bewusst Abstand von der Wall Street hielt.

¹³ Das Büchlein stammt aus der Feder von *Rolf Morrien* und *Heinz Vinkelau* und ist im FinanzBuch Verlag, München 2020, erschienen.



TEMPLETON GROWTH (EURO) FUND

Das Templeton Erfolgsprinzip

Weltweit profitieren

Ein breit gestreutes Portfolio ist entscheidend für die erfolgreiche Nutzung weltweiter Investmentchancen.

Werte suchen

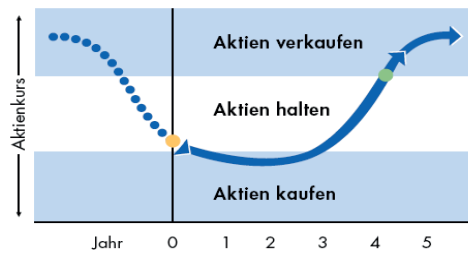
Templeton kauft, wenn noch keiner kauft und lässt so den Unternehmenswerten Zeit, um sich zu entwickeln.

Warten können

Erst mit der Zeit entwickeln unterbewertete Aktien ihr volles Potential. Die durchschnittliche Haltedauer einer Aktie im Portfolio beträgt drei bis fünf Jahre.

Bottom-Up-Ansatz

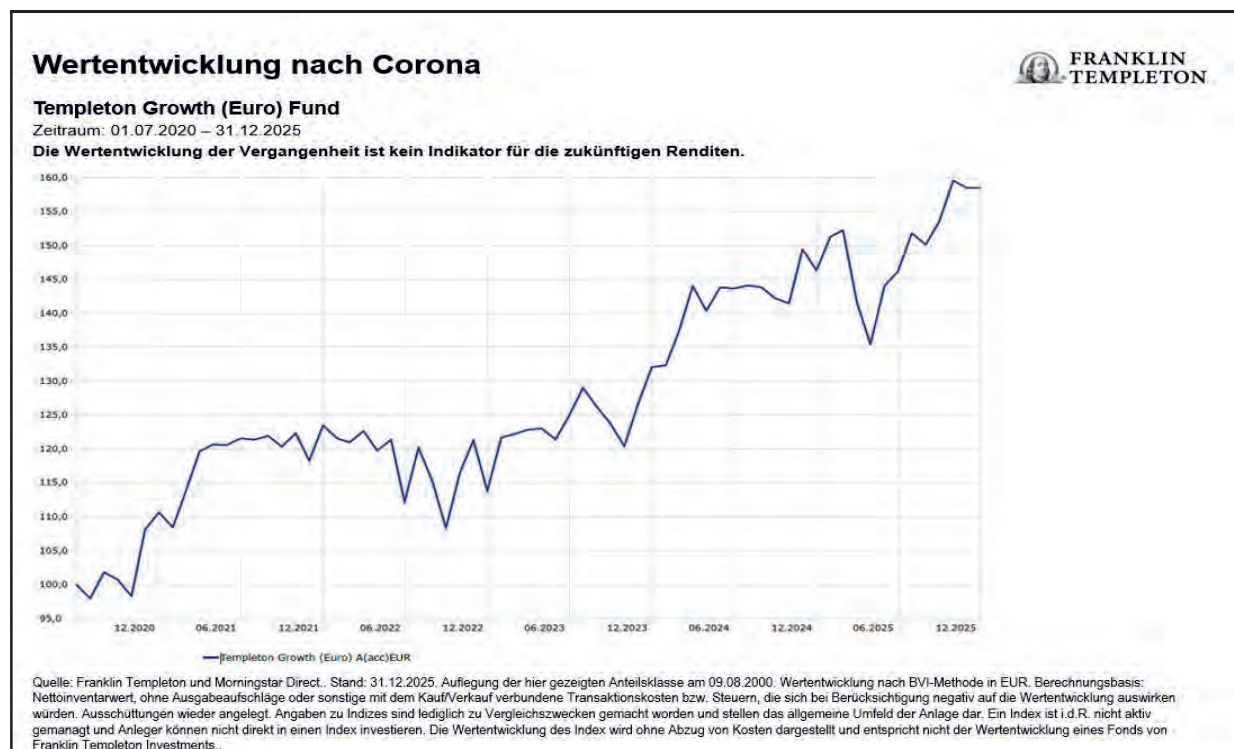
Das Fondsmanagement verfolgt konsequent eine Bottom-Up-Anlagestrategie.



- Aktie kommt auf Templeton Kaufliste
- Fairer Aktienkurs erreicht



Die nachfolgende Grafik zeigt, wie sich der *Templeton Growth (Euro) Fund* seit der Corona-Krise entwickelt hat:

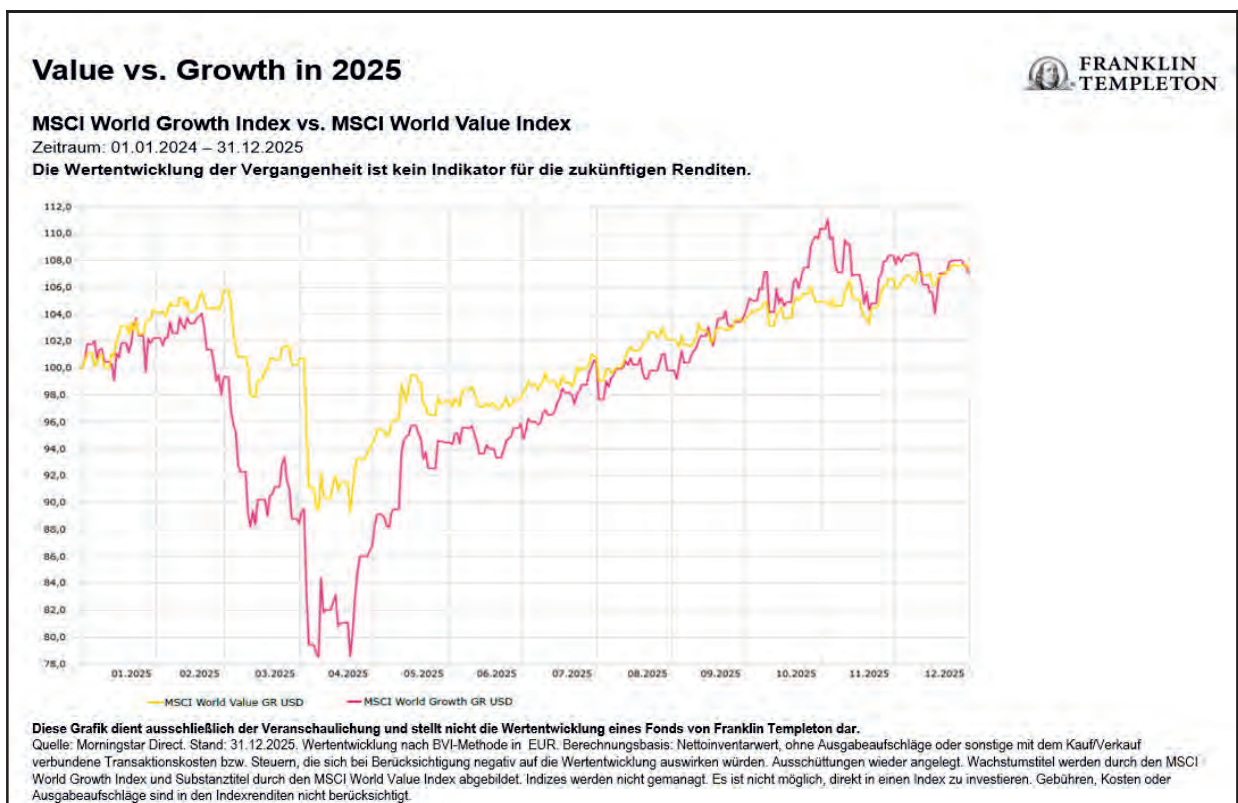


Von Beginn an im Jahr 2000 hatte sich der *Templeton Growth (Euro) Fund* gegenüber seinem Vergleichsindex, dem Weltaktienindex, eine Outperformance erarbeitet. Den

Vorsprung zum Index hat der Fonds allerdings im Jahr 2017 eingebüßt – zum ersten Mal seit 17 Jahren. Aber wie kam es zu der unterdurchschnittlichen Wertentwicklung des Fonds in den letzten Jahren?

Das lag in erster Linie daran, dass sich in dieser Zeit die Value-Aktien (die der *Templeton Growth (Euro) Fund* mehrheitlich in seinem Portfolio hält) schlechter entwickelt haben als die Wachstumsaktien. Aber das ist die Ausnahme! Denn: „In den vergangenen 100 Jahren waren Value-Aktien während rund 80 % der Zeit in der Wertentwicklung besser als teure Wachstumsaktien.“¹⁴

Die nachfolgende Grafik zeigt zum einen, dass Value-Aktien (gelbe Linie) im Vergleich zu Growth-Aktien (pinkfarbene Linie) im Jahr 2025 zum ersten Mal seit längerer Zeit ungefähr gleich stark gestiegen sind. Zum anderen zeigt sie aber auch, wie schnell und wie stark die Growth-Aktien in Krisenzeiten (Liberation Day Anfang April 2025) im Gegensatz zu werthaltigen Value-Aktien fallen:



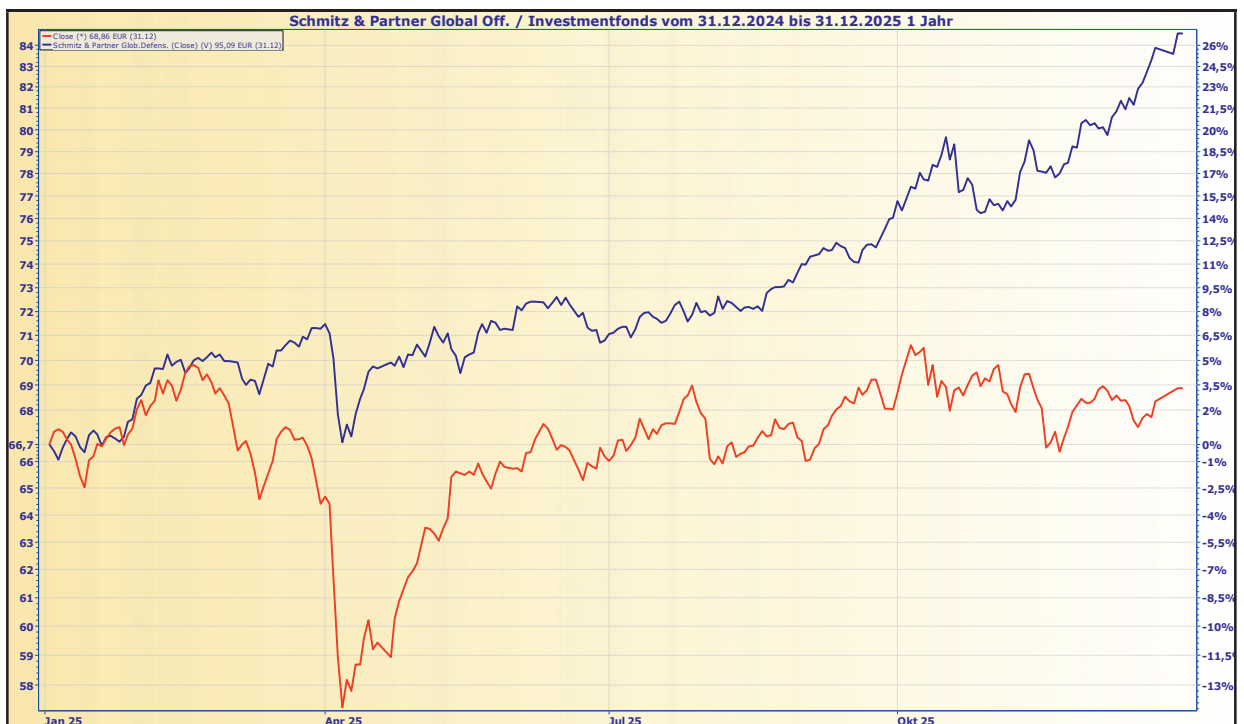
Wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* sind froh, dass das Managementteam der Templeton Global Equity Gruppe bei der Auswahl der Aktien für den *Templeton Growth (Euro) Fund* sich weiterhin nicht von dem Hype bei den Technologieaktien anstecken lässt und nach wie vor zum größten Teil auf unterbewertete und werthaltige Aktien setzt. Auch wenn das bedeutet, dass es dadurch für einen begrenzten Zeitraum einen Performance-Rückstand zu überbewerteten und riskanten Wachstumstiteln gibt.

¹⁴ *FINANZWOCHE* vom 12. Dezember 2019, Seite 1.

3. Rückblick auf die beiden Schmitz & Partner Fonds

3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds

Der *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds (in der folgenden Grafik der **rote Kurvenverlauf**) konnte im Börsenjahr 2025 einen leichten Gewinn von 4,7 Prozent verzeichnen. Damit lag der Fonds nur unwesentlich schlechter als der Weltaktienindex, den er in den ersten zwei Drittel des Jahres mit seiner Wertsteigerung noch übertroffen hatte:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Im Laufe des letzten Jahres hat sich die Investitionsquote des Fonds per Saldo leicht von 95 Prozent auf 90 Prozent reduziert.

Nach zum Teil deutlichen Kursanstiegen haben wir mit insgesamt fast 20 Verkaufsordern eine Reihe von Positionen leicht reduziert. Komplette getrennt haben wir uns von den sieben Aktien *Cavedish Hydrogen*, *Indus*, *JD.com*, *Meituan*, *Meyer Burger Technology*, *Reckitt Benckiser* und *Sony Financial Group*.

Nach den Teilverkäufen im Jahr 2024 zu hohen Aktienkursen wurden zu verschiedenen Zeitpunkten und zu deutlich niedrigeren Kursen im Jahr 2025 die Aktien von *Novo Nordisk* wieder hinzugekauft.

Geografische Anlageschwerpunkte des Fonds sind die Schweiz (mit 22 Prozent der Aktienanlagen), Norwegen (17 Prozent), die USA (17 Prozent), Deutschland (elf Prozent) und Dänemark (neun Prozent).

Inhaltliche Anlageschwerpunkte des Fonds sind neben unterbewerteten Einzelaktien nach wie vor Aktien aus dem Bereich der Nachhaltigkeit (Sonnenenergie, Wasserstoff, Recycling usw.) mit einem Anteil von 16 Prozent sowie Aktien und Aktienfonds aus der Region Asien, und hier insbesondere aus China und aus Japan (in einer Größenordnung von 30 Prozent).

3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds

Der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds (in der Grafik die **blaue Linie**) konnte im abgelaufenen Jahr einen beeindruckenden Gewinn verzeichnen. Bei einer Volatilität (Schwankungsrisiko) von lediglich zehn Prozent im Jahresdurchschnitt gewann der Fonds sehr erfreuliche 29,1 Prozent. Damit lag er in allen vier Quartalen des Jahres 2025 auf **Platz eins von knapp 400 vergleichbaren Investmentfonds!** Im Drei-Jahres-Vergleich gehörte er mit 40 Prozent Wertzuwachs genauso wie im Fünf-Jahres-Vergleich mit 47 Prozent Wertsteigerung zu den besten ein Prozent der Vergleichsgruppe.¹⁵ Und auch in der *WirtschaftsWoche* wird der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds zweimal unter den besten Mischfonds aufgeführt.¹⁶

Der Geschäftsführer der Gesellschaft *Patriarch Multi-Manager GmbH*, *Dirk Fischer* (im nachfolgenden Bild links) hat die hervorragende Wertentwicklung des *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds zum Anlass genommen, am 11. Dezember 2025 im Gespräch mit Börsenmoderator *Andreas Franik* auf dem Parkett der Frankfurter Wertpapierbörse über den Fonds zu berichten:

¹⁵ Die Zahlenangaben stammen aus *DAS INVESTMENT: Deutschlands größte Fondsstatistik* mit Daten von mehr als 9.000 Investmentfonds.

¹⁶ Siehe *WirtschaftsWoche* vom 16. Mai 2025 auf Seite 82. Die Daten stammen von *Morningstar* und fassen insgesamt 1.484 Mischfonds und Misch-ETFs in den Kategorien Mischfonds Aggressiv, Flexibel und Moderat zusammen.

In der *WirtschaftsWoche* vom 9. Januar 2026 auf Seite 77 wird der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds unter insgesamt 1.638 vergleichbaren Investmentfonds als einer der „besten Mischfonds des Jahres 2025“ bezeichnet.



Dirk Fischer berichtet über den Schmitz & Partner Defensiv Fonds an der Frankfurter Börse am 11.12.2025

Unter dem Link <https://youtu.be/sNrDW-rOGVY> kann der fünfminütige Fernsehauftritt angeschaut werden.

Im Laufe der letzten zwölf Monate verringerte sich die Investitionsquote des Fonds von 80 Prozent auf 75 Prozent. Der Anteil der Einzelaktien liegt bei 36 Prozent. Festverzinsliche Wertpapiere machen einen Anteil von fünf Prozent aus und der Anteil von Rentenfonds liegt ebenfalls bei fünf Prozent.

Reduziert haben wir nach den kräftigen Kursanstiegen im Jahr 2025 verschiedene Positionen in *Silber*. Dennoch ist der Anteil an diesem Edelmetall am Fondsvermögen des *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds im Vergleich zum Jahresanfang durch die positive Entwicklung des Silberpreises von 12 Prozent auf 16 Prozent gestiegen.

Getrennt haben wir uns von den gesamten Beständen in *Ahlers* und *Sandoz*. Zugekauft haben wir hingegen mehrfach Aktien von *Nestlé* und auch von *Mayr Melnhof*.

Der Euroanteil betrug zum Jahresende nur 15 Prozent. Mehr als ein Drittel des Fondsvermögens ist in den defensiven Währungen Schweizer Franken (26 Prozent) und norwegische Kronen (zwölf Prozent) investiert sowie darüber hinaus in kanadische Dollar (neun Prozent), englische Pfund (ein Prozent) und dänische Kronen (ein Prozent) angelegt. Der an 100 Prozent fehlende Währungsanteil ist zum einen in den Edelmetallen Gold und Silber (zusammen 30 Prozent) und zum anderen in zwei internationalen Rentenfonds (vier Prozent) investiert und somit keiner Währung direkt zuzurechnen, der Rest sind Rundungsdifferenzen.

Neben der Aktienquote von 36 Prozent waren weitere Investitionsschwerpunkte zum einen die bereits seit April 2009 im Fondsvermögen vorhandenen Gold- und Silberbestände mit 30 Prozent Anteil am Fondsvermögen und zum anderen Festverzinsliche und Rentenfonds mit neun Prozent.

In Kapitel 6 (Durchblick mit aktuellen Presseartikeln) auf Seite 89 findet der interessierte Leser die Vorteile und das Erfolgsrezept des *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds durch einen Artikel des Autors *Dirk Fischer* („Bringen Sie etwas ‚Schweizer Handschrift‘ in Ihre defensiven Depotbausteine“) aus der Januarausgabe 2026 von *Cash*. noch einmal in Kürze dargestellt.¹⁷

3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds

Die *Schmitz & Partner* Fonds sind **vermögensverwaltende Investmentfonds**. Das heißt, dass wir uns für Sie um die sinnvolle und der jeweiligen Börsensituation angepasste Aufteilung der einzelnen Vermögensklassen kümmern. Die Zusammenstellung von Aktien, Anleihen und Liquidität geschieht innerhalb der beiden *Schmitz & Partner* Fonds und muss nicht mehr durch den Kauf bzw. späteren Verkauf von einzelnen Aktien-, Renten- oder Geldmarktfonds auf der Kundenebene abgebildet werden.

Sie als unser Kunde profitieren damit zusätzlich von der über 40-jährigen aktiven Börsenerfahrung, die der verantwortliche Fondsberater *Dr. Holger Schmitz* für die beiden *Schmitz & Partner* Fonds zu Ihrem Nutzen und Ihrem Vorteil einbringt.

Darüber hinaus liegen die Vorteile der beiden *Schmitz & Partner* Fonds nach wie vor in der **kostengünstigen, schnellen und flexiblen Umsetzung unserer erfolgreichen Investmentideen** innerhalb der Fonds im Vergleich zu den Einzelfondsanlagen in den Depots unserer Kunden. Gerade in volatilen Zeiten, in denen sich die Märkte fast schon im Stundentakt nach oben oder nach unten bewegen, ist dies ein wichtiger Pluspunkt für Sie!

Durch beliebige Kombination der beiden *Schmitz & Partner* Fonds ist jede erdenkliche individuelle Risikopräferenz für Sie als Kunde umsetzbar: Von einem sehr risikoarmen Investment (Anlage ausschließlich im *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds) über ein etwas renditestärkeres Investment (Aufteilung des Anlagebetrages beispielsweise zu 60 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds und zu 40 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds) bis hin zu einem chancenorientierten Investment (der zur Verfügung stehende Betrag wird ausschließlich in den *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds angelegt).

Ein weiterer wichtiger Vorteil: Sie legen zu Beginn Ihrer Investition nur einmal Ihre persönliche Risikofähigkeit und Ihre Risikobereitschaft fest, was dann unmittelbare

¹⁷ *Cash*. ist seit dem Jahr 1983 ein deutschsprachiges Fachmagazin für Finanzdienstleistungen mit Sitz in Hamburg.

Konsequenzen für Ihr Risikoprofil und damit das Mischungsverhältnis der beiden *Schmitz & Partner* Fonds in Ihrem Wertpapierdepot hat.

Veränderungen an den Börsen und daraus notwendige Reaktionen durch Umschichtungen und Transaktionen nehmen wir für Sie extrem kostengünstig (Transaktionskosten in der Regel nur 0,05 Prozent des Ordervolumens) auf der Fondsebene innerhalb der beiden *Schmitz & Partner* Fonds vor.

Professor *Max Otte* empfiehlt Ihnen für Ihre Anlagen Investmentfonds, wie es zum Beispiel die *Schmitz & Partner* Fonds sind: „Wenn Sie nach einem für Sie geeigneten Fonds Ausschau halten, rate ich Ihnen, Fonds in den Fokus zu nehmen, die von den Inhabern der entsprechenden Unternehmen geführt werden und die mindestens fünf, besser zehn Jahre am Markt sind. Diese Unternehmer stehen mit ihrem Namen für den jeweiligen Fonds.“¹⁸ Schöner hätten wir es auch nicht formulieren können!

Die wesentlichen Vorteile der beiden *Schmitz & Partner* Fonds für Sie auf einen Blick:

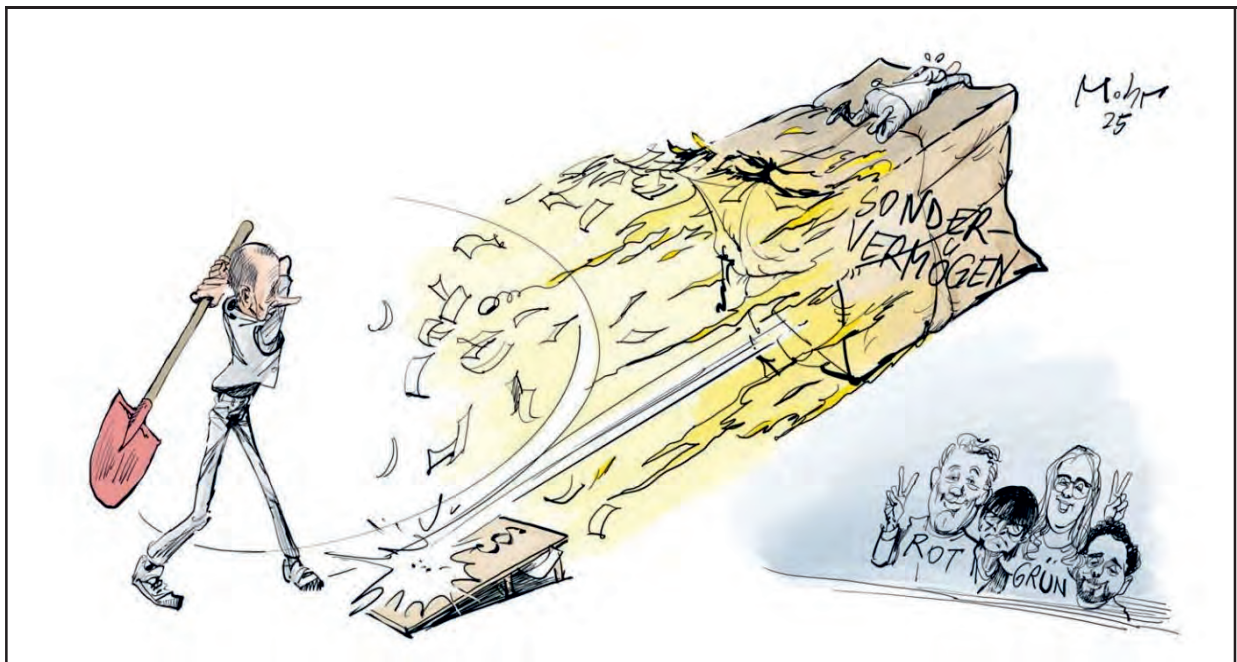
Kriterien	Vorteile für Sie als Investor
Professionelle Vermögensverwaltung	Erfolgreiche Vermögensverwaltung innerhalb der beiden <i>Schmitz & Partner</i> Fonds statt Anlage auf Kundenebene mit Einzelfonds.
Diversifizierung	Weltweite Investments in aussichtsreiche Einzelwertpapiere und in Zielfonds mit unterschiedlichen Investmentstilen.
Rendite	Nachgewiesenermaßen höhere Rendite durch aktives Fondsmanagement im Vergleich zu passiver Anlage in (ETFs).
Risiko	Sehr niedrige Schwankungsrisiken der beiden <i>Schmitz & Partner</i> Fonds, exzellentes Rendite-Risiko-Verhältnis .
Ausgabeaufschläge u. Transaktionskosten	Keine Ausgabeaufschläge beim Kauf von Zielfonds, erheblich niedrigere Kosten beim Kauf und Verkauf von Einzeltiteln.
Abwicklungsaufwand	Nur einmaliger Kauf der <i>Schmitz & Partner</i> Fonds statt häufigem An- und Verkauf einzelner Fonds bzw. Wertpapiere.
Sicherheit	Hohes Maß an Schutz und Solidität durch die Unterstellung unter das deutsche Investmentgesetz. Kein Insolvenzrisiko!
Renommierte und professionelle Partner	ODDO BHF (ehemals FRANKFURT-TRUST), BNY Mellon Asset Servicing und SCHMITZ & PARTNER AG.
Internationale Anerkennung	Zahlreiche Spitzenplatzierungen in der Presse (oft Platz 1) und Auszeichnungen mit Top-Ratings (z. B. Morningstar).

¹⁸ *Max Otte*: Weltsystemcrash – Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung, 3. Auflage, FinanzBuch Verlag, München 2020, Seite 503. Otte ist unabhängiger Finanz- und Wirtschaftsanalyst und war bis Ende 2018 Professor für Wirtschaftswissenschaften.

4. Ausblick auf aktuelle Themen

4.1 Immer höhere Staatschulden?

Im Frühjahr 2025 beschlossen in Deutschland Bundestag und -rat ein „**Sondervermögen**“ in Höhe von 400 Milliarden Euro für die Bundeswehr und 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur:



Quelle: *Handelsblatt* vom 18. März 2025, Seite 12

Dazu war eine Grundgesetzänderung notwendig, die mit einer Zweidrittelmehrheit des (alten) Bundestages und den Stimmen von *CDU/CSU*, der *SPD* und den *Grünen* beschlossen werden musste, da im neuen Bundestag die erstarkte *AfD* und die *Linke* über eine sogenannte Sperrminorität verfügen. Und somit kam es zu einer Sitzung des Bundestages, in dem der längst abgewählte Noch-Bundeskanzler *Olaf Scholz* noch auf der Regierungsbank Platz nehmen konnte.

Darüber hinaus wurde neben den **Sonderschulden** – was die richtige Bezeichnung für die sogenannten Sondervermögen wäre – auch noch die **Schuldenbremse** reformiert bzw. ausgehebelt, die in der Vergangenheit eine übermäßige Ausdehnung der Staatsschulden durch ausgabewütige Politiker verhindert hat. So sind zum Beispiel alle Verteidigungsausgaben, die über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen, künftig von der Schuldenbremse ausgenommen.¹⁹

Professor *Lars Feld* schreibt: „Die Schuldenbremse wird damit so stark unterlaufen, dass sie in ihrer ursprünglichen Form Geschichte ist. Es ist ein Begräbnis zweiter

¹⁹ Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 7. März 2025, Seite 24.

Klasse.“²⁰ *Heike Göbel* meint zur Aufgabe der Schuldenbremse: „Union und SPD schrauben alle Sicherungen raus, die ihre Vorgänger als Überlastungsschutz für die nachfolgenden Generationen eingebaut haben.“²¹ Und das Schweizer Wirtschaftsmagazin *Bilanz* schreibt: „Die Schuldenbremse wurde vom abgewählten Parlament spektakulär gesprengt“.²²

Mit dem „**Doppelwumms für Rüstung und Infrastruktur**“²³ ist in Deutschland die Abkehr von einer fast ein halbes Jahrhundert erfolgreicher Bundesbankpolitik nun endgültig vollzogen worden. Zu Zeiten der *Deutschen Bundesbank* und der *Deutschen Mark* wurde Wirtschaftswachstum noch durch Stabilität in den Staatsfinanzen und in der Währung erzeugt und nicht wie jetzt durch gigantische Schuldenberge und Inflation.

Professor *Veronika Grimm*, Mitglied des Sachverständigenrats, äußert sich zu der „**Neuverschuldungsexplosion**“²⁴ folgendermaßen: „Deutschland nähert sich in erschreckender Weise dem befürchteten Szenario: eine Fortführung der letzten Merkel-Regierungen, nur ohne Friedensdividende, sondern auf Basis gigantischer Schulden.“²⁵

Mit dieser „riskanten Schuldenwette“²⁶ der deutschen Politik zeigt sich eine „**erschreckende ökonomische Unvernunft**“²⁷, denn innerhalb der nächsten zehn Jahre darf Deutschland jetzt Kredite im Wert von mehr als 1,5 Billionen Euro (!) aufnehmen.²⁸ Damit dürfte die deutsche Staatsverschuldung von derzeit rund

²⁰ Lars Feld in seinem Artikel „Die Beerdigung der Schuldenbremse“ im *Handelsblatt* vom 18. März 2025, Seite 9. Feld ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Leiter des dort ansässigen Walter Eucken Instituts. Von 2011 bis 2021 war er Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Auch an anderer Stelle äußert sich Feld ablehnend gegenüber der Aushebelung der Schuldenbremse und das „Sondervermögen“ von 400 Milliarden Euro für den Ausbau der Verteidigung in Deutschland: „Die Landesverteidigung ist eine der Kernaufgaben jedes Staates und muss deshalb aus den laufenden Steuereinnahmen finanziert werden.“ Das Zitat stammt aus einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 7. März 2025 auf Seite 22.

²¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 15. Göbel ist seit 2002 verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

²² *Bilanz* vom April 2025, Seite 41. Die *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. April 2025 schreibt in dem Artikel „Die Schuldenbremse diszipliniert die Politik“ auf Seite 18: „Deutschland hat seine Schuldenbremse außer Kraft gesetzt, um fiskalischen Spielraum im Umfang von mehr als einer Billion Euro für die neue Bundesregierung freizumachen. Sollte die Schweiz diesen Weg auch bestreiten? Nein, denn Schulden ohne Limit gefährden Wohlstand und Sicherheit.“

²³ *Handelsblatt* vom 12. März 2025, Seite 9.

²⁴ *FINANZWOCHEN* vom 13. März 2025, Seite 1.

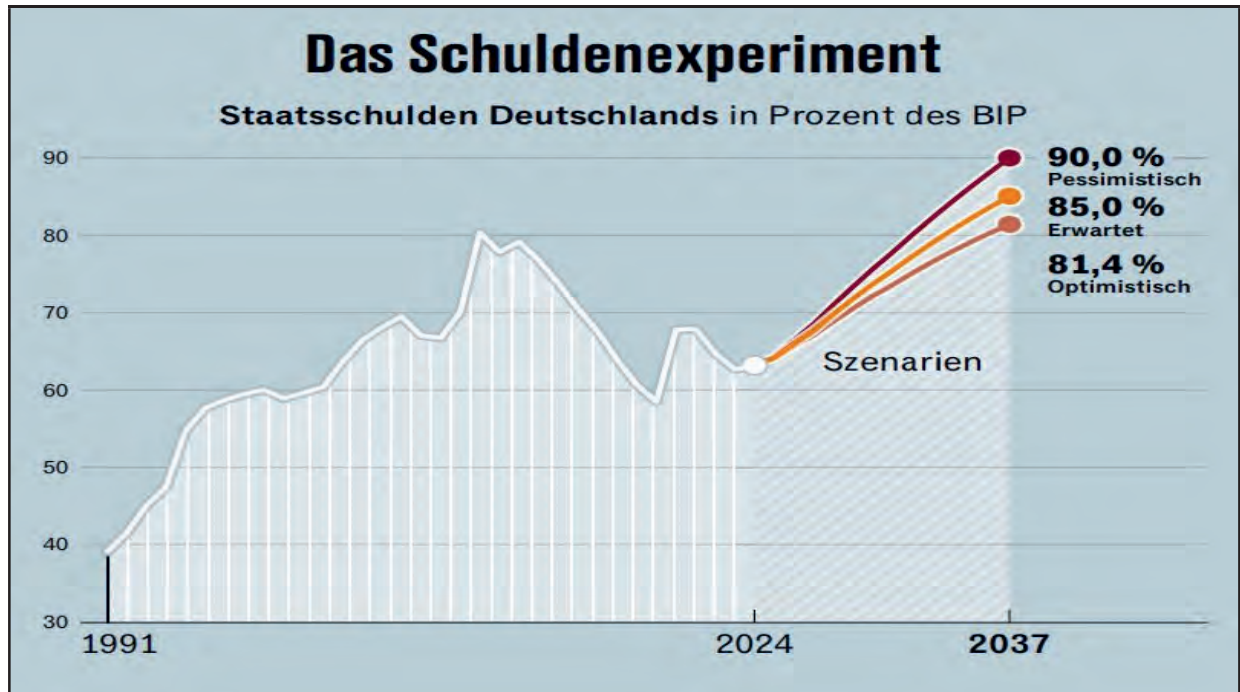
²⁵ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 15.

²⁶ *Handelsblatt* vom 21. - 23. März 2025, Seite 6. An anderer Stelle weist die Zeitung noch auf einen weiteren Aspekt der „großen Schuldenwette“ hin, nämlich auf die Gefahr, dass Deutschland seine Kreditwürdigkeit beschädigt. Denn dann würden unter dem Verlust der Rolle Deutschlands als Stabilitätsanker des Kontinents am Ende alle EU-Mitgliedsstaaten leiden. Vgl. *Handelsblatt* vom 18. März 2025, Seite 12.

²⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 17.

²⁸ Vgl. *Handelsblatt* vom 6. März 2025, Seite 1.

60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im ungünstigsten Fall Richtung 90 Prozent steigen:²⁹



Quelle: *Handelsblatt* vom 21. - 23. März 2025, Seite 7

Das Gesamtvolumen des Finanzpakets könnte laut Schätzung von Ökonomen bis zu 2,2 Billionen Euro (!) in den kommenden zwölf Jahren betragen.³⁰ Das ist deutlich mehr als der derzeitige Schuldenstand des Bundes. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt in diesem Zusammenhang: „Die Entwicklung der Neuverschuldung des Bundes ist atemraubend.“³¹ Oder noch pointierter: Planlose Politiker nehmen ein astronomisches „Sondervermögen“ nach dem anderen auf und verwandeln unser Finanzsystem in ein Kartenhaus, neben dem bereits der Ventilator bereitsteht.³²

In Kapitel 6 (Durchblick mit aktuellen Presseartikeln) haben wir in dem Artikel „Deutschlands Schuldenwahnsinn“ auf Seite 90 Ursachen, Wirkungen und Konsequenzen von Deutschlands gigantischer Neuverschuldung noch einmal zusammengefasst.

Was sind die unvermeidbaren **Folgen dieser riesigen Ausweitung der deutschen Verschuldung?** Die erste Reaktion an den Kapitalmärkten war bereits zu beobachten, nämlich der sofortige und **kräftige Anstieg der langfristigen Zinsen**. Die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen verzeichneten den stärksten Anstieg seit der

²⁹ Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 21. März 2025, Seite 30 sowie *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. März 2025, Seite 22.

³⁰ Siehe hierzu *Handelsblatt* vom 21. - 23. März 2025, Seite 6.

³¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. Juni 2025, Seite 15. Die Zeitung warnt: „Schulden erweitern aktuell den Spielraum des Staates, morgen wird er dafür umso enger. Kein Kredit ohne Zins.“

³² Vgl. *Domīnik Kettner*: Der digitale Euro. Die größte Enteignung der Geschichte. Wie die EZB mit dem digitalen Euro deine Zukunft, Ersparnisse und Freiheit gefährdet, 1. Auflage 2025, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, S. 33.

deutschen Wiedervereinigung. Das bedeutet aber nicht, dass auch die Realzinsen steigen werden, sondern lediglich die Nominalzinsen.³³

Denn der zweite, zeitlich verzögerte Effekt wird das **Anziehen der Inflation** sein. Es ist auf Dauer nicht möglich, die Geldmenge massiv zu erhöhen (also aufzublähen, das heißt zu inflationieren), ohne eine spürbare Inflation zu bewirken. Denn schon der Nobelpreisträger Professor *Milton Friedman* wusste: „Inflation ist immer und überall ein monetäres Problem.“ Und die nächste, ebenfalls zwangsläufige Folge der gigantischen Schuldenzunahme wird der zunehmende **Kaufkraftverlust des Euro** sein. *Jens Ehrhardt* sagt dazu: „Der Euro wird an Wert verlieren.“ und „Der Euro wird eine richtige Schwachwährung werden.“³⁴ Und die *Neue Zürcher Zeitung* mutmaßt: „Der Euro könnte unter die Parität zum Dollar rutschen und endgültig zur Weichwährung werden.“³⁵

„Erstaunlich ist, wie wenige sich daran stören, wenn ökonomische Sachverhalte nonchalant beiseitegeschoben werden. Dabei kann man wirtschaftliche Zusammenhänge eine Weile ignorieren, aber nicht außer Kraft setzen.“³⁶

Die im Frühjahr 2025 beschlossene „**Schuldenorgie**“³⁷ beschränkt sich nicht nur auf Deutschland. „So gut wie alle Länder der Welt leben fröhlich über ihre finanziellen Verhältnisse.“³⁸ Im Jahr 2024 hat die Verschuldung aller Staaten der Welt nach Angaben des *Internationalen Währungsfonds* die Schwelle von 100 Billionen US-Dollar erreicht. Die Konsequenz dieser enormen Verschuldung ist: „Mehr als eine Milliarde Dollar pro Tag fließen weltweit in den Schuldendienst. ... Dieses Geld fehlt an anderer Stelle, denn je höher der Schuldendienst, desto weniger fiskalischen Spielraum hat ein Staat.“³⁹

Allein die amerikanische Staatsverschuldung hat sich seit der Finanzkrise im Jahr 2008 von 9,3 auf knapp 36 Billionen US-Dollar nahezu vervierfacht – und die Schuldenlast steigt alle einhundert Tage um weitere 1.000 Milliarden US-Dollar.

³³ Dafür werden die internationalen Notenbanken sorgen. „Wenn sich das Schuldenwachstum wie prognostiziert fortsetzt, werden die Zentralbanken die Realzinsen drücken müssen“, allein um den Schuldendienst in einem erträglichen Rahmen zu halten. *Ray Dalio: Wie Staaten bankrott gehen. Der große Schuldenzyklus – warum die Weltwirtschaft in die Krise steuert und was wir jetzt tun müssen*, 1. Auflage 2025, Finanzbuch Verlag, München 2025, Seite 102.

³⁴ Jens Ehrhardt in seinem Interview „Der Euro wird eine Schwachwährung werden“ im *Handelsblatt* vom 5. Februar 2025 auf den Seiten 36 - 37, hier Seite 36. Ehrhardt ist Fondsmanager, Vermögensverwalter und Herausgeber des seit 1974 erscheinenden Börsenbriefs *Finanzwoche*.

³⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. Februar 2025, Seite 21. An anderer Stelle schreibt die Zeitung: „Europa braucht jetzt einen Euro, dem die Leute vertrauen. Und nicht noch mehr Schulden.“ Das Zitat stammt aus der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 20. März 2025, Seite 17.

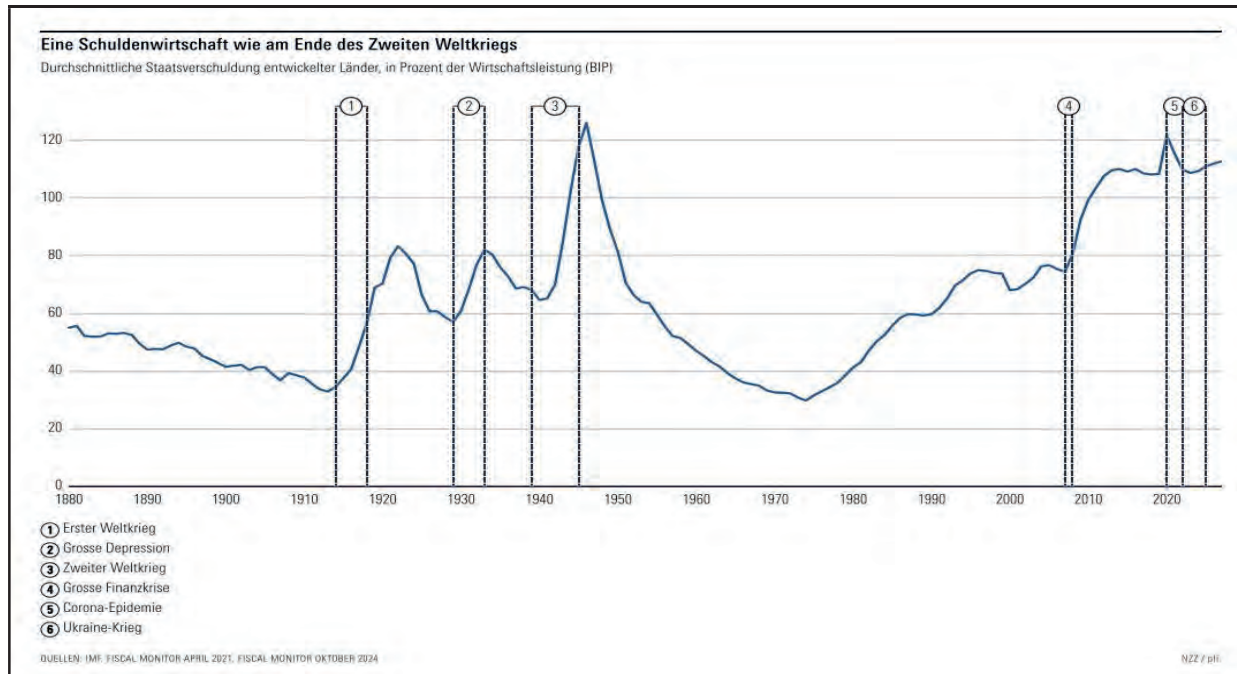
³⁶ *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 17.

³⁷ *WirtschaftsWoche* vom 21. März 2025, Seite 3.

³⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. Februar 2025, Seite 18. In dem Artikel „Der gefährliche Anstieg der Staatsschulden“ wird dargestellt, dass im Gegensatz zu früheren Zeiten die hohe Neuverschuldung in einer Phase der weltweiten wirtschaftlichen Erholung anfällt.

³⁹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31. Mai 2025, Seite 22.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Staatsverschuldung aller entwickelten Länder der Welt in den letzten knapp anderthalb Jahrhunderten:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 17

Aktuell liegt die durchschnittliche Verschuldung der entwickelten Länder mit 111 Prozent der Wirtschaftsleistung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) bereits fast wieder dort, wo sie zuletzt zum Ende des Zweiten Weltkrieges war (118 Prozent). Und das, obwohl die aktuelle ökonomische Situation in keiner Weise mit der damaligen am Boden liegenden, fürchterlichen Wirtschaftslage zu vergleichen ist.

Der Euro und erst recht der US-Dollar sind keine ernst zu nehmenden Alternativen für konservative Anleger. Dies gilt insbesondere, weil Staatsverschuldung und Inflation im Euroraum und in den USA weiter ansteigen (im Gegensatz zur Schweiz) und diese Ursachen beide Währungen im Vergleich zum Schweizer Franken weiter schwächen werden. Dank der seit rund 20 Jahren gut funktionierenden Schuldenbremse liegt die schweizerische Staatsverschuldung bei unter 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)⁴⁰ und die Inflationsrate im Dezember 2025 beträgt 0,1 Prozent.⁴¹ Im Euroraum und in den USA liegt die Staatsverschuldung knapp unter 100 Prozent in Relation zum BIP (Euroraum) bzw. schon über 100 Prozent (USA). Die Inflationsraten in beiden Wirtschaftsräumen liegen über zwei Prozent.⁴² Das *Handelsblatt* folgert daher zu

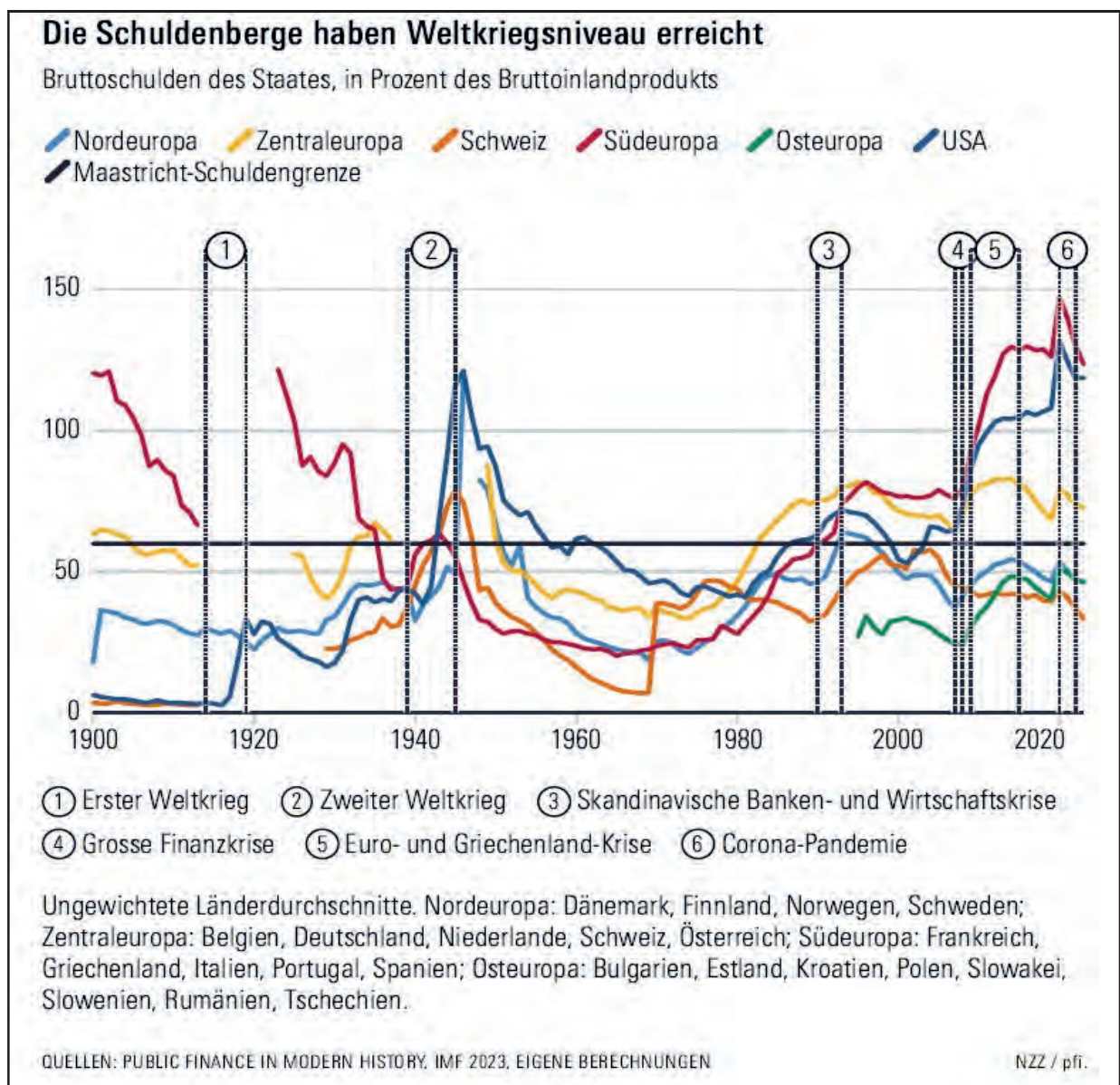
⁴⁰ Siehe zur Entwicklung der Staatsverschuldung in der Schweiz seit der Einführung im Jahr 2003 auch die orangefarbene Linie in der nächsten Grafik (Die Schuldenberge haben Weltkriegsniveau erreicht).

⁴¹ Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 10. Januar 2026, Seite 15. Im November 2025 betrug die Inflationsrate in der Schweiz sogar 0,0 Prozent. Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. Dezember 2025, Seite 21.

⁴² Die Jahresrate im Euroraum liegt laut dem Statistikamt Eurostat in 2025 bei 2,0 Prozent; vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 10. Januar 2026, Seite 17. In Deutschland liegt sie im Jahresdurchschnitt 2025 bei 2,2 Prozent; vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Januar 2026, Seite 15. Für die USA liegen beträgt die Jahresinflationsrate 2025 2,7 Prozent.

Recht: „Die hohe Staatsverschuldung treibt die Inflationserwartungen und die tatsächliche Inflationsentwicklung an“.⁴³

Gabor Steingart schreibt in seinem *The Pioneer Briefing*: „Unterm Strich ist **weltweit eine Verschuldungsorgie zu beobachten**. Der *Internationale Währungsfonds* (IWF) rechnet damit, dass bis zum Ende des Jahrzehnts die weltweite Verschuldung der Staaten auf mehr als 140 Billionen Dollar steigt und damit eine **Verschuldungsquote von mehr als 100 Prozent des Weltsozialprodukts** erreicht wird.“⁴⁴



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Dezember 2025, Seite 25

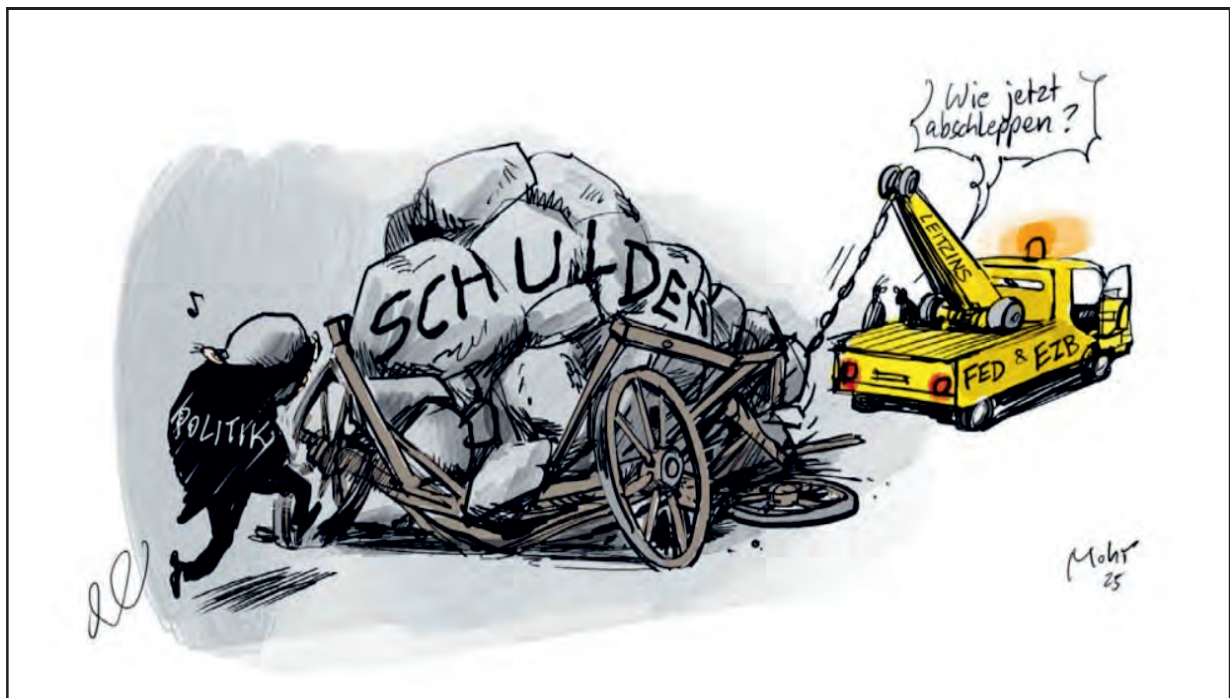
Inzwischen liegt die Staatsverschuldung in den USA (dunkelblaue Linie in der obigen Grafik) höher als zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Die *Neue Zürcher Zeitung* titelt:

⁴³ *Handelsblatt* vom 2. Dezember 2025, Seite 11.

⁴⁴ *The Pioneer Briefing* vom 9. Dezember 2025. Hervorhebung im Original.

„Die Verschuldung der großen Industriestaaten läuft aus dem Ruder“⁴⁵, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt in einer Überschrift „Viele Schulden, wenig Wachstum“⁴⁶ und der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt, dass die Schulden „in den kommenden Jahren exponentiell steigen“ würden.⁴⁷ Professor *Hans-Werner Sinn* bringt die Ursachen – zumindest für den Euroraum – auf den Punkt: „**Ohne den Euro hätte es die europäischen Schuldenorgien nicht geben können.**“⁴⁸

Und so liegt es jetzt möglicherweise bei den Notenbanken – so zum Beispiel der amerikanischen Federal Reserve Bank (FED) oder der Europäischen Zentralbank (EZB) – die Zinsen so niedrig zu setzen, dass die Staatsschulden einigermaßen erträglich sind:



Quelle: *Handelsblatt* vom 19. - 21. Dezember 2025, S. 18

Als Konsequenz der hohen Staatsverschuldung prognostiziert Professor *John Cochrane*: „**Eine neue Inflationswelle ist wahrscheinlich**“. In einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* warnt Cochrane vor den großen Haushaltsdefiziten in den USA und in Europa und sagt: „Ich bin ein großer Anhänger von Schuldenbremsen, wie sie die Schweiz kennt. ... Die Schweiz hatte dann ja auch prompt keine so hohe Teuerung wie die USA oder Deutschland. ... Deutschland gibt da gerade ein schlechtes

⁴⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 21. Oktober 2025, Seite 21.

⁴⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. November 2025, Seite 15.

⁴⁷ *Handelsblatt* vom 7. - 9. November 2025, Seite 39.

⁴⁸ *Handelsblatt* vom 17. - 19. Oktober 2025, Seite 62. Sinn ist emeritierter Hochschullehrer an der Ludwig-Maximilians-Universität München und war von 1999 bis 2016 Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Beispiel ab, da man die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt hat, als sie unbequem wurde.“⁴⁹

In Deutschland hat man die einigermaßen funktionierende Schuldenbremse mit einem politischen Kraftakt (Grundgesetzänderung ohne Regierungsmehrheit!) ausgehebelt und riesige „Sondervermögen“ in dreistelliger Milliardenhöhe bereitgestellt (auf Deutsch: gigantische neue Staatsschulden aufgenommen), um die seit Jahren niederliegende Wirtschaft anzukurbeln. Denn seit dem Jahr 2019 ist in Deutschland die Wirtschaft kaum gewachsen. „Um gerade einmal 0,3 Prozent ist das Bruttoinlandsprodukt seitdem, bereinigt um die Inflation, gestiegen.“⁵⁰

Das *Handelsblatt* titelt: „Eine halbe Billion Euro Schulden. Die Milliardenausgaben der Regierung sorgen für einen Rekord bei der Schuldenaufnahme.“⁵¹ Diese historisch hohe Summe stellt selbst die Schuldenaufnahme im Kampf gegen die Folgen der Corona Krise und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine in den Schatten.

Die oben angeführte Begründung für einen werthaltigen und starken Schweizer Franken in Form von niedriger Staatsverschuldung und niedriger Inflationsrate gilt für den Euro und den Euroraum ja genau nicht. Nachdem in der Vergangenheit Griechenland und Italien durch viel zu hohe Staatsschulden die Stabilität des Euro gefährdet haben, wird jetzt die **Schuldensituation in Frankreich** immer Besorgnis erregender. Die aktuellen Schlagzeilen lauten: „Frankreichs Weg in den Schuldensumpf“⁵², „Frankreichs Staatsfinanzen bedrohen Europas Sicherheit“⁵³ oder „Rien ne va plus“⁵⁴. Die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt: „**Frankreich ist das neue Italien: hochverschuldet und unregierbar.**“⁵⁵ Und das Börsenmagazin *Substanz Investor* prognostiziert: „Wegen Frankreichs Überschuldung droht eine neue Eurokrise.“⁵⁶

Im Jahr 2025 dürften die französischen Staatsschulden auf 116 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Im gesamten Euro-Raum sind nur Italien mit 135 Prozent und Griechenland mit 154 Prozent relativ gesehen noch mehr verschuldet.⁵⁷ In absoluten Zahlen ist Frankreichs Schuldenberg mit 3.300 Milliarden Euro der höchste in Europa.⁵⁸ Das folgende Schaubild zeigt in der rechten Hälfte den stetigen

⁴⁹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Oktober 2025, Seite 23. Cochrane ist Finanzmarktforscher und Makroökonom an der Stanford University. Auf die letzte Frage in dem Interview („Haben Sie das Gefühl, die Mainstream-Ökonomen seien generell linker und politischer geworden?“) gibt Cochrane eine aufschlussreiche Antwort: „Absolut. Die meisten werden Ökonomen, weil sie die Welt retten wollen. Ich bin von der Universität Chicago geprägt. Wir wollen auch die Welt retten, aber indem wir klarstellen, was effiziente Anreize und Regeln sind, die den Wohlstand mehren, und nicht, wie wir Ungleichheit und die Klimakrise lösen.“

⁵⁰ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. November 2025, Seite 3.

⁵¹ *Handelsblatt* vom 19. - 21. Dezember 2025, Seite 36.

⁵² *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli 2025, Seite 21.

⁵³ *Handelsblatt* vom 17. Juli 2025, Seite 16.

⁵⁴ *WirtschaftsWoche* vom 5. September 2025, Seite 23.

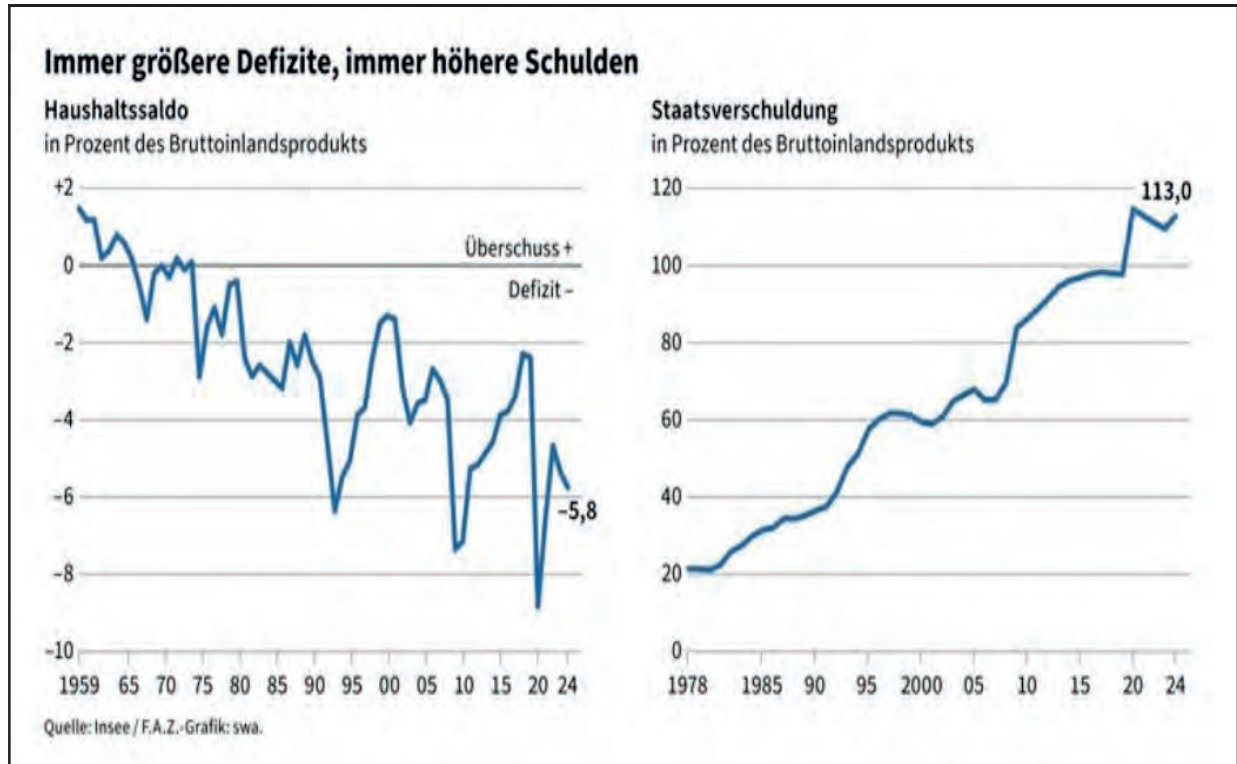
⁵⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. September 2025, S. 27.

⁵⁶ *Substanz Investor* vom Oktober 2025, Seite 43.

⁵⁷ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. September 2025, S. 27.

⁵⁸ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli 2025, Seite 21.

Trend einer immer höheren französischen Gesamtverschuldung in den letzten Jahrzehnten:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli 2025, Seite 21

Und in der linken Hälfte erkennt man den Grund für die sich immer weiter verschlechternde Schuldensituation: das jährliche Haushaltsdefizit im französischen Staatshaushalt. Der Internationale Währungsfonds *IWF* erwartet für das Jahr 2025 ein Haushaltsdefizit von rund 180 Milliarden Euro, was 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht.⁵⁹ Der Blick auf die linke Hälfte der obigen Grafik zeigt auch, dass das Jahr 1974 das letzte Jahr war, in dem eine französische Regierung einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftete. Oder anders formuliert: Seit einem halben Jahrhundert übersteigen die Ausgaben des französischen Staates seine Einnahmen.

Das unvermeidliche Resultat sind immer höhere Schulden:

⁵⁹ Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 20. September 2025, Seite 2.



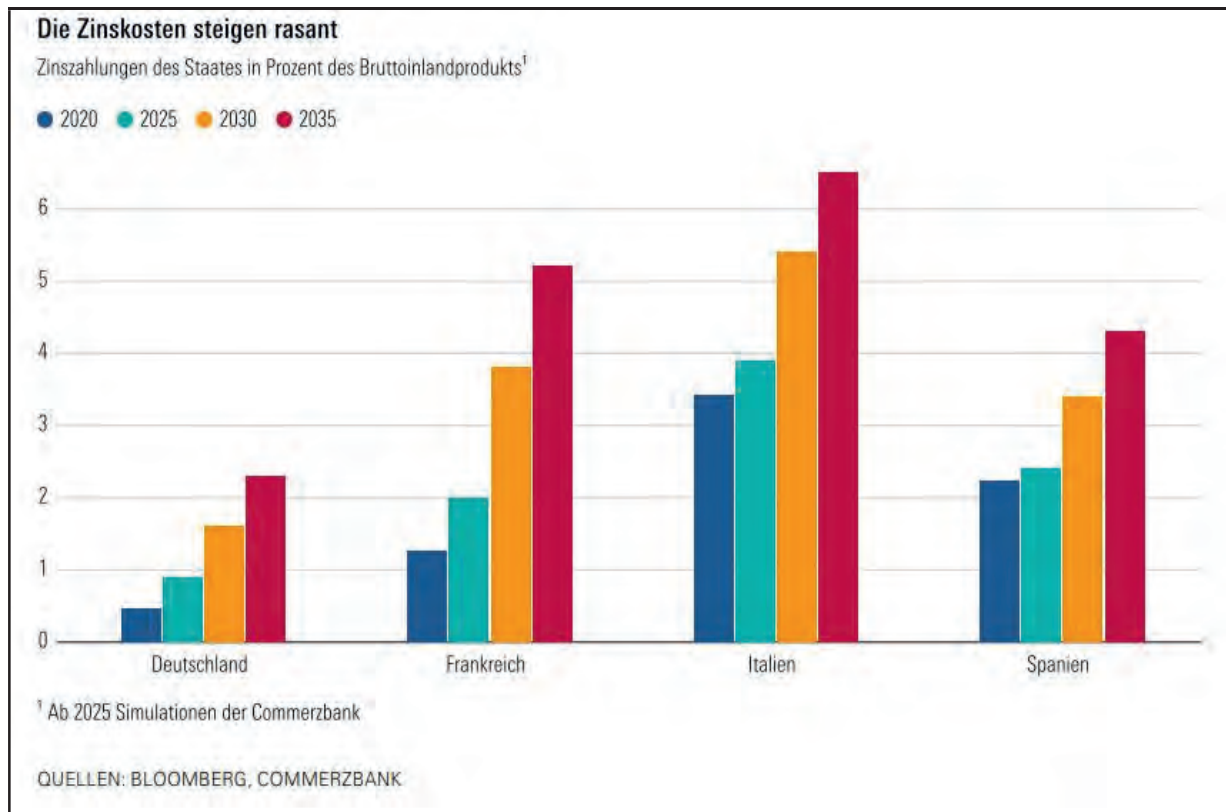
Quelle: *Handelsblatt* vom 10. September 2025, Seite 14

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bringt es auf den Punkt: „**Der französische Staat lebt** bei schwächer werdendem Wirtschaftswachstum und zunehmend ungünstigerer Demographie **seit Jahren über seine Verhältnisse.**“⁶⁰

Mit dem ständig wachsenden Schuldenberg steigen natürlich auch die Zinsen, die der Staat für die in der Vergangenheit aufgenommenen Schulden zahlen muss. In Frankreich verschlingt der Schuldendienst im aktuellen Haushaltsjahr mit 67 Milliarden Euro inzwischen mehr, als der französische Staat zum Beispiel für seine Verteidigung ausgibt.

Wie stark die jährlichen Zinsausgaben in den nächsten Jahren zwangsläufig (bei weiter negativem Haushaltssaldo) steigen werden, zeigt die nachfolgende Grafik:

⁶⁰ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli 2025, Seite 21. Hervorhebung durch Schmitz & Cie.



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Juli 2025, Seite 25

Beim Blick auf das obige Schaubild fällt auf, dass die steigenden Zinskosten auf die Staatsschulden nicht nur ein französisches Problem sind. Aber die Steigerungsraten bei den vier Balken im zweiten Viertel (Frankreich) fallen in den nächsten Jahren am stärksten aus. Der Schuldendienst in Frankreich wird dadurch mehr und mehr zu einem „Krebsgeschwür, das die knappen Haushaltsspielräume auffrisst.“⁶¹

Was könnte eine Lösung sein? Das *Handelsblatt* schreibt dazu: „Letztlich hilft nur eines: Die Regierungen müssen lernen zu sparen, egal wie politisch schmerzhaft die Einschnitte sind.“⁶² Und genau dieser Weg wird in Frankreich wohl nicht durchsetzbar sein. Denn die politische Opposition und die Gewerkschaften schreien laut: „Nous bloquons tout“ – „Wir blockieren alles“.

Der aufmerksame Beobachter der politischen Entwicklungen – nicht nur Frankreich – könnte geneigt sein zu fragen, ob es in einer Demokratie überhaupt noch möglich ist, solche enorm wichtigen Maßnahmen wie das Kürzen von staatlichen Leistungen (= Sparen) durchzusetzen. Oder ist die Zahl der Begünstigten von staatlichen Zuwendungen inzwischen so groß geworden, dass gegen diese Mehrheit von Bürgern keine Politik mehr mit demokratischen Mehrheitsentscheidungen getroffen werden kann?

⁶¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli 2025, Seite 21.

⁶² *Handelsblatt* vom 10. September 2025, Seite 14.

Zurzeit sind noch zu viele Politiker in Deutschland der irrigen Meinung, man könne mit weiteren Krediten die Problemlösung der zu hohen Staatsschulden in die Zukunft verschieben. Aber dieser Trugschluss wird schon bald nicht mehr aufrecht zu erhalten sein. Der im letzten Schaubild („Die Zinskosten steigen rasant“) im linken Viertel aufgeführte Anstieg der Zinskosten für Deutschland ist unter der sehr optimistischen Annahme entstanden, die Zinsen für die steigende Staatsschuld würden auf dem aktuell noch niedrigen Niveau verharren. Genau das wird aber aller Voraussicht nach nicht passieren. Denn wenn die Staatsschulden immer weiter ansteigen, werden die Käufer von Bundesanleihen eine höhere Risikoprämie für den Kauf von Staatstiteln verlangen, das heißt, die Zinsen werden steigen.

Und damit steigen die Zinsausgaben des Staates und auch der Anteil dieser Zinsausgaben am Bundeshaushalt. Realistische Schätzungen sehen daher einen dramatischen Anstieg von einem Prozent aus dem Jahr 2020 auf zwölf Prozent im Jahr 2029 vor.⁶³ Professor *Clemens Fuest* prognostiziert zudem einen Anstieg der Zinsquote auf 16 Prozent für das Jahr 2040. Und das unter der Annahme eines Zinsniveaus von lediglich drei Prozent. Wehe, wenn die Zinsen bis dahin – eventuell aufgrund eines fortschreitenden Vertrauensverlusts der Anleger – noch stärker gestiegen sind.⁶⁴ Und das könnte nicht nur für Deutschland, sondern für viele verschuldete Staaten gelten. Professor *Kenneth Rogoff* prophezeit: „Tatsächlich gibt es allen Grund anzunehmen, dass die Welt in den kommenden zehn Jahren höhere Zinssätze und Inflationsraten erleben wird, als es die politischen Entscheider gewöhnt sind“.⁶⁵

Auf den ersten Blick erkennt man vielleicht nicht die Dramatik dieser Situation. Aber schon jetzt sind sehr große Teile des Bundeshaushaltes durch gesetzlich festgelegte Ausgaben und eben durch Zinszahlungen auf alte Staatsschulden determiniert. Wenn der Teil der Zinszahlungen am Gesamthaushalt immer stärker steigt, wird der Ausgabenteil, der von Politikern noch frei gestaltet werden kann, immer kleiner. Bis er ganz gegen Null tendiert. Und spätestens dann werden sich die Bürger bei Wahlen fragen, warum sie denn überhaupt noch einer Partei oder einem Politiker ihre Stimme geben sollen, wenn die Politik gar keine Gestaltungsmöglichkeit mehr hat. **Wäre das dann der Anfang vom Ende der Demokratie?**

Noch muss es nicht so weit kommen. Aber um den gigantischen Schuldenberg abzutragen waren in der Vergangenheit immer nur zwei verschiedene Möglichkeiten realistisch: „Entweder wird das Wachstum beschleunigt oder aber die Schuldenlast wird auf Kosten der Gläubiger verringert.“⁶⁶ Nur Träumer können noch ernsthaft an Wachstumswahlen wie in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg glauben, als es den Staaten gelang, die enormen Schuldenberge, die durch die Kosten des Krieges

⁶³ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. September 2025, Seite 15.

⁶⁴ Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 22. August 2025, Seite 37. Fuest ist Präsident des *ifo Instituts* und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

⁶⁵ *Kenneth Rogoff*: *Our Dollar, your Problem. Aufstieg und Fall des Dollars und was seine Instabilität für uns und die globalen Finanzmärkte bedeutet*, 1. Auflage 2025, Finanzbuch Verlag, München 2025, Seite 13. Rogoff ist seit dem Jahr 1999 Professor für Ökonomie an der Harvard University. Von 2001 bis 2003 war er Chefökonom des Internationalen Währungsfonds.

⁶⁶ *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Oktober 2025, Seite 23.

entstanden sind, durch hohe einstellige oder sogar zweistellige Wachstumsraten im Bruttoinlandsprodukt wieder zu reduzieren.

Wenn das Wachstum jedoch nicht mehr spürbar beschleunigt werden kann – und danach sieht es aktuell bei Wachstumsraten im Bruttoinlandsprodukt um den Nullbereich aus –, dann kann ein unerträglich hoher Staatsschuldenberg auch auf Kosten der Gläubiger, also der Bürger und Anleger, verringert werden. Regierungen und Zentralbanken von hochverschuldeten Staaten könnten versucht sein, den höheren Renditeforderungen der Anleger mit dem Mittel der **finanziellen Repression** zu begegnen. Wie schon häufiger in den letzten Jahrzehnten. „Damals wiesen die Regierungen die Zentralbanken an, die Zinsen nach unten zu drücken, legten Obergrenzen für die Verzinsung von Spareinlagen fest, verpflichteten institutionelle Anleger zum Kauf von Staatsanleihen und verhängten Kapitalverkehrskontrollen, um Investoren die Flucht ins Ausland zu erschweren.“⁶⁷

Felix Zulauf hält sogar noch schlimmere Szenarien für möglich. In einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* sagt er: „die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Und weil sich die normalen Einkommenssteuern nicht beliebig erhöhen lassen, **bleiben als Ausweg nur Enteignungen oder gar Staatspleiten.**“⁶⁸

Es liegt an jedem einzelnen Sparer, ob er noch daran glaubt, dass die Regierungen im Euroraum den Willen und die Kraft für einen radikalen Sparkurs aufbringen, oder ob er sein Kapital nicht lieber ins Ausland transferiert – solange es noch geht!

Denn im Lauf des Jahres 2027 wird ein **EU-Vermögensregister** eingeführt, das nicht nur – wie von der Politik vorsätzlich falsch dargestellt – zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung eingesetzt wird, sondern auch als Grundlage für eine noch einzuführende **Vermögensabgabe** oder sogar für eine neue **Lastenausgleichsabgabe** dienen könnte. Und eine Lastenausgleichsabgabe darf nach neuerer Gesetzgebung nicht nur Schäden für Betroffene abfedern, die Opfer von Kriegen oder Terror geworden sind. Ab dem Jahr kann eine Lastenausgleichsabgabe auch für Opfer von „vorsätzlicher Vergiftung“ und „Schädigungen durch staatlich empfohlene Schutzimpfungen“ beschlossen werden.⁶⁹

⁶⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Juli 2025, Seite 25.

⁶⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. April 2025, Seite 23. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Zulauf sagt weiter: „Unter anderem werden Zwangsabgaben in allen möglichen Varianten und mit schönen Namen in Mode kommen. Deshalb halte ich das Schuldenpaket von Friedrich Merz für eine Katastrophe. Im Prinzip ist es eine Bankrotterklärung jenes Deutschlands, das wir alle einmal als stabil, leistungsfähig und vertrauenswürdig kannten.“ Zulauf ist ein Schweizer Hedgefonds-Manager und international neben *Marc Faber* der bekannteste Schweizer Börsenprofi.

⁶⁹ Vgl. *Dominik Kettner*: Der digitale Euro. Die größte Enteignung der Geschichte. Wie die EZB mit dem digitalen Euro deine Zukunft, Ersparnisse und Freiheit gefährdet, 1. Auflage 2025, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, S. 43 - 44 sowie die Kurzversion: Zu Gesetzesänderungen des Lastenausgleichsgesetzes unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/1011936/WD-4-027-24-pdf.pdf>. Das ursprünglich aus dem Jahr 1952 stammende Lastenausgleichsgesetz wurde in jüngster Zeit modernisiert. Die aktuelle Version ist im Jahr 2024 in Kraft getreten.

Die Europäische Union hat im Juli 2025 eine Anti-Geldwäsche-Behörde mit dem schönen Namen *AMLA* (Anti Money Laundering Authority) geschaffen, die ihren Sitz in Frankfurt am Main hat und gleich zu Beginn über 400 Mitarbeiter verfügt. Was diese Behörde tatsächlich alles darf, kann man in der *EU-AML-Verordnung* und in der *Verordnung (EU) 2024/1624 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung* nachlesen, die am 19. Juni 2025 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurden.⁷⁰

In der Verordnung gegen die Geldwäsche kann man unter anderem lesen, dass „die AMLA mithilfe der Fähigkeiten heutiger künstlicher Intelligenz und Algorithmen bald die Daten der rund 450 Millionen EU-Bürger analysieren darf.“⁷¹ Aber das ist noch nicht alles: „Daneben soll eine umfassende Datenbank eingerichtet werden, in der die verschiedenen Vermögenswerte der Bürger erfasst werden, sofern sie insgesamt den Betrag von 200.000 Euro überschreiten. Dazu zählen neben Immobilien, Bankkonten und Wertpapierdepots auch Fahrzeuge, Kunstwerke, Edelmetalle und Kryptowerte im In- und Ausland.“⁷²

Angesiedelt wird das neue EU-Vermögensregister bei der AMLA. „Sogar NGOs und Journalisten erhalten Zugriff auf diesen digitalen Pranger. Kein Wunder, dass sie ihn nicht kritisieren.“⁷³

Wer jetzt als Anleger noch immer an das Gute in der Politik glaubt, dem ist wohl nicht mehr zu helfen. Allenfalls könnte man behaupten, die Politiker wollen doch nur unser Bestes: nämlich unser Geld!

4.2 Noch mehr Sozialstaat – und wo bleiben die Reformen?

Der Sozialstaat in Deutschland wird immer voluminöser und wuchtiger. Er verschlingt einen immer größer werdenden Anteil am Bundeshaushalt. Das lähmt unternehmerische Initiative und bremst die Wirtschaft. Die Staatsquote hat die Marke von 50 Prozent inzwischen überschritten, die der ehemalige Bundeskanzler *Helmut Kohl* einst als Grenze zwischen Kapitalismus und Sozialismus bezeichnet hat.⁷⁴ *Daniel Stelter* schreibt: „Während der Sozialstaat immer mehr Mittel bindet, erodiert die finanzielle

⁷⁰ https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401624.

⁷¹ *Dominik Kettner*: Der digitale Euro. Die größte Enteignung der Geschichte. Wie die EZB mit dem digitalen Euro deine Zukunft, Ersparnisse und Freiheit gefährdet, 1. Auflage 2025, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, S. 60 - 61.

⁷² Zitat aus dem Artikel „Saubere Finanzströme“ von *Anke Dembowski* aus *institutional money*, 1. Quartal 2025, Seite 256 - 259, hier Seite 259.

⁷³ *Dominik Kettner*: Der digitale Euro. Die größte Enteignung der Geschichte. Wie die EZB mit dem digitalen Euro deine Zukunft, Ersparnisse und Freiheit gefährdet, 1. Auflage 2025, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, S. 61.

⁷⁴ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 23. April 2025, Seite 25. Die Staatsquote misst das Verhältnis der Staatsausgaben zur Wirtschaftsleistung eines Landes. Ende des Jahres 2025 lag die Staatsquote in Deutschland bei 50,4 Prozent. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. Dezember 2025, Seite 19.

Leistungsfähigkeit von Unternehmen und Bürgern. Die Politik hat eine Fehlallokation der Mittel vorgenommen – weg von den Investitionen, hin zum Sozialstaat.⁷⁵ Und das Allerschlimmste ist: „Die Versprechungen des deutschen Sozialstaats, das kommt verschärfend hinzu, werden nicht erfüllbar sein.“⁷⁶

Nicht umsonst wächst das deutsche Bruttoinlandsprodukt seit dem Jahr 2019 nicht mehr. Die *Neue Zürcher Zeitung* stellt fest: „**Der Staat ist ein Sanierungsfall. ... zugleich herrscht rasender Stillstand.**“⁷⁷ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rechnet vor, dass das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland seit dem Jahr 2015 um weniger als drei Prozent zugelegt hat, während der Durchschnitt aller OECD-Länder um 36 Prozent und der Euro-Raum als Ganzes immerhin noch um zwölf Prozent gewachsen ist.⁷⁸

Professor *Marcel Fratzscher* konstatiert: „Der deutsche Staat wird weiterhin von seiner Substanz leben, und Unternehmen und die Bevölkerung werden immer schlechtere Rahmenbedingungen vorfinden. Das Resultat ist der Verfall von Straßen, Brücken, Schulgebäuden und anderen öffentlichen Einrichtungen.“⁷⁹ *Wolfgang Kubicki* schreibt: „Deutschlands Infrastruktur bewegt sich zielsicher auf ein Zweite-Welt-Niveau zu.“⁸⁰ Und der frühere, langjährige Chef von *Nestlé*, *Peter Brabeck-Lethathe*, sagt in diesem Zusammenhang: „Deutschland war einst die blühendste Wirtschaft – heute ist es ein Krankheitsfall. **Schuld ist der Einfluss der Politik.**“⁸¹

Wichtig wären längst überfällige **Reformen**. Das *Handelsblatt* schreibt mahmend: „Der Standort Deutschland weist eine im internationalen Vergleich recht hohe Steuerlast für Unternehmen auf, die Energiepreise sind gesunken, aber immer noch relativ hoch, die Bürokratielast wird von vielen als überbordend bewertet.“⁸² *Daniel Stelter* ergänzt: „Am effektivsten wären Reformen im Sozialsystem. Statt wie in den

⁷⁵ *Daniel Stelter* in seiner Kolumne „Staatsfinanzen am Abgrund“ im *Handelsblatt* vom 6. Oktober 2025, Seite 10. Als Lösung für den ausufernden Sozialstaat schlägt er eine „Sozialstaatsbremse“ vor. Die Sozialausgaben müssen auf dem aktuellen Stand eingefroren werden, damit die Wirtschaft sich erholen kann. Stelter ist Ökonom und Sachbuchautor.

⁷⁶ *Gabor Steingart*: Systemversagen. Aufstieg und Fall einer großartigen Wirtschaftsation, 1. Auflage 2025, Penguin Verlag, München 2025, Seite 14.

⁷⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. November 2025, Seite 1. In seinem Leitartikel „In der Sackgasse“ macht der Chefredakteur *Eric Gujer* unter anderem die SPD für den Stillstand in Deutschland verantwortlich. Er schreibt: „Die Sozialdemokraten leiden an der Koalition, aber Neuwahlen würden nur ihre Situation verschlimmern. Also bleiben sie und bremsen.“ An anderer Stelle schreibt die Zeitung: „Die Sozialdemokraten tun derzeit alles, um das Bündnis mit den Christdemokraten zu einem Misserfolg zu machen.“ *Neue Zürcher Zeitung* vom 2. Dezember 2025, Seite 19.

⁷⁸ *Handelsblatt* vom 13. Oktober 2025, Seite 9.

⁷⁹ *Marcel Fratzscher*: Nach uns die Zukunft. Ein neuer Generationenvertrag für Freiheit, Sicherheit und Chancen, Berlin Verlag, München 2025, Seite 164.

⁸⁰ *Wolfgang Kubicki*: Aufwind im freien Fall. Eine liberale Kampfansage, 1. Auflage 2025, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2025, Seite 72.

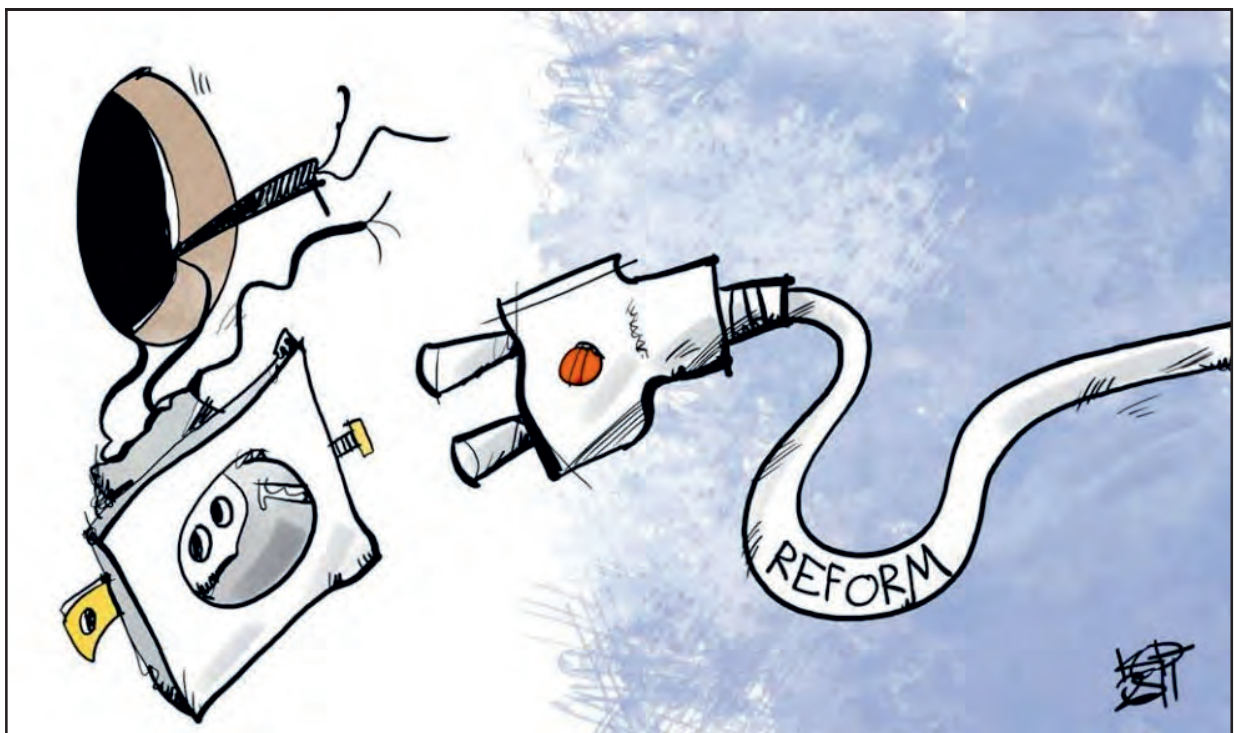
⁸¹ *Peter Brabeck-Lethathe* im Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 27. Dezember 2025, Seite 22 - 23, hier Seite 17. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie*.

Die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt in dem Artikel „Deutschland ist ein abschreckendes Beispiel“: „Klima zuerst, Wohlstand zuletzt – mit dieser Devise hat Deutschland seine Wirtschaft an die Wand gefahren.“ *Neue Zürcher Zeitung* (Internationale Ausgabe) vom 31. Dezember 2025, Seite 15.

⁸² *Handelsblatt* vom 10. November 2025, Seite 8.

vergangenen Jahrzehnten immer mehr Anreize zu schaffen, nicht mehr zu arbeiten, sollte die Politik den Sozialstaat so umbauen, dass es sich lohnt zu arbeiten. Allemal besser, als denjenigen, die noch arbeiten, einen Feiertag zu nehmen.“⁸³ Das *Handelsblatt* schreibt in aller Deutlichkeit in dem Artikel „**Die große Dominanz der Sozialausgaben**“: Ohne Sozialreformen wird sich der Bundeshaushalt kaum sanieren lassen.“⁸⁴

Aber zu diesen dringend notwendigen Reformen waren die Politiker nicht fähig oder nicht willens:



Quelle: *Handelsblatt* vom 5. November 2025, Seite 16

Warum haben sich die (un)verantwortlichen Politiker nicht zuerst Einsparungen im Bundeshaushalt vorgenommen, um damit zumindest teilweise eine Gegenfinanzierung zu den geplanten riesigen Zusatzausgaben zu ermöglichen? Allein der vorgezogene Renteneintritt mit 63 Jahren belastet Deutschland mit 40 Milliarden Euro jährlich, die Mütterrente mit fünf Milliarden Euro pro anno und nur der Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt liegt inzwischen bei deutlich über 100 Milliarden Euro (!) pro Jahr – Tendenz ständig steigend.⁸⁵

Professor *Udo Di Fabio* schreibt dazu: „Der Sozialstaat, in einer scheinbar endlos sich fortsetzenden Prosperitätsphase immer weiter in seinen Leistungsversprechen

⁸³ *Handelsblatt* vom 8. Dezember 2025, Seite 11. Stelter zitiert in seiner Kolumne „Arbeit muss sich lohnen“ Professor *Andreas Peichl* vom *ifo-Institut* in München, der herausgearbeitet hat, dass es im „Dschungel der Sozialleistungen“ allein vom Bund über 500 verschiedene Sozialleistungen gibt.

⁸⁴ *Handelsblatt* vom 2. - 5. Oktober 2025, Seite 12.

⁸⁵ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 15.

gewachsen, hat heute eine unsoziale Schlagseite. **Wer Erfolg will, darf die Erfolgreichen nicht vertreiben und die Fleißigen nicht entmutigen.** Wer im Blick auf die arbeitende Mitte der Gesellschaft oder auf profitable Unternehmen nur von ‚starken Schultern‘ spricht, die mehr tragen können, vergisst leicht die muskulösen Beine, die rasch über die Landesgrenzen tragen.“⁸⁶

Die von der Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten vorgenommene einseitige Verteilung der Steuereinnahmen mit Schwerpunkt auf den übermäßigen Ausbau des Sozialstaats und dafür viel zu geringe Mittel für die immer maroder werdende Infrastruktur führte zu dem im Frühjahr 2025 beschlossenen riesigen Schuldenpaket.

An anderer Stelle ergänzt *Udo Di Fabio*: „Wir müssen unsere Mittel anders verteilen. Die Umwelt- und Klimapolitik hat sich zu Recht der Nachhaltigkeit verschrieben. Dieses Prinzip gilt aber auch für andere zentrale Politikbereiche: für die äußere und innere Sicherheit, die Infrastruktur, die Staatsfinanzen.“⁸⁷

Aber genau das passiert nicht. Während die Politiker den Unternehmen und den Bürgern auf der Mikroebene ständig Vorschriften zur Nachhaltigkeit machen (keine Verbrenner-Autos mehr ab dem Jahr 2035, Heizungsgesetz, etc.) sind sie auf der Makroebene nicht in der Lage oder nicht willens, in ihrem ureigenen Gestaltungsbereich (zum Beispiel Sozialversicherungssysteme, Staatsfinanzen, Euro) auf Nachhaltigkeit und Stabilität zu achten.

Stattdessen wurde von der Politik zum wiederholten Mal der deutlich leichtere Weg beschritten, die Verschuldung aufgebläht und mit einem dicken Finanzpaket auf Pump die dringend notwendigen Reformen des Sozialstaates in die Zukunft verschoben:

⁸⁶ Udo Di Fabio in seinem lesenswerten Aufsatz „Gescheiterter Liberalismus“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 25. März 2025, Seite 16. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie*. Di Fabio lehrt seit dem Jahr 2003 Öffentliches Recht an der Universität Bonn und war von 1999 bis 2011 Richter am Bundesverfassungsgericht.

⁸⁷ Di Fabio in einem Interview mit der *WirtschaftsWoche* vom 21. Februar 2025, Seite 22 - 23, hier Seite 22.



Quelle: *Handelsblatt* vom 24. März 2025, Seite 14

Professor *Udo Di Fabio* meint dazu: „Eine auf Dauer übermäßige Staatsverschuldung gefährdet jedoch wie schleichende Korrosion die Grundpfeiler des politischen Systems. Daher macht die Schuldenbremse Sinn.“⁸⁸ Und genau die haben die Politiker mit ihren Beschlüssen im Frühjahr 2025 de facto abgeschafft.

Und damit steigt die Staatsquote immer weiter. Der Staat und seine Politiker nehmen sich einen immer höheren Anteil an der von Unternehmen und Bürgern erarbeiteten Wirtschaftsleistung und greifen damit massiv in die (Um)Verteilung des Bruttoinlandsprodukts ein. Diese Tendenz ist nicht neu und hat tiefergehende Ursachen: **Der Staat hat wenig Vertrauen in seine Bürger.** Professor *Paul Kirchhof* schreibt: „Der Staat entscheidet in prinzipiellem Misstrauen. Er sieht in den Menschen vor allem Steuerhinterzieher, Geldwäscher und inhumane Nutzer von Lieferketten. Reichtum und Armut wird vom politischen Auftrag zum moralischen Vorwurf.“⁸⁹

⁸⁸ Di Fabio in einem Interview mit der *WirtschaftsWoche* vom 21. Februar 2025, Seite 22 - 23, hier Seite 23. *Wolfgang Kubicki* ergänzt in diesem Zusammenhang noch einen zusätzlichen Aspekt: „So hat die Aufblähung der sozialen Sicherungssysteme im Land ein Maß angenommen, das letztlich freiheitsfeindlich wirkt.“ *Wolfgang Kubicki*: Aufwind im freien Fall. Eine liberale Kampfansage, 1. Auflage 2025, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2025, Seite 87.

⁸⁹ Paul Kirchhof in seinem Aufsatz „Zeit für eine grundlegende Wende“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 6. März 2025, Seite 6. Kirchhof ist Professor für öffentliches Recht und Steuerrecht an der Universität Heidelberg und war von 1987 bis 1999 Richter des Bundesverfassungsgerichts. Dass der Staat wenig Vertrauen in seine Bürger hat, zeigt sich auch an der immer größer werdenden Anzahl von staatlichen Vorschriften. So brachte die EU-Kommission unter *Ursula von der Leyen* zwischen 2019 und 2024 die Rekordzahl von rund 6.300 Richtlinien und Verordnungen auf den Weg, die die Bürger und vor allem die Unternehmen bis zur Unerträglichkeit gängeln. Vgl. hierzu *Peter E. Huber* in *institutional money* vom 29. Oktober 2025. Huber gilt als einer der Dienstältesten und renommiertesten Fondsmanager Deutschlands.

Wenn es in nächster Zeit dann doch noch zu Reformen im aufgeblähten Sozialstaat kommen wird, dann nicht, weil sie als Gegenfinanzierung für notwendige Ausgaben für die jahrelang sträflich vernachlässigte Infrastruktur benötigt würden – denn dafür haben die Politiker ja nun die gigantische Neuverschuldung. Jetzt werden höchstens noch „Reförmchen“ beschlossen, weil die entscheidungsschwachen Politiker ihre Wähler nicht mit Einschränkungen im deutschen „Wohlfühlstaat“ enttäuschen oder gar vergraulen wollen.



Quelle: *Handelsblatt* vom 11. März 2025, Seite 14

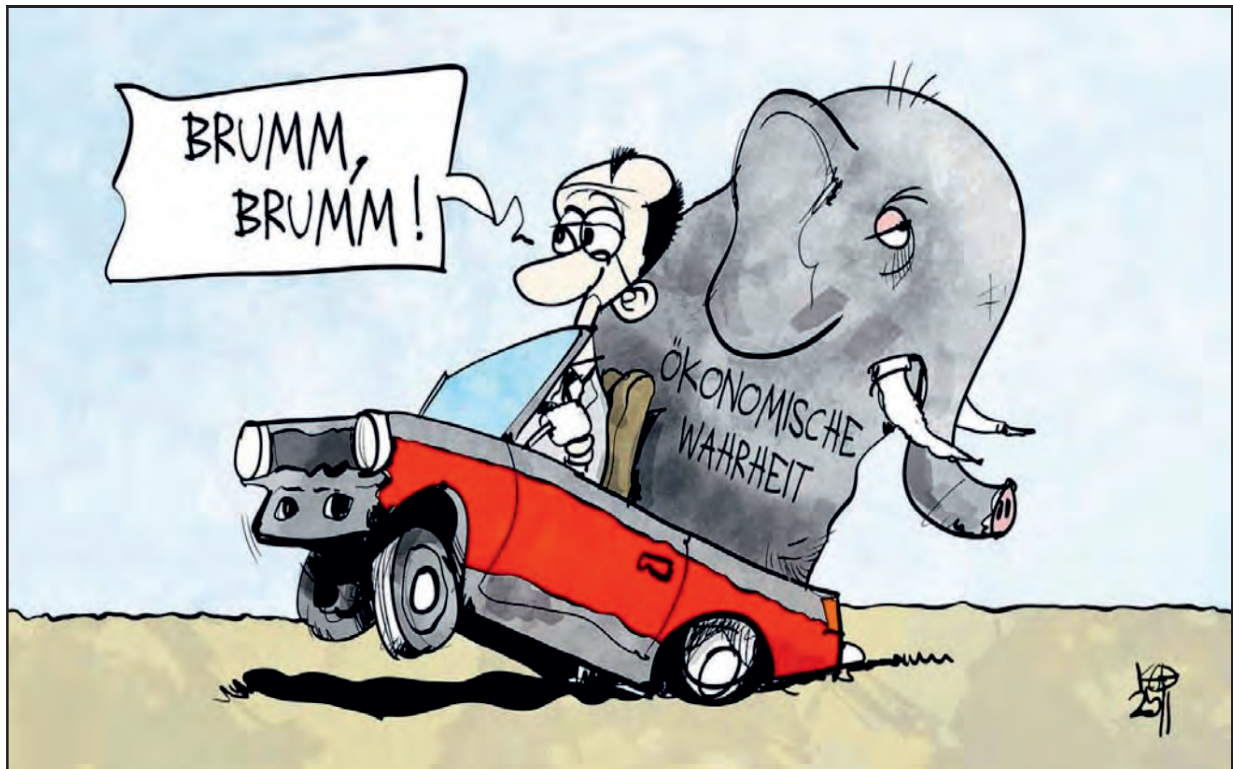
Stattdessen wird sich die **Tendenz von höherem Staatskonsum und sinkenden privaten Investitionen in Deutschland** trotz gegenteiliger Behauptungen aus ahnungslosen Politikerkreisen fortsetzen.⁹⁰ Der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (im allgemeinen Sprachgebrauch auch die Wirtschaftsweisen genannt) kritisiert bereits frühzeitig die Verwendung der zusätzlichen Gelder. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtet: „Die Schulden sollten eigentlich für zusätzliche Investitionen ausgegeben werden. Bislang werde das Sondervermögen aber zu großen Teilen für Umschichtungen im Haushalt, zur Deckung von Finanzierungslücken im Kernhaushalt und zur Finanzierung staatlichen Konsums genutzt.“⁹¹

⁹⁰ Zum Staatskonsum gehören beispielsweise Ausgaben für die Rente, für die soziale Sicherung oder für das Gesundheitswesen.

⁹¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. November 2025, Seite 15.



Der Sachverständigenrat empfiehlt der Politik, auf „fragwürdige Maßnahmen“ wie die Ausweitung der Mütterrente, die Anhebung der Entfernungspauschale, die Umsatzsteuerermäßigung in der Gastronomie und die Wiedereinführung der Agrardieselsubvention zu verzichten.⁹² Aber diese sinnvollen Ratschläge werden bei den Politikern wohl auch diesmal nicht auf fruchtbaren Boden fallen. Denn wie in der Vergangenheit sind der Politik auch in der Gegenwart der Machterhalt und die Gunst des Wählers wichtiger als die ökonomische Wahrheit:

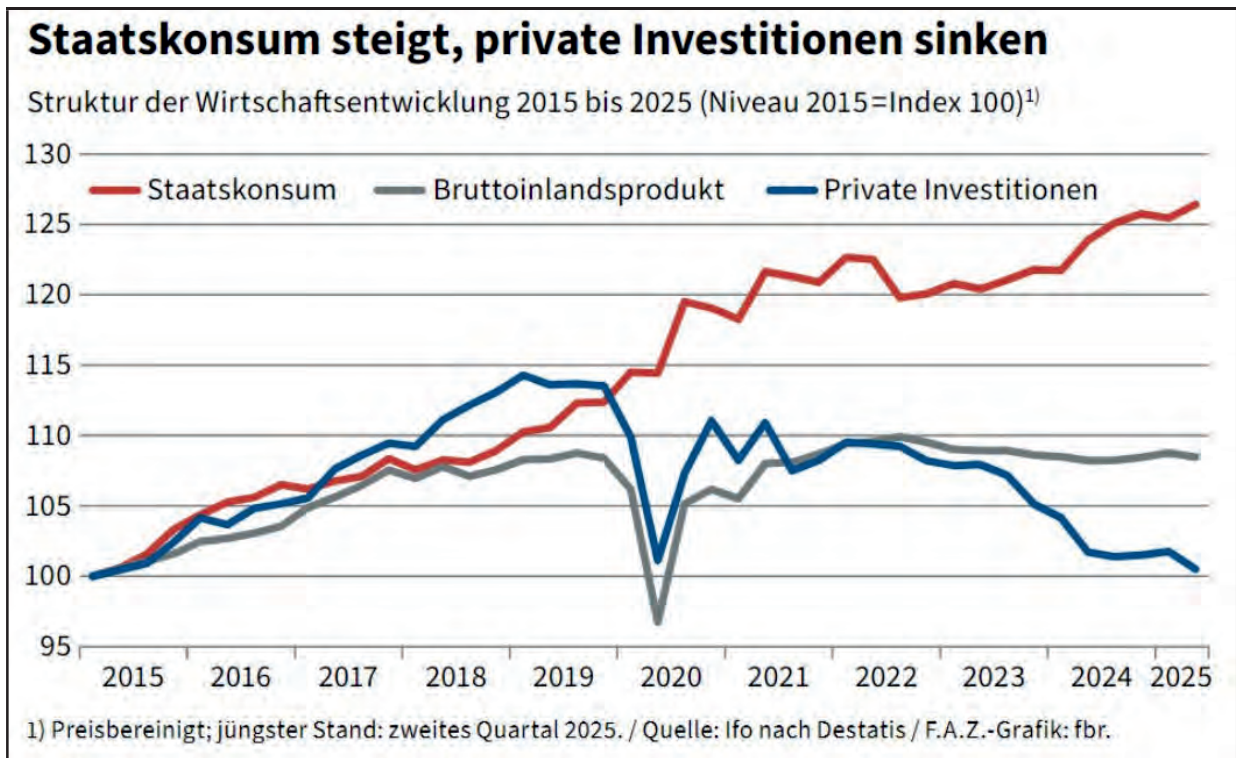


Quelle: *Handelsblatt* vom 13. November 2025, Seite 14

Obwohl bekannt ist, dass rund 90 Prozent der Investitionen in Deutschland aus der Privatwirtschaft kommen und nicht von der öffentlichen Hand,⁹³ steigt der Staatskonsum zu Lasten der privaten Investitionen immer weiter. Die nachfolgende Grafik zeigt anschaulich die dramatische Fehlentwicklung in Deutschland in den letzten Jahren:

⁹² Vgl. zu den Empfehlungen des Sachverständigenrates an die Politik ausführlich den Artikel „Viel Schulden, wenig Wachstum“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 13. November 2025, Seite 15.

⁹³ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. November 2025, Seite 3.



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. November 2025, Seite 3

Auf die Frage nach dem Grund für diese Fehlentwicklungen gibt Professor *Hans-Werner Sinn* eine gewohnt pointierte Antwort: Die Deutschen „genießen die Freuden des Wohlfahrtsstaates und der gemeinschaftlichen Druckerpressen, anstatt die Ärmel hochzukrempeln. Deutschland hat seine Infrastruktur verlottern lassen, vernachlässigt seine Schulen und finanziert zu viele Menschen, die arbeiten könnten, aber es nicht tun.“⁹⁴ Kein Wunder: „Deutschland ist heute das Land mit der höchsten Prämie für Nichtarbeiten, die man schon deshalb als großzügig bezeichnen muss, weil sie auch an Nichtstaatsangehörige ausgezahlt wird.“⁹⁵

Die *Neue Zürcher Zeitung* bringt es in einer Überschrift auf den Punkt: „**Deutschland leidet unter dem Unwillen zur Arbeit**“.⁹⁶ Aber anstatt endlich aktiv zu werden und den Bürger Anreize zu verschaffen, mehr zu arbeiten, verteilen die Politiker in Deutschland munter weiter soziale Wohltaten. Ein Beispiel: „Die Festschreibung des Rentenniveaus sowie die von der CSU durchgesetzte Mütterrente kosten in den kommenden 15 Jahren rund 200 Milliarden Euro. Schon jetzt bringe der Steuerzahler zur

⁹⁴ Hans-Werner Sinn im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 10. Oktober 2025, Seite 19. Schon der damalige Bundeskanzler *Helmut Kohl* warnte im Jahr 1993: „Wir können die Zukunft nicht dadurch sichern, dass wir unser Land als einen kollektiven Freizeitpark organisieren.“ Zitiert aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 8. Januar 2026, Seite 16.

⁹⁵ *Gabor Steingart*: Systemversagen. Aufstieg und Fall einer großartigen Wirtschaftsnation, 1. Auflage 2025, Penguin Verlag, München 2025, Seite 62.

⁹⁶ *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. November 2025, Seite 25. In dem Artikel werden die Unterschiede zwischen Deutschland und der Schweiz herausgearbeitet. So betragen die durchschnittlichen Jahresarbeitsstunden pro Beschäftigten in der Schweiz im Jahr 2024 insgesamt 1.520 Stunden, in Deutschland hingegen nur 1.334 Stunden. Die Schweizer haben 26 Ferientage, die Deutschen 31. Dazu kommt eine krankheitsbedingte Fehlzeit von Vollzeitangestellten in der Schweiz von 11 Tagen, in Deutschland sind es 18 Tage pro Jahr.

Stabilisierung der Rente 350 Millionen Euro auf – am Tag.⁹⁷ Das *Handelsblatt* titelt zu Recht: „Goldesel‘ statt ‚Knüppel aus dem Sack‘⁹⁸ und die *Neue Zürcher Zeitung* resümiert nach dem Bundestagesbeschluss zur Altersvorsorgereform Anfang Dezember: „**Merz schickt die Rente Richtung Kollaps**“.⁹⁹

In Deutschland wächst kaum noch etwas, die Wirtschaft nicht, die Investitionen nicht – aber der Sozialstaat! Der wurde in der Vergangenheit immer weiter ausgebaut. Wurden im Jahr 1950 lediglich 19 Prozent des BIP für seine Finanzierung aufgewendet, sind es heute mehr als ein Drittel. Und das, obwohl sich der durchschnittliche Reallohn in diesem Zeitraum verfünffacht hat!¹⁰⁰ *Martin Herrenknecht* äußert sich gewohnt provokativ und sagt: „**Der Sozialstaat ist gigantisch aufgebläht.**“¹⁰¹ Aber wie lange geht das noch gut? *Arndt Kirchhoff* sagt deutlich: „Machen wir uns bewusst: Das Fundament eines jeden Sozialstaates ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Und diese erodiert in Deutschland. Wir erleben die längste Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik.“¹⁰²

Peter Huber mokiert sich: „In Deutschland gingen bereits über 100.000 Industriearbeitsplätze verloren und täglich werden es mehr. Dafür wurden über 100.000 neue Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen.“¹⁰³ Die nachfolgende Grafik zeigt eindrucksvoll, dass zwar die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland auf einem historischen Höchststand ist (linkes Drittel), aber die Zahl der Beschäftigten in der Industrie (rote Kurve im mittleren Drittel) und die Zahl der Selbständigen (blaue Kurve) seit Jahren rückläufig ist:

⁹⁷ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. November 2025, Seite 15.

⁹⁸ *Handelsblatt* vom 31. Oktober - 2. November 2025, Seite 54.

⁹⁹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. Dezember 2025, Seite 22.

¹⁰⁰ Vgl. das Interview mit Professor *Jürgen Kocka* in der Zeitschrift *Capital* vom November 2025, Seite 38 - 39, hier Seite 38. Kocka plädiert: „Der Sozialstaat muss umgebaut werden, sodass er der ökonomischen Leistungsfähigkeit weniger im Wege steht und er den wirklich Bedürftigen nützt. Es geht primär um Um-, nicht um Abbau, aber ohne Abspecken wird es nicht gehen. Sonst ist der Sozialstaat selbst in Gefahr.“ (Seite 39) Kocka ist Sozialhistoriker und emeritierter Professor an der Freien Universität Berlin.

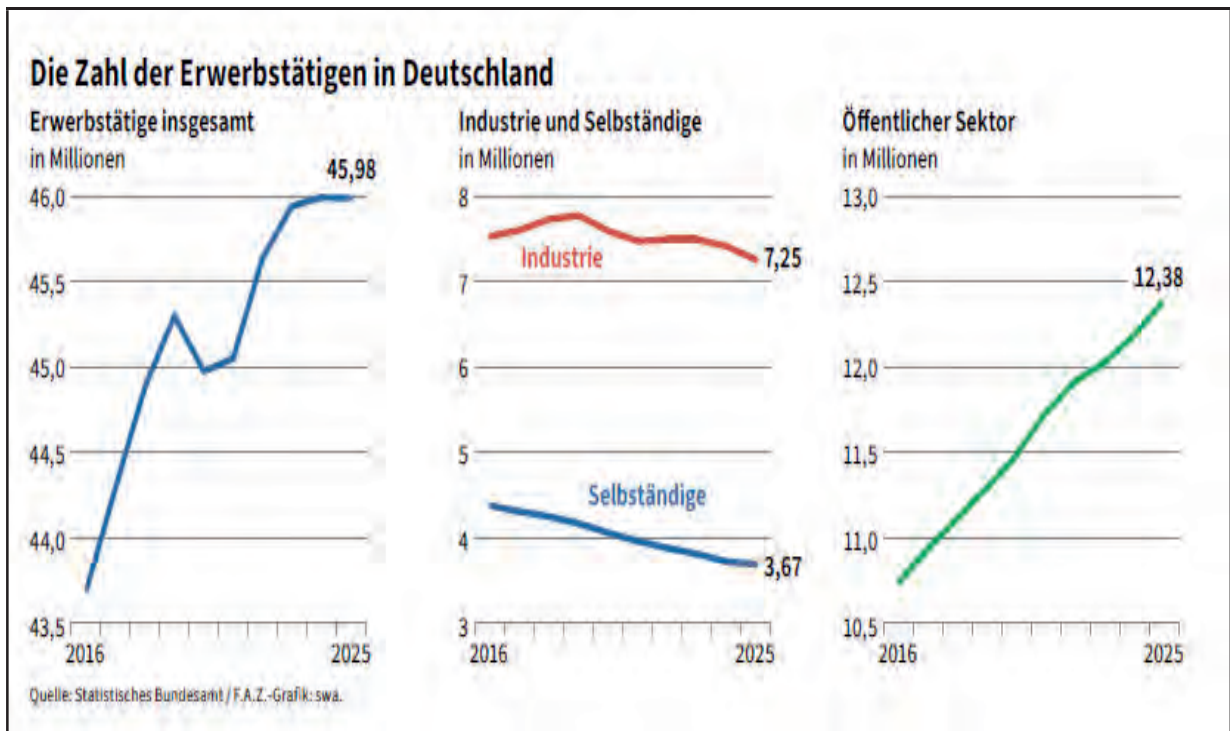
Eine weiterführende Lektüre zum Thema Sozialstaat findet der interessierte Leser in dem Artikel „Der Sozialstaat in der Bewährung“ von Professor *Lars Brocker* in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 30. Oktober 2025, Seite 6. Brocker ist Präsident des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz und des Oberverwaltungsgerichts Koblenz.

¹⁰¹ *Martin Herrenknecht* im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 12. - 14. Dezember 2025, Seite 30 - 31, hier Seite 30. Auch zur Europäischen Union geht Herrenknecht auf kritische Distanz und wettert: „Brüssel ist ein Sauladen. Da arbeiten mindestens 30.000 Menschen zu viel.“ (Seite 30) Herrenknecht ist der Gründer und Vorstandsvorsitzende der *Herrenknecht AG*, eines Herstellers von Tunnelvortriebsmaschinen mit 70 Standorten weltweit.

Wolfgang Kubicki ergänzt: „So hat die Aufblähung der sozialen Sicherungssysteme im Land ein Maß angenommen, das letztlich freiheitsfeindlich wirkt.“ *Wolfgang Kubicki*: Aufwind im freien Fall. Eine liberale Kampfansage, 1. Auflage 2025, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2025, Seite 87.

¹⁰² Zitiert aus: *The Pioneer Briefing* vom 10. Dezember 2025. Kirchhoff ist Gesamtmetall-Vizepräsident sowie Aufsichtsratschef und Miteigentümer des Autozulieferers *Kirchhoff Group*.

¹⁰³ *Peter E. Huber* in *institutional money* vom 29. Oktober 2025.



Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Januar 2026, Seite 17

Das bedeutet, dass der wertschöpfende Teil der Beschäftigten immer kleiner wird. Aber dafür steigt ja die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor dramatisch an. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt: „Die stärksten Zuwächse verzeichnet die Statistik ein weiteres Mal im Bereich des öffentlichen Dienstes sowie von Tätigkeiten, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, also aus Steuern und Sozialabgaben.“¹⁰⁴ *Gabor Steingart* stellt fest: „Deutschland wächst nicht. Der deutsche Staatssektor wächst.“¹⁰⁵ Und *Patrick Bernau* ergänzt: „Der öffentliche Dienst wächst schneller als Deutschlands Bevölkerung.“¹⁰⁶

Jetzt bräuchte es fähige und durchsetzungsstarke Politiker, die die „**Staatsfinanzen als tickende Zeitbombe**“¹⁰⁷ erkennen und entsprechend handeln. Aber die haben wir nicht – weder in Deutschland noch in anderen Euroländern. *Gabor Steingart* schreibt: „Die politische Klasse dreht hochtourig im Leerlauf. Reformen werden sonntags gefordert und werktags unterlassen.“¹⁰⁸

Insbesondere in Deutschland wäre es dringend an der Zeit, die übermäßigen Sozialausgaben zu senken:

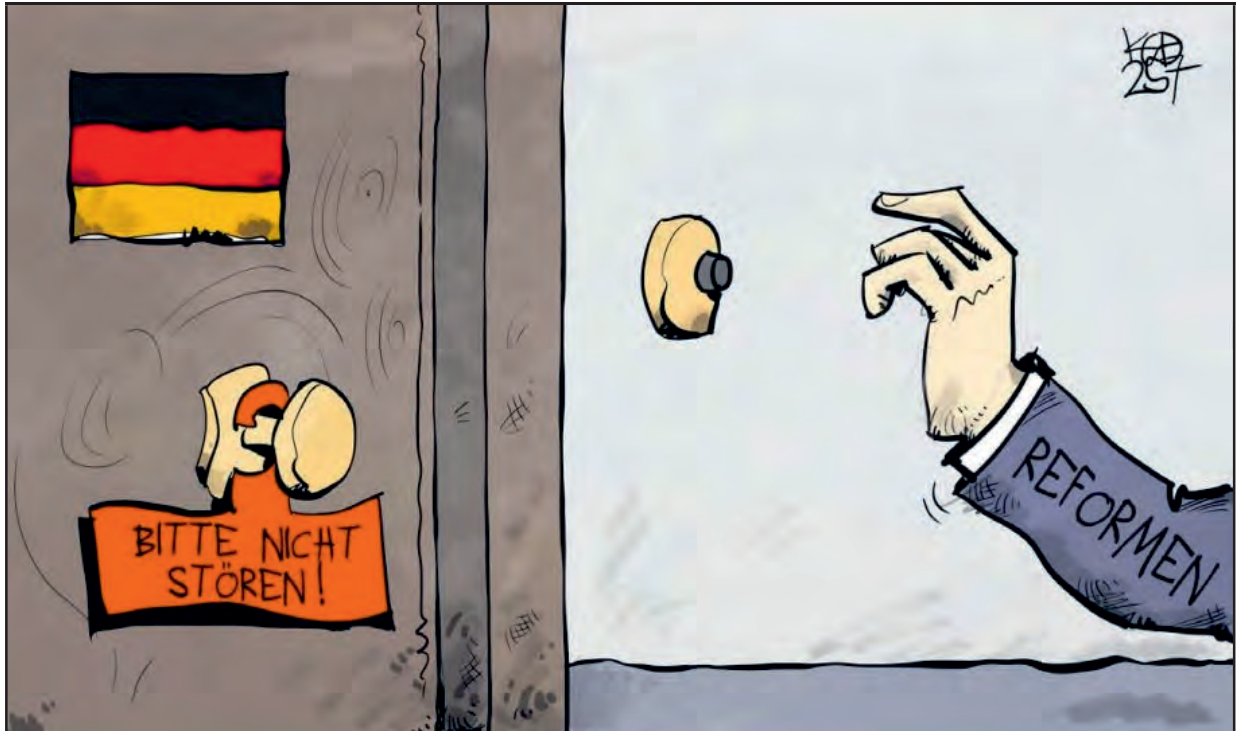
¹⁰⁴ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Januar 2026, Seite 17.

¹⁰⁵ *Gabor Steingart*: Systemversagen. Aufstieg und Fall einer großartigen Wirtschaftsnation, 1. Auflage 2025, Penguin Verlag, München 2025, Seite 123.

¹⁰⁶ *Patrick Bernau*: Bürokratische Republik Deutschland. Report aus einem überregulierten Staat, C.H.Beck Verlag, München 2025, Seite 26. Bernau leitet bei der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* die Ressorts Wirtschaft und Wert.

¹⁰⁷ Überschrift in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 1. Oktober 2025, Seite 23.

¹⁰⁸ *Gabor Steingart*: Systemversagen. Aufstieg und Fall einer großartigen Wirtschaftsnation, 1. Auflage 2025, Penguin Verlag, München 2025, Seite 63.



Quelle: *Handelsblatt* vom 31. Juli 2025, Seite 14

Stattdessen werden immer neue soziale Wohltaten mit dem Füllhorn ausgeschüttet (zum Beispiel die Mütterrente). Das *Handelsblatt* titelt treffend: „**Die große Dominanz der Sozialausgaben**“ und warnt: „Ohne Sozialreformen wird sich der Bundeshaushalt kaum sanieren lassen.“¹⁰⁹

Aktuell beträgt der Anteil des Teilbereiches „Arbeit und Soziales“ am gesamten Bundeshaushalt 2025 über 40 Prozent, Tendenz stark steigend.¹¹⁰ Wenn an diesem größten Einzeletat durch politische Schwäche oder Angst vor dem Wähler nicht gespart wird, fliegen uns die Sozialsysteme bald um die Ohren:

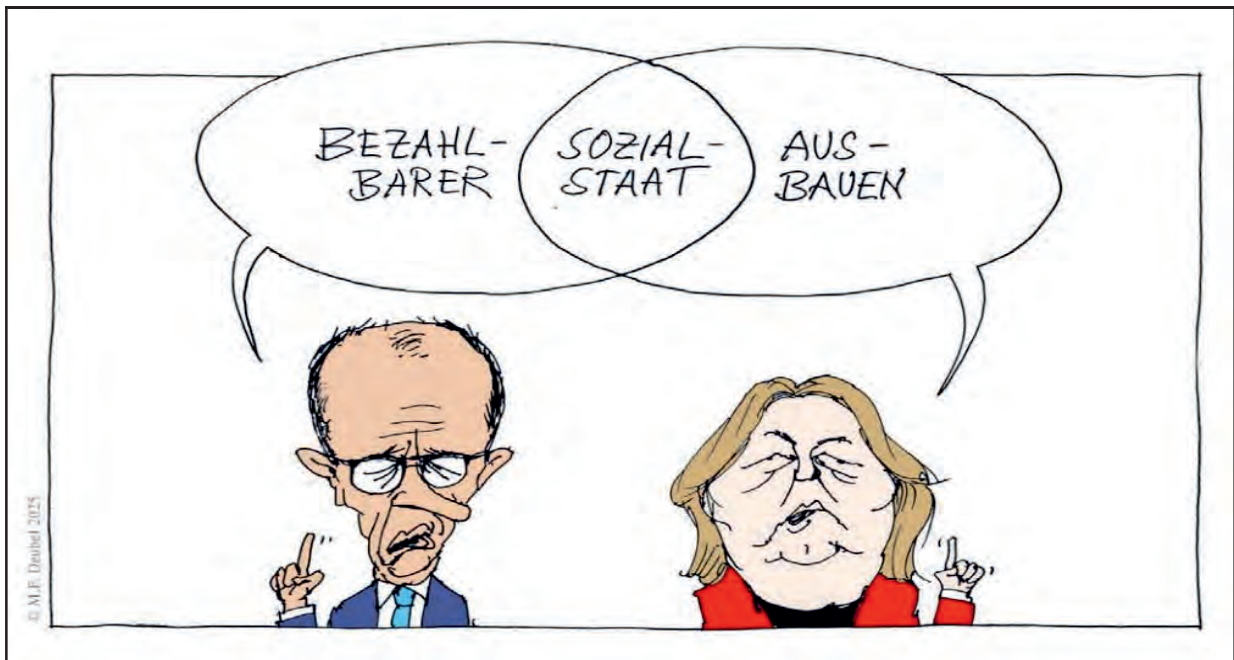
¹⁰⁹ *Handelsblatt* vom 2.- 4. Oktober 2025, Seite 12. Professor *Moritz Schularick* befürchtet sogar: „Die Gefahr bei der Lockerung der Schuldenbremse liegt also darin, dass Politiker das zusätzliche Geld zum Stopfen von Soziallöchern verwenden.“ Schularick im Interview mit *institutional money*, 3. Quartal 2025, Seite 44 - 54, hier Seite 52. Schularick ist Präsident des *Kiel Instituts für Weltwirtschaft*.

¹¹⁰ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. September 2025, Seite 15.



Quelle: *Handelsblatt* vom 4. August 2025, Seite 14

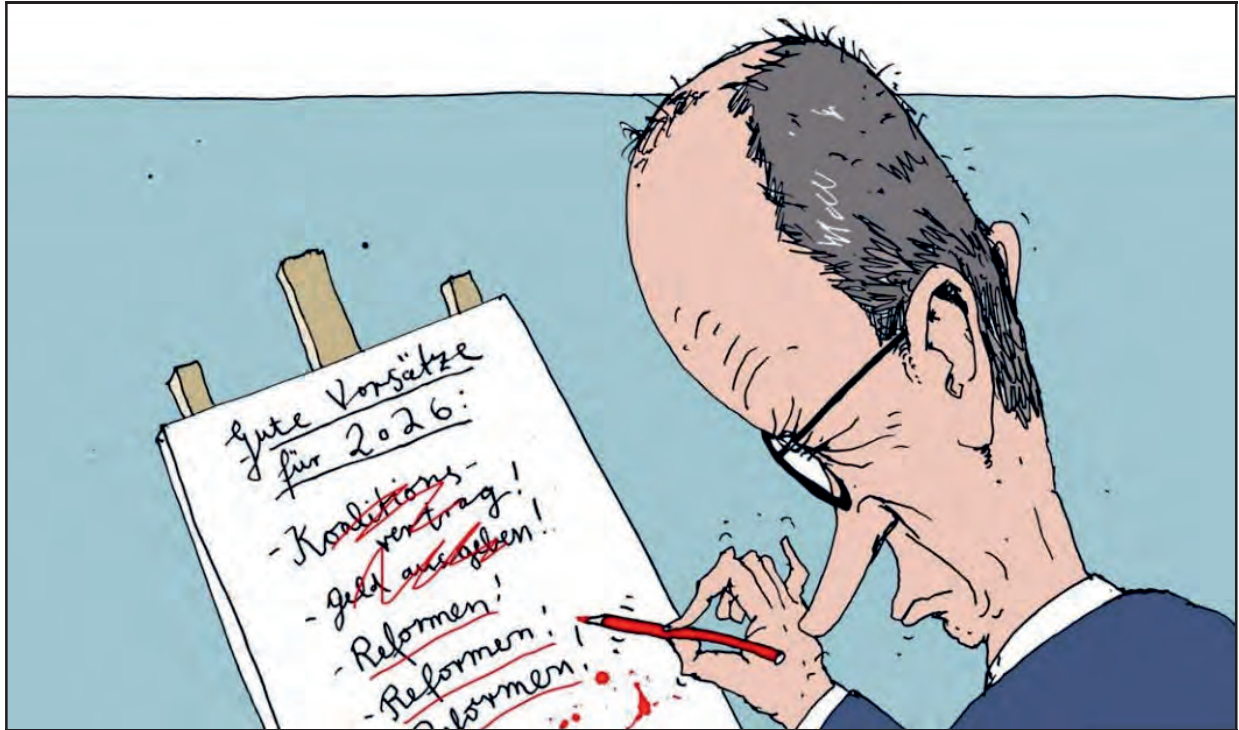
Aber anstatt die Ursachen dieser Problematik zu bekämpfen, erleben wir stattdessen eine erbitterte politische Diskussion zwischen den Politikern der (früheren) Mitte, wie zum Beispiel der CDU, die die Grenzen des Sozialstaates erkannt haben, und auf der anderen Seite den Politikern des linken politischen Spektrums, zum Beispiel der SPD, die den Sozialstaat immer weiter ausbauen wollen¹¹¹:



Quelle: *Handelsblatt* vom 18. Dezember 2025, Seite 16

¹¹¹ Ulf Poschardt schreibt zur veränderten Rolle der SPD: „Inzwischen wird die SPD von ihren ehemaligen Wählern als Partei der Leistungsempfänger wahrgenommen, nicht mehr als Interessenvertreter der Arbeiter.“ Ulf Poschardt: *Shitbürgertum*, Ulfposchbooks, Amazon 2025, Seite 88.

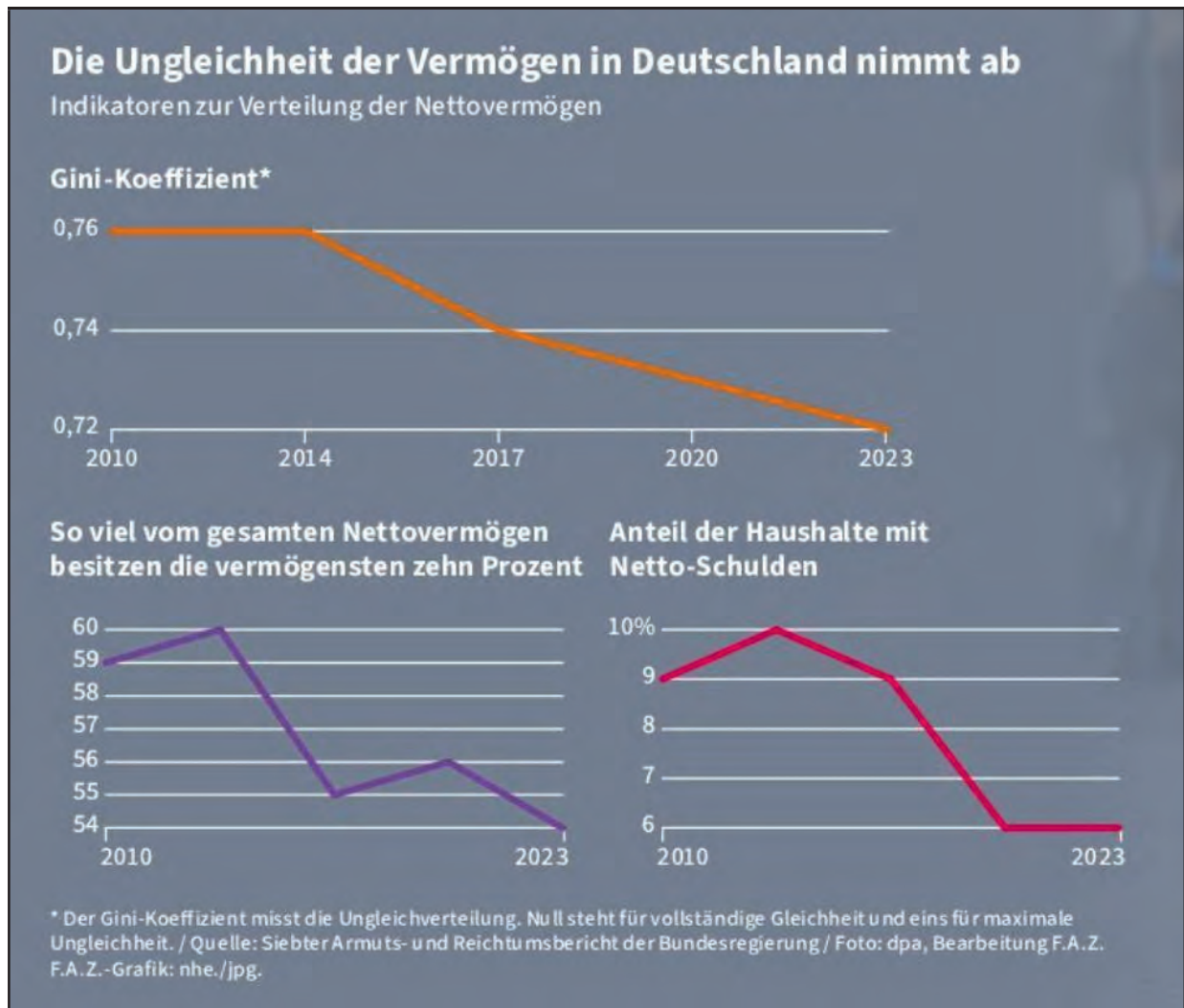
Viel wichtiger und auch dringend notwendig sind stattdessen Reformen:



Quelle: *Handelsblatt* vom 2. - 4. Januar 2026, Seite 20

Aber solange Politiker tatsächliche oder vermeintliche Ungerechtigkeiten aufspüren, solange werden sie versuchen, diese Ungerechtigkeitslücke zu verkleinern oder sogar zu schließen – koste es, was es wolle. Ein Beispiel ist die soziale Ungleichheit. Obwohl in Deutschland die Kluft zwischen Arm und Reich seit Jahren kleiner wird, reden (insbesondere links orientierte Politiker) den Bürgern ein, das Gegenteil sei der Fall, und deshalb müsse die Politik mit viel Geld eingreifen, um dieses Ungleichgewicht zu beheben.

Der neue Armuts- und Reichtums-Bericht der Bundesregierung von Oktober 2025, der alle vier Jahre mit Erhebungen der Bundesbank veröffentlicht wird, zeigt die abnehmende **Ungleichheit von Vermögen** anhand des sogenannten Gini-Koeffizienten. Diese Zahl ist ein statistisches Maß für Gleichheit bzw. Ungleichheit. Ein Wert von eins zeigt extreme Ungleichheit an, bei einem Wert von null ist absolute Gleichheit erreicht. In den letzten zehn Jahren hat die Ungleichheit in Deutschland abgenommen, der Gini-Koeffizient sank von 0,76 auf 0,72 (siehe die obere Hälfte der nachfolgenden Grafik):



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. Oktober 2025, Seite 17

Allerdings weicht die öffentliche Wahrnehmung von Armut und Reichtum in Deutschland stark von der statistisch gemessenen Wirklichkeit ab. Die Deutschen halten viel mehr Menschen für arm, als die statistischen Zahlen hergeben.¹¹² Außerdem überschätzen sie die Zahl und den Wohlstand reicher Menschen sehr stark.¹¹³ Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* erklärt: „Solche Wahrnehmungen spielen auch für die politische Auseinandersetzung eine große Rolle – und erschweren wohl zuweilen die Kompromissfindung in Fragen der Sozial- und Umverteilungspolitik. Denn wenn Politiker erklären, dass sie zur Finanzierung steigender Sozialausgaben

¹¹² Vgl. hierzu den Artikel „Die soziale Ungleichheit nimmt ab“ in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. Oktober 2025, Seite 17. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die *Neue Zürcher Zeitung* in ihrem Artikel „Ungleichheit wird zu einem modernen Fetisch“ und schreibt: „... hat die Vermögenskonzentration im letzten Jahrhundert nicht zugenommen, sondern abgenommen.“ *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Juli 2025, Seite 18.

¹¹³ Die *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. Mai 2025 stellt auf Seite 17 fest: „Verbreitet ist in Deutschland der Gedanke, es gebe ja genug Reiche. Doch reich ist ein sehr relativer Begriff. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift schon ab einem Jahreseinkommen von unter 70 000 Euro.“ Die Zeitung schreibt weiter: „Viel über das Selbstverständnis des deutschen Staates erzählt auch, dass dieser seine Bürger mit Wegzugsteuern einsperrt. Der Zweck des Staates ist offenbar nicht wie in der Schweiz primär, den Bürgern zu dienen, solange diese im Land wohnen. Der Deutsche ist dazu da, den Staat zu finanzieren.“

die ‚starken Schultern‘ mehr tragen lassen wollen, dann wird dabei deren tatsächliche Stärke offensichtlich weithin überschätzt; genauso wie die Summen, die bei diesen ‚Reichen‘ zu holen wären.“¹¹⁴

Wenn schon die von interessierter Seite behauptete Ungleichheit beim Vermögen der Bürger in Deutschland nicht steigt, sondern sogar abnimmt, wird dann wenigstens die **Ungleichheit beim Einkommen** größer? Auch das ist nicht der Fall. So zeigt eine aktuelle Studie vom *Institut der deutschen Wirtschaft (IW)* aus dem Herbst 2025, dass „die Lohnungleichheit seit gut 20 Jahren nicht gestiegen“ ist.¹¹⁵ So liege das Niveau des Gini-Koeffizienten stabil bei 0,3 oder knapp darunter. Das *Handelsblatt* fragt daher in einer Titelzeile: „Wachsende Ungleichheit in Deutschland – eine Mär?“¹¹⁶ Und an anderer Stelle lautet die Überschrift: „Mythos der Ungleichheit: In Deutschland geht es gerechter zu, als Linke es glauben machen.“¹¹⁷

Dieses Beispiel der vermeintlichen Ungleichheit zeigt sehr schön, wie sehr Wirklichkeit und politische Wahrnehmung auseinanderdriften. Und die Politiker nutzen diesen verschobenen Blick auf die Realität, um mit Unmengen an Geld – natürlich auf Kredit – die angebliche Ungleichheit zu beseitigen. Paradoxerweise nimmt die Bereitschaft zu staatlichen Interventionen zu, je besser es allen geht. In einer wohlhabenden Gesellschaft **wird selbst die kleinste Ungerechtigkeit als himmelschreiende Ungerechtigkeit wahrgenommen.**¹¹⁸ Durch diese Eingriffe wird der Sozialstaat immer größer, die Staatsschulden steigen immer weiter, die Inflationsraten klettern und der Geldwert und die Kaufkraft erodieren. „Denn ob Geld stabil ist, hängt auch davon ab, wie solide die Staatsfinanzen sind.“¹¹⁹

¹¹⁴ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. Oktober 2025, Seite 17.

Die *Neue Zürcher Zeitung* fragt, was denn passieren würde, wenn die „starken Schultern“ sich nicht weiter vom Staat melken lassen wollten und zum Beispiel ins Ausland ziehen würden. Dann müssten andere Steuerzahler die so entstandene Lücke füllen: „Realistischerweise wäre das vor allem der breite Mittelstand.“ Das Zitat stammt aus dem Artikel „Die Reichen sind unentbehrliche Steuerzahler“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 10. November, Seite 25.

Wenn die Politiker aus den Reihen der SPD die „starken Schultern“ mehr tragen lassen wollen, denken sie natürlich in erster Linie an Steuererhöhungen für diesen Teil der Steuerzahler. Dabei übersehen sie aber, dass diese „starken Schultern“ sowieso schon die Hauptlast des Steueraufkommens tragen. *Wolfgang Kubicki* schreibt daher: „Wer irgendeinen Respekt der SPD gegenüber dem Steuerzahler erwartet, hat entweder was geraucht oder muss einige Zeit hinter dem Mond gelebt haben.“ *Wolfgang Kubicki: Aufwind im freien Fall. Eine liberale Kampfansage*, 1. Auflage 2025, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2025, Seite 79.

¹¹⁵ *Handelsblatt* vom 22. Dezember 2025, Seite 6.

¹¹⁶ *Handelsblatt* vom 22. Dezember 2025, Seite 6. Die Zeitung schreibt als Fazit: „Die Kluft zwischen Arm und Reich wird laut einer neuen IW-Studie nicht größer. Die Spreizung beim Einkommen ist seit 2005 gleich geblieben. Bei den Vermögen ging sie insgesamt zurück.“

¹¹⁷ *Handelsblatt* vom 22. Dezember 2025, Seite 15.

Sogar politisch eher links stehende Wissenschaftler wie Professor *Marcel Fratzscher* geben zu: „Eine überwältigende Mehrheit kann die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen dann als gerecht betrachten, wenn diese Ungleichheit das Ergebnis freier Entscheidungen und eines fairen Wettbewerbs, also von Leistungsgerechtigkeit, ist.“ *Marcel Fratzscher: Nach uns die Zukunft. Ein neuer Generationenvertrag für Freiheit, Sicherheit und Chancen*, Berlin Verlag, München 2025, Seite 28.

¹¹⁸ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. April 2025, Seite 17. Der Artikel „Der Sozialismus kehrt schleichend zurück“ beschreibt auch den Irrsinn falscher staatlicher Interventionen: „Erweist sich ein Eingriff des Staates als ineffizient, nimmt er ihn nicht etwa zurück. Er greift noch stärker ein.“

¹¹⁹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31. Mai 2025, Seite 21.

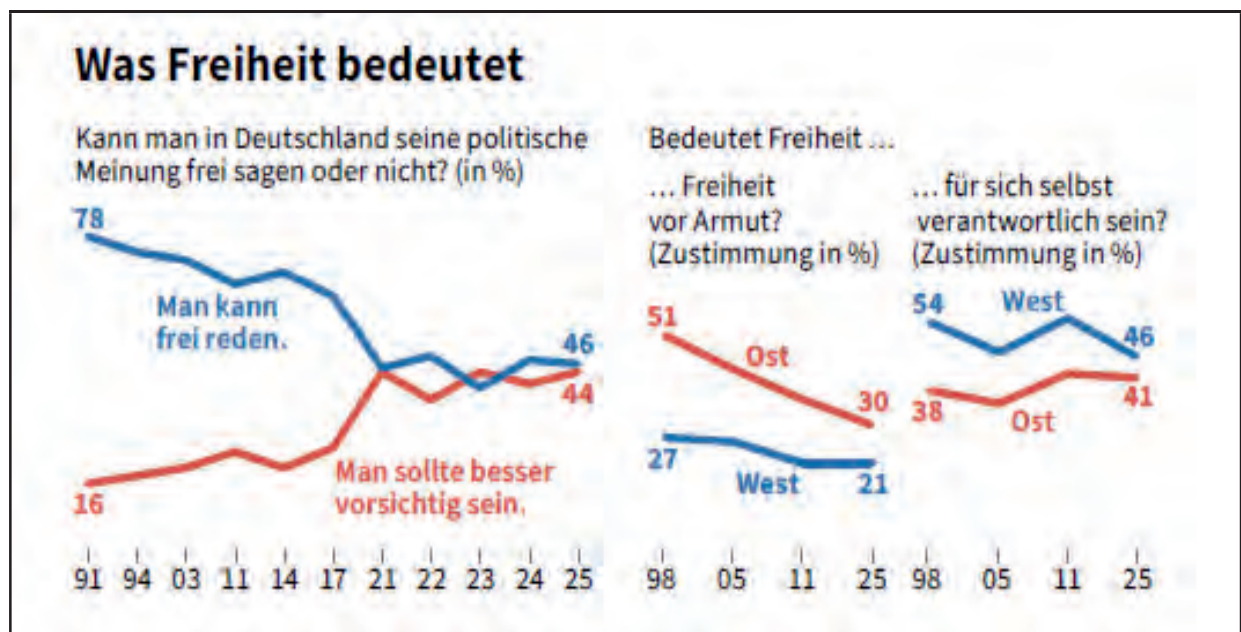
Dass es auch anders geht, zeigt seit zwei Jahren das Beispiel Argentinien. Hier hat Präsident *Javier Milei* den ausufernden Staat kräftig zurückgedrängt und damit die Wachstumskräfte der Wirtschaft neu entfacht. Siehe hierzu die Publikation der Börse München „Vor den Zwischenwahlen: Don't cry for the past, Argentina“ in Kapitel 6 (Durchblick mit aktuellen Presseartikeln) auf den Seiten 91 - 92.

4.3 Gibt es in Deutschland noch Meinungsfreiheit?

Auf dem Papier ist die Meinungsfreiheit in Deutschland garantiert. Trotzdem verliert das im **Grundgesetz** verankerte Versprechen für viele Bürger zunehmend an Glaubwürdigkeit. Dort heißt es in **Artikel 5 Absatz 1**: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Soweit die Theorie. Und wie sieht es in der Praxis aus? Ja, sie gibt es noch, die Meinungsfreiheit in Deutschland – aber sie ist schwer auf dem Rückzug. **Nur noch eine Minderheit der Deutschen glaubt, dass man seine Meinung frei sagen darf.** Die *Neue Zürcher Zeitung* titelt: „Die Meinungsfreiheit in Deutschland ist gefährdet“¹²⁰ oder auch „Mehrheit zweifelt an der Meinungsfreiheit“¹²¹.

Der Blick auf die linke Hälfte der folgenden Grafik verdeutlicht diese Entwicklung in den letzten rund 30 Jahren:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Oktober 2025, Seite 10

¹²⁰ *Neue Zürcher Zeitung* (Internationale Ausgabe) vom 22. Dezember 2025, Seite 13.

¹²¹ *Neue Zürcher Zeitung* (Internationale Ausgabe) vom 23. Dezember 2025, Seite 2.

Auf die im Oktober 2025 gestellte Frage „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“ antworteten nur 46 Prozent der vom *Institut für Demoskopie Allensbach* Befragten, man könne seine politische Meinung frei äußern.¹²² Im Jahr 1971, dem bisherigen Höhepunkt der gefühlten Meinungsfreiheit, gaben noch 83 Prozent an, frei reden zu können. Aber seit Corona liegt dieser Wert dauerhaft unter 50 Prozent.¹²³ Die Zeiten der freien Meinungsäußerung sind vorbei. Jetzt gilt: „Diejenigen, die meinen, sich politisch nicht mehr frei äußern zu dürfen, sind mittlerweile in der Mehrheit.“¹²⁴

Vor allem die Wähler der AfD gaben in der Umfrage an, man müsse mit Meinungsäußerungen vorsichtig zu sein. Fast 90 Prozent glaubten das. Sehr überzeugt von der Meinungsfreiheit waren dagegen die Anhänger der Grünen. Nur 15 Prozent der Grünen-Wähler trauten sich nicht, ihre Meinung frei zu äußern.¹²⁵ *Julia Ruhs* erkennt hier ein klares Muster: „Je weiter links jemand steht, desto freier fühlt er sich – und je weiter rechts, desto unfreier.“¹²⁶

Woran könnte das liegen? Ein möglicher Erklärungsansatz ist, dass viele Bürger die Berichterstattung in den Medien als ständige Belehrung empfinden. Sie beklagen den „Erziehungsjournalismus“, die „mediale Bevormundung“ und den Versuch, die Menschen zum „Mainstream-Denken“ zu bekehren.¹²⁷ Und da die Mehrheit der Medienlandschaft politisch links-grün eingefärbt ist, fühlen sich ähnlich denkende Bürger mit diesen Meinungen wohl, stimmen ihren Ansichten zu und haben auch keine Scheu, genau diese politischen Meinungen zu äußern.

Die ARD ist das größte öffentlich-rechtliche Medienhaus in Europa.¹²⁸ „Doch die Berichterstattung ist politisch einseitig. Würde eine geheime Wahl bei *ARD-aktuell* und den Zulieferer-Redaktionen stattfinden, wären SPD und Grüne deutlich überrepräsentiert.“¹²⁹ Betrachtet man die deutschen Journalisten insgesamt, so „neigen 41 Prozent der deutschen Journalisten den Grünen zu, aber nur 8 Prozent der CDU.“¹³⁰

¹²² Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Oktober 2025, Seite 10.

¹²³ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* (Internationale Ausgabe) vom 23. Dezember 2025, Seite 2.

¹²⁴ *Wolfgang Kubicki*: Aufwind im freien Fall. Eine liberale Kampfansage, 1. Auflage 2025, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2025, Seite 33.

¹²⁵ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* (Internationale Ausgabe) vom 23. Dezember 2025, Seite 2.

¹²⁶ *Julia Ruhs*: Links-grüne Meinungsmacht. Die Spaltung unseres Landes, 3. Auflage 2025, Langen Müller Verlag, München 2025, Seite 128. Ruhs ist Politikjournalistin und Reporterin beim Bayerischen Rundfunk.

¹²⁷ Vgl. *Julia Ruhs*: Links-grüne Meinungsmacht. Die Spaltung unseres Landes, 3. Auflage 2025, Langen Müller Verlag, München 2025, Seite 23.

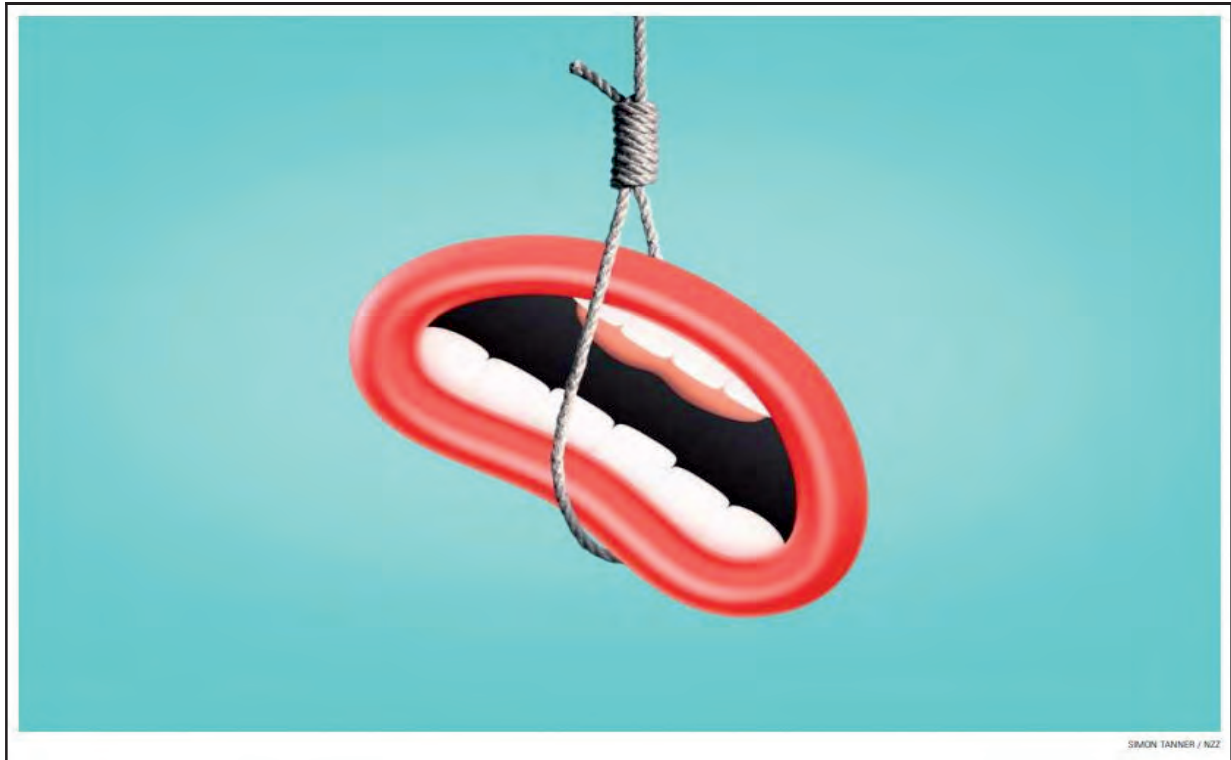
¹²⁸ Vgl. *Alexander Teske*: inside Tagesschau. Zwischen Nachrichten und Meinungsmache, 3. Auflage 2025, Langen Müller Verlag, München 2025, Seite 90.

¹²⁹ *Alexander Teske*: inside Tagesschau. Zwischen Nachrichten und Meinungsmache, 3. Auflage 2025, Langen Müller Verlag, München 2025, Seite 11.

¹³⁰ *DER SPIEGEL* vom 26. September Seite 44. Das Nachrichtenmagazin bezieht sich auf eine Langzeitstudie der Technischen Universität Dortmund aus dem Jahr 2024.

Julia Ruhs nennt auch die anderen Zahlen dieser Studie: „41 Prozent der befragten Journalisten gaben an, den Grünen nahezustehen. 23 Prozent fühlten sich keiner Partei besonders verbunden, 16 Prozent nannten die SPD, und acht Prozent die CDU. Sechs Prozent gingen an die Linke, drei Prozent an die FDP. Das Bündnis Sahra Wagenknecht bekam ein Prozent, die AfD kam gar nicht vor.“ *Julia Ruhs*: Links-grüne

Anders sieht es jedoch bei denjenigen aus, die politisch eine konträre Meinung vertreten. Dieser Teil der Bevölkerung traut sich immer weniger, seine Meinung offen zu äußern:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 14. Januar 2026, Seite 17

Und zwar nicht nur nicht in der Öffentlichkeit, sondern auch nicht im kleinen Kreis: „es geht um **die sozialen Kosten einer Meinung**. Die Sorge, deswegen einen Job oder Aufträge zu verlieren, von Freunden oder Bekannten gemieden zu werden.“¹³¹

Alexander Teske sagt: „Mir wäre es egal, wenn 80 Prozent der Redakteure die Grünen wählten, sofern man das in den Sendungen nicht bemerken würde.“ Und weiter: „Es gibt sicher Redakteure, die anders denken. Nur überlegen die sich wohl dreimal, ob sie den Mund aufmachen.“ Teske zieht als Fazit: „Es ist jedoch wichtig, offen zu bleiben und sich die Argumente der anderen anzuhören. Und vielleicht auch einmal der FDP oder der CDU recht zu geben. Diese Offenheit fehlt mir bei der ‚Tagesschau‘ total.“¹³² Stattdessen verstehen sich zahlreiche Redakteure im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk „nicht als objektive Berichterstatter, sondern als Aktivisten.“¹³³

Meinungsmacht. Die Spaltung unseres Landes, 3. Auflage 2025, Langen Müller Verlag, München 2025, Seite 149 - 150.

¹³¹ *Julia Ruhs*: Links-grüne Meinungsmacht. Die Spaltung unseres Landes, 3. Auflage 2025, Langen Müller Verlag, München 2025, Seite 131. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

¹³² *Alexander Teske* im Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 20. Januar 2025, Seite 29.

¹³³ *Alexander Teske*: inside Tagesschau. Zwischen Nachrichten und Meinungsmache, 3. Auflage 2025, Langen Müller Verlag, München 2025, Seite 121.

Auf diese Weise „wird eine Art **Denkkorridor** etabliert, eine angebliche Wahrheit absolut gesetzt, während jede abweichende Perspektive als falsch oder gar als Verschwörungstheorie abgestempelt wird.“¹³⁴ Das hat auch *Julia Ruhs* erfahren müssen. „Sie hat es gewagt, eine rechte und konservative Meinung kundzutun. Ruhs findet beispielsweise Gendern gaga und hat ein Problem mit wokem Irrsinn und mit illegaler Migration. Sie spricht also aus, was eine Mehrheit der Deutschen denkt.“¹³⁵

Was war die Konsequenz für die junge Moderatorin und Redakteurin? Sie wurde nach interner Kritik beim Norddeutschen Rundfunk abgesetzt.¹³⁶ Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt: „Nicht bei ihr liegt das Problem, sondern im Verhalten vieler links-grüner Journalisten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in anderen Medienhäusern.“ Und warum ist das so? Weil „**die Grenzen des Sagbaren nach links gerückt**“ sind.¹³⁷

Die *Neue Zürcher Zeitung* wundert sich: „Man müsste lachen, wenn es nicht so traurig wäre: In Ländern, die auf ihre ‚westlichen Werte‘ stolz sind, verfolgt die Staatsgewalt inzwischen Personen, weil sie einen Politiker als Schwachkopf bezeichnen oder die Gender-Ideologie harsch kritisieren.“¹³⁸ Die „**Brutalität im Umgang mit Andersdenkenden**“¹³⁹ ist erschreckend.

Man sollte sich immer vor Augen führen, dass Meinungsfreiheit ein Grundprinzip ist, das für alle gilt, auch für diejenigen, die Meinungen vertreten, die von der Mehrheit abgelehnt werden. Sonst ist Freiheit nämlich nicht mehr die Freiheit der Andersdenkenden, sondern vor allem die Freiheit der Gleichgesinnten.¹⁴⁰

Wolfgang Kubicki schreibt: „Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz formuliert ein Abwehrrecht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat. **Meinungsfreiheit ist das Lebenselixier der Demokratie, die Grundlage der Freiheit überhaupt**“. Und weiter: „Ist es um die Meinungsfreiheit schlecht bestellt, ist also die Demokratie als

¹³⁴ *Julia Ruhs*: Links-grüne Meinungsmacht. Die Spaltung unseres Landes, 3. Auflage 2025, Langen Müller Verlag, München 2025, Seite 101. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

Wolfgang Kubicki äußert sich zum Thema „Verschwörungstheorien“ wie folgt: „wenn wir bedenken, dass sich in der Corona-Zeit viele Behauptungen von sogenannten ‚Verschwörungstheoretikern‘ später als wahr herausgestellt haben, könnte angesichts dieser Formulierung bei freiheitsliebenden Bürgern möglicherweise Unwohlsein aufkommen. Denn ob etwas als Verschwörungstheorie oder als die Wahrheit gilt, ist manchmal nur eine Frage von ein paar Tagen.“ *Wolfgang Kubicki*: Aufwind im freien Fall. Eine liberale Kampfansage, 1. Auflage 2025, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2025, Seite 40.

¹³⁵ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. September 2025, Seite 1.

¹³⁶ Vgl. *Handelsblatt* vom 26. - 28. September 2025, Seite 5. Der Artikel ist betitelt mit „Darf man das noch sagen? Meinungsfreiheit ist das Zentrum der Demokratie. Es schrumpft gefährlich, wenn wir Widerspruch nicht mehr aushalten.“

¹³⁷ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. September 2025, Seite 1.

¹³⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 14. Januar 2026, Seite 17. Der Artikel „Die Rückkehr der Meinungshüter“ warnt eindrücklich: „Wenn man die Meinungsfreiheit inhaltlich derart verengt, bleibt am Ende nicht mehr viel an kritischer Haltung übrig, die erlaubt ist.“

¹³⁹ *Ulf Poschardt*: Shitbürgertum, Ulfposchbooks, Amazon 2025, Seite 5.

¹⁴⁰ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Oktober 2025, Seite 10.

Ganzes in Gefahr.“¹⁴¹ *Julia Ruhs* ergänzt: „Eine Demokratie ohne streitbare Meinungen ist keine mehr.“¹⁴²

Wollen wir hoffen, dass der Trend zur Meinungsunfreiheit nicht immer weiter voranschreitet. Es liegt an uns Bürgern, dies durch die Vielfalt unserer Meinungen zu verhindern.

4.4 Bleibt der Euro eine Schwachwährung?

Im Jahr 2025 gewann der Schweizer Franken gegenüber dem Euro lediglich zwei Prozent. Anders sieht es aus, wenn man sich die letzten fünf Jahre anschaut: „Zehn Prozent legte der Schweizer Franken in den vergangenen fünf Jahren gegenüber dem britischen Pfund Sterling zu. Im Vergleich zum Dollar waren es 13,9 Prozent, gegen den chinesischen Renminbi 16,0 Prozent, gegen den Euro 16,7 Prozent und gegen den japanischen Yen sogar 60 Prozent. Mit dieser eindrucksvollen Bilanz **ist der Schweizer Franken seit vielen Jahren die stärkste Währung der Welt.**“¹⁴³

Als Begründung für einen auch in Zukunft weiterhin starken Schweizer Franken führt die *WirtschaftsWoche* zwei wichtige Argumente an: Zum einen sei die geringe und tendenziell sogar sinkende Staatsverschuldung in der Schweiz die Basis für einen starken Franken. Zum anderen sei die niedrige schweizerische Inflation, die derzeit wieder um die Nulllinie pendelt, ein entscheidender Faktor.¹⁴⁴

Wir von *Schmitz & Partner* werden daher unverändert den Schweizer Franken als Hauptwährung in den von uns verwalteten Wertpapierdepots und in den beiden *Schmitz & Partner* Fonds einsetzen, und den Euro weitestgehend meiden. Denn wir halten keineswegs „den Euro für die größte Errungenschaft seit der Erfindung der Bratkartoffel“¹⁴⁵

Im Vergleich zu einer weiteren Schwachwährung, dem US-Dollar, gewann der Schweizer Franken, der „sichersten und begehrtesten Währung weltweit“¹⁴⁶, im Jahr 2025 sogar 14 Prozent. „Viele Anleger unterschätzen, wie stark die Währung den Jahreserfolg bestimmt – bis sie es im Depot sehen. 2025 war dafür ein Lehrbuchjahr:

¹⁴¹ *Wolfgang Kubicki*: Aufwind im freien Fall. Eine liberale Kampfansage, 1. Auflage 2025, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2025, Seite 32. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

¹⁴² *Julia Ruhs*: Links-grüne Meinungsmacht. Die Spaltung unseres Landes, 3. Auflage 2025, Langen Müller Verlag, München 2025, Seite 17.

¹⁴³ *WirtschaftsWoche* vom 8. August 2025, Seite 74. Hervorhebung durch *Schmitz & Partner.*

¹⁴⁴ Vgl. den Artikel „Die stärkste Währung der Welt“ aus der *WirtschaftsWoche* vom 8. August 2025, Seite 8.

¹⁴⁵ Zitiert nach *Kenneth Rogoff*: Our Dollar, your Problem. Aufstieg und Fall des Dollars und was seine Instabilität für uns und die globalen Finanzmärkte bedeutet, 1. Auflage 2025, Finanzbuch Verlag, München 2025, Seite 65, der damit einige europophile amerikanische Ökonomen hochnimmt, die bei der Einführung des Euro im Jahr 1999 sehr euphorisch für die Zukunft des Euro waren.

¹⁴⁶ *Finanz und Wirtschaft* vom 7. Mai 2025, Seite 3.

US-Aktien in Dollar performten vermeintlich gut, enttäuschten allerdings in Euro gerechnet.¹⁴⁷



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Dieser Einbruch des US-Dollars in sehr kurzer Zeit muss keine Eintagsfliege bleiben. So äußert sich die Harvard-Professorin *Carmen Reinhart*: „Ein Dollar-Crash ist absolut möglich.“¹⁴⁸ Die *FINANZWOCHE* schreibt: „Fundamental gibt es mehr als genug Gründe für eine anhaltende längerfristige Dollar-Schwäche.“¹⁴⁹ Und die Zeitschrift *Capital* ergänzt: „Der Dollar wird noch weiter abwerten“.¹⁵⁰

Wir von *Schmitz & Partner* werden uns auch in Zukunft bei unseren Investitionen in den beiden von uns betreuten *Schmitz & Partner* Fonds weitestgehend von beiden Schwachwährungen fernhalten – sowohl vom US-Dollar als auch vom Euro.

Als Begründung für einen auch in Zukunft weiterhin starken Schweizer Franken führt die *WirtschaftsWoche* zwei wichtige Argumente an: Zum einen sei die geringe und tendenziell sogar sinkende Staatsverschuldung in der Schweiz die Basis für einen starken Franken. Zum anderen sei die niedrige schweizerische Inflation, die derzeit wieder um die Nulllinie pendelt, ein entscheidender Faktor.¹⁵¹

¹⁴⁷ *FINANZWOCHE* vom 15. Januar 2026, Seite 4.

¹⁴⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. Juni 2025, Seite 1. In einem Interview mit der Zeitung auf Seite 21 warnt Reinhart vor den Folgen der gefährlich hohen Staatsverschuldung der USA. Auf die Frage, wie man die Staatsschulden abbauen könne, antwortet Reinhart: „indem man ihren Wert erodieren lässt. Für die inländische Bevölkerung kann dies via Inflation erfolgen. Für die ausländischen Gläubiger dagegen ist die Abwertung der Währung ein bewährtes Mittel. Oft geschieht beides Hand in Hand.“

¹⁴⁹ *FINANZWOCHE* vom 2. Juli 2025, Seite 4.

¹⁵⁰ *Capital* Januar 2026, Seite 113.

¹⁵¹ Vgl. den Artikel „Die stärkste Währung der Welt“ aus der *WirtschaftsWoche* vom 8. August 2025, Seite 8.

Ab dem 1. Januar 2026 gibt es einen zusätzlichen Grund für einen weiter schwachen Euro: Auch Bulgarien darf nun die Gemeinschaftswährung einführen – damit gibt es dann insgesamt 21 Euro-Länder. In den vergangenen Jahren haben lediglich „Leichtgewichte“ den Euro übernommen, so Litauen im Jahr 2015 und Kroatien in 2023. Und auch Bulgarien gehört in die Gruppe der wirtschaftlichen Problemländer. Ursprünglich wollte Bulgarien bereits im Jahr 2009 den Euro einführen – und scheiterte, weil die wirtschaftlichen Daten zu schlecht waren. Auch im Jahr 2025 ist die bulgarische Wirtschaftsleistung pro Kopf die niedrigste der EU und liegt bei bloß 64 Prozent des Durchschnitts aller EU-Länder.¹⁵² Dazu hat Bulgarien nach EU-Angaben Probleme mit Korruption, der teils ineffizienten Verwaltung und dem Kampf gegen Geldwäsche.¹⁵³ Aber das sind ja keine Ausschlusskriterien für einen Beitritt zum Euro-Raum.

Von dem vor fast 30 Jahren beschlossenen „Stabilitätspakt“ ist nicht mehr viel übriggeblieben. Der Pakt, der eigentlich den Euro zu einer starken Währung machen sollte – so wie es die Deutsche Mark viele Jahrzehnte war. „Der Stabilitätspakt war einst der Stolz der Deutschen: Die strikte fiskalische Disziplin sollte die Stabilität des Euros schützen.“¹⁵⁴ Aber dieser Wunsch ist nie zur Wirklichkeit geworden. Und von den weltweit zwei härtesten Währungen nach dem Zweiten Weltkrieg, dem Schweizer Franken und der Deutschen Mark, ist nur noch der Schweizer Franken übrig.

„**Die härteste Währung der Welt**“¹⁵⁵ wurde am 7. Mai 1850 die Landeswährung der Schweiz. Das heißt, der Schweizer Franken feierte bereits seinen 175. Geburtstag! Zu diesem Anlass war der Verfasser dieser Investmentfonds-Berichte für ein Liveinterview mit der ARD zu Gast auf dem Parkett der Frankfurter Wertpapierbörse. Interessierte Leser können den knapp zehnteiligen Fernsehauftritt unter dem Link <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesschau24/boerselive/video1464228.html> (ab Minute 17:00) oder auch auf unserer Homepage www.schmitzundpartner.ch unter der Rubrik „Mediathek“ und dort unter „Vorträge“ anschauen:

¹⁵² Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Juni 2025, Seite 22. In dem Artikel „Nur schwache Länder wollen den Euro noch“ werden auch die sechs Ländern aufgeführt, die zwar zur Europäischen Union gehören, aber weiterhin an ihrer eigenen Währung festhalten: Ungarn, Rumänien, Schweden, Polen, Tschechien und Dänemark.

¹⁵³ Vgl. *Handelsblatt* vom 5. Juni 2025, Seite 38.

¹⁵⁴ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31. Mai 2025, Seite 21. Der Artikel „Ramponierte Regeln“ zeigt eindrucksvoll auf, dass eine stabile Währung davon abhängt, wie solide die Staatsfinanzen sind.

¹⁵⁵ Überschrift in der *Finanz und Wirtschaft* vom 7. Mai 2025, Seite 3.



Liveaustritt auf dem Parkett der Frankfurter Wertpapierbörse am 7. Mai 2025

Um die Bedeutung der Wahl der richtigen Anlagewährung für den Erhalt der Kaufkraft noch einmal zu verdeutlichen, möge man sich einen noch längeren Zeitraum anschauen. So ist der **Kursverfall des weichen Euro** gegenüber dem harten Schweizer Franken in den letzten 18 Jahren sehr besorgniserregend:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Kostete der Euro im Jahr 2008 noch über 1,60 Schweizer Franken, fiel er 2022 zum ersten Mal dauerhaft unter die Marke von 1:1. Wer als ein am Erhalt seiner Kaufkraft interessierter Anleger im Jahr 2008 bei seinem Kreditinstitut beispielsweise eine Banknote im Wert von 1.000 Schweizer Franken erworben hat, musste damals rund 600 Euro dafür hinlegen. Heute bekommt er für denselben Tausend-Franken-Schein einen Gegenwert von 1.050 Euro ausgezahlt, das entspricht einer Wertsteigerung von 75 Prozent!

Das **bisher solide Finanzgebaren von Deutschland** (Staatsschuldenquote rund 60 Prozent) war in den vergangenen Jahren ein Garant für einen nur gemäßigt fallenden Euro im Vergleich zum Beispiel zum Schweizer Franken. Aber jetzt scheint sich Deutschland den schnell wachsenden Staatsschulden der anderen Euroländer anpassen zu wollen. Als erstes wurde die bisher noch leidlich funktionierende **Schuldenbremse reformiert**. Das Ergebnis war eindeutig: mehr Schulden, weniger Bremse. *The Pioneer Briefing* schreibt in diesem Zusammenhang treffend: "Es gilt das Lieblingsmotto aller Schuldner: Nach uns die Sintflut."¹⁵⁶ Und als zweites wurde ein „Sondervermögen“ in Höhe von 900 Milliarden Euro geschaffen, was nichts anderes heißt, als dass Deutschland **zusätzliche Schulden von fast einer Billion Euro (!)** aufnehmen wird.

Professor *Ernst Baltensperger* schließt daraus: „Dass sich Deutschlands Verschuldung den anderen Ländern angleichen wird. Das spricht nicht für Deutschland und ist eine Gefahr für die Euro-Zone, die ihren Stabilitätsanker zu verlieren droht.“ Und weiter:

¹⁵⁶ *The Pioneer Briefing* vom 8. August 2025.

„Wenn dies so weitergeht, **wird sich der Euro-Währungsraum zu einem Weichwährungsraum entwickeln.**“¹⁵⁷

Welche Alternativen es zum Euro als Anlagewährung gibt, zeigen wir in Kapitel 6 (Durchblick mit aktuellen Presseartikeln) auf den Seiten 93 - 94 in dem Interview mit dem *Intelligent Investor* auf: „Anleger sollten nach Norwegen oder in die Schweiz blicken“.

4.5 Ist der Kauf von Bitcoins eine sinnvolle Investition?

Nach Jahren mit steigenden Kursen notiert der Bitcoin zum Jahresende 2025 unter seinem Jahresanfangsstand – zum ersten Mal seit vier Jahren. Die *Neue Zürcher Zeitung* titelt: „Das Jahr der geplatzten Träume für den Bitcoin“.¹⁵⁸ *TiAM FundResearch* prognostiziert: „Die unvermeidliche Bitcoin-Schmelze“ und warnt: „**Der Bitcoin ist und bleibt ein virtuelles Nichts, das Strom verbraucht.**“¹⁵⁹ Ähnlich äußert sich *Robert Velten*: „Kryptowährungen wie Bitcoin sind im Kern nichts als verbrannter Strom. Die Protokolle von sinnlosen Berechnungen.“¹⁶⁰

Zum Jahresende notierte der Bitcoin bei 87.000 US-Dollar. Seit seinem Höchststand im Oktober 2025 von 126.000 US-Dollar hat die führende Krypto-Währung somit rund 30 Prozent verloren. Auch andere digitale Währungen erlitten teilweise massive Verluste. Der gesamte Krypto-Markt erlebte in den letzten drei Monaten des Jahres 2025 eine **Wertvernichtung von mehr als 1.000 Milliarden US-Dollar!**¹⁶¹

¹⁵⁷ Ernst Baltensperger im Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 25. Juli 2025, Seite 21, Hervorhebung durch *Schmitz & Cie*. Baltensperger war von 1984 bis 2007 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern. Er war wiederholt als Berater für die Schweizerische Nationalbank tätig. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Geldtheorie und Geldpolitik, Banken und Finanzmärkte sowie in der monetären Außenwirtschaftstheorie. Baltenspergers vielgelesenes und oft zitiertes Buch zum Schweizer Franken lautet: *Der Schweizer Franken. Eine Erfolgsgeschichte*.

¹⁵⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Dezember 2025, Seite 1.

¹⁵⁹ *TiAM FundResearch* vom 8. Dezember 2025, <https://www.fundresearch.de/kolumne/die-unvermeidliche-bitcoin-schmelze.php>. Die Fachzeitschrift für den professionellen Portfoliomanager *TiAM – Trends im Asset Management* zeigt sich insbesondere besorgt, dass so viele Bitcoin-Käufe auf Kredit getätigt worden sind. Als Beispiel führt die Zeitschrift *Strategy* an, das bekannteste Unternehmen aus dem Segment der bitcoinorientierten Treasury-Strategie, das in großem Stil Anleihen emittiert hat, um mit diesen geliehenen Geldern Bitcoins zu kaufen. Um seine Verbindlichkeiten zu bedienen hat *Strategy* nun begonnen, seine Bitcoin-Bestände zu verkaufen, was wiederum den Kurs des Bitcoin drückt.

¹⁶⁰ *Robert Velten*: *Kapitalstärke. Die Illusionen der Finanzbranche durchschauen und entspannter investieren*, Wiley-VCH Verlag, Weinheim 2024, Seite 118. Dr. Robert Velten ist Gründer und Geschäftsführer der *Velten Asset Management GmbH* in Münster.

¹⁶¹ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. November 2025, Seite 21.



Quelle: AdobeStock

In dem Artikel „Die Ängste der Krypto-Anleger haben gute Gründe“ führt die *Neue Zürcher Zeitung* unter anderem auch charttechnische Signale für (weiter) fallende Kurse an: „So löste der Bitcoin-Preis am 16. November ein sogenanntes Todeskreuz (death cross) aus. Das bedeutet, dass der Durchschnittskurs des Bitcoins über 50 Tage unter jenen über 200 Tage fiel – das ist seit 2022 nicht mehr vorgekommen.“¹⁶²

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* greift die Bedenken gegenüber dem Bitcoin auf und schreibt in der technischen Analyse „**Es war einmal ein Bitcoin: Das Ende einer Illusion?**“ von einer charttechnischen „Unterstützungszone zwischen rund 62.000 und 70.000 US-Dollar“ auf die der Bitcoin im Jahr 2026 fallen könne. Der Autor des Artikels, *Wieland Staud*, fasst seine Abneigung gegen den Bitcoin in dem Satz zusammen, „man könnte schließlich alles, was ‚Krypto‘ ist, auch mühelos als, zugegebenermaßen **gut verpackte, heiße Luft** sehen.“¹⁶³

Die Wirtschaftszeitschrift *Capital* warnt in ihrer Titelseite „**Die Bitcoin-Blase**“ vor dem „Hype um Kryptowährungen“ und schreibt: „Es droht ein Desaster mit Ansage“.¹⁶⁴ Der Artikel liefert auf Seite 27 auch die Begründung, warum der Kurs der führenden Krypto-Währung überhaupt steigt: „Ihr Preis steigt nur durch die Hoffnung auf neue Käufer, die bei noch höheren Preisen bereit sind einzusteigen – man nennt das auch die ‚Theorie des größeren Trottel‘.“ Der verstorbene Börsenpapst *André Kostolany* verglich eine solche Situation immer mit einem Spekulanten, der ein

¹⁶² *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. November 2025, Seite 21.

¹⁶³ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. November 2025, Seite 39. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Staud ist Geschäftsführer der *Staud Research GmbH*.

¹⁶⁴ *Capital* März 2025, Titelseite.

brennendes Streichholz in der Hand hält und weiß, dass er sich bald die Finger verbrennen wird, aber dennoch hofft, das Streichholz noch vorher an einen anderen Spekulanten weiterreichen zu können.

Pirmin Hotz begründet seine ablehnende Meinung gegenüber dem Bitcoin wie folgt: „Beim Bitcoin sehe ich absolut nichts dahinter. Es basiert einzig allein auf dem Prinzip Glaube und Hoffnung. ... Der intrinsische Wert eines Bitcoins ist de facto null, somit ist auch der Wert aller Bitcoin null.“ Er räumt aber ein: „Wenn es der Bitcoin-Sekte weiterhin gelingt, ihre Gläubigen zu vermehren und sich auszubreiten, dann schließe ich auch einen Kurs von 20 Mio. \$ pro Bitcoin nicht aus.“¹⁶⁵



Quelle: money.it

In dem Artikel von *Capital* wundern sich die Autoren, dass nur zwei Jahre nach dem Horrorjahr 2022, in dem Krypto-Anbieter reihenweise pleitegingen, der Milliardenbetrug der Handelsbörse FTX aufflog und der Bitcoin-Kurs auf 16.000 US-Dollar abstürzte, die schon totgeglaubte Krypto-Branche immer noch da ist. Aber die Skepsis bleibt: „Nach allem Dafürhalten kann man der Welt gerade dabei zuschauen, wie sie in eine Spekulationsblase mit Ansage stolpert – in eine **globale finanzielle Eselei von gigantischen Ausmaßen**.“¹⁶⁶ Als Fazit schreibt *Capital*: „... dass ein Absturz irgendwann kommen muss, darin sind sich die meisten Experten einig. Die

¹⁶⁵ *Pirmin Hotz* im Interview mit der *Finanz und Wirtschaft* vom 30. Juli 2025, Seite 16 - 17, hier Seite 16. Hotz ist Gründer der *Dr. Pirmin Hotz Vermögensverwaltungen AG* in Baar in der Schweiz.

¹⁶⁶ *Capital* März 2025, Seite 24 - 32, hier Seite 26. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

Frage ist nur, wie tief er sein wird".¹⁶⁷ Die *Neue Zürcher Zeitung* titelt bereits: „Der Bitcoin-Preis bricht ein“ und prophezeit einen „erneuten Kryptowinter“.¹⁶⁸

Besondere Sorge bereitet die zu beobachtende Tendenz, dass immer mehr börsennotierte Unternehmen – vor allem in den USA – Bitcoin-Käufe als Instrument entdecken, um bei Investoren Interesse an ihren Aktien zu wecken. Diese Firmen erwerben Bitcoin – und zwar auf Kredit! – indem sie neue Anleihen ausgeben. Mitte des Jahres 2025 waren es bereits 125 börsennotierte Unternehmen, die Bitcoins im Wert von über 100 Milliarden US-Dollar in ihren Büchern halten.¹⁶⁹ Die *Neue Zürcher Zeitung* findet daher: „Den volatilsten Vermögenswert überhaupt auf die Bilanz zu nehmen und mit Fremdkapital zu finanzieren, ist nicht ohne.“¹⁷⁰ Und das ist noch zurückhaltend formuliert.

Die deutsche Finanzaufsicht *Bafin* führt noch ein anderes Argument gegen die Krypto-Währungen an. Sie sorgt sich vor den zukünftigen Möglichkeiten der Quantencomputer. Diese seien in der Lage, etablierte Verschlüsselungstechnologien zu überwinden. *Bafin*-Präsident *Mark Branson* warnt: „Die heute gängige Kryptografie für die größten Kryptowährungen ist wohl auch nicht quantenresistent.“¹⁷¹ Das *Handelsblatt* fragt: „Ist das Quantenrisiko für den Bitcoin real?“ und führt aus, dass sich die Rechenleistung von Quantencomputern noch um den Faktor 13 bis 15 steigern muss, um die Sicherheit des Bitcoins zu gefährden. Das sei eine Entwicklung, die noch mindestens zehn Jahre dauern würde. Damit sei die Gefahr real, aktuell jedoch nur theoretischer Natur.¹⁷²

Die Frage in der Überschrift dieses Kapitels „Ist der Kauf von Bitcoins eine sinnvolle Investition?“ kann somit getrost verneint werden. Wir schließen uns dem Fazit der *Neuen Zürcher Zeitung* an, die zum Bitcoin und auch zu den anderen Krypto-Währungen die Meinung vertritt: Das sind **„spekulative Anlagen und für den langfristigen Vermögensaufbau nicht geeignet.“**¹⁷³ Noch deutlich heftiger ist das ablehnende Urteil von *Warren Buffett* zum Bitcoin: **„Rattengift zum Quadrat“.**¹⁷⁴ Für ihn seien Kryptowährungen „unproduktives“ Vermögen, das keine Werte schaffe und „Scharlatane“ anziehe, so *Buffett*.

¹⁶⁷ *Capital* März 2025, Seite 32.

¹⁶⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 2. Dezember 2025, Seite 1.

¹⁶⁹ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. Juli 2025, Seite 22.

¹⁷⁰ *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. Juli 2025, Seite 22.

¹⁷¹ *Handelsblatt* vom 29. Januar 2025, Seite 29. Vgl. zusätzlich *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. Januar 2025, Seite 29.

¹⁷² Vgl. *Handelsblatt* vom 16. Juni, Seite 34 - 35.

¹⁷³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 2. Dezember 2025, Seite 1.

¹⁷⁴ Diese Aussage machte *Buffett* dem Sender *CNBC* am Rande des Aktionärstreffens seiner Beteiligungsgesellschaft *Berkshire Hathaway* im Jahr 2018. Er hat diese Einschätzung seitdem mehrfach wiederholt, um seine Skepsis gegenüber Kryptowährungen auszudrücken. *Buffett* war bis Ende 2025 Vorstandsvorsitzender von *Berkshire Hathaway* und gilt als einer der erfolgreichsten Investoren der Welt; 2024 wurde sein Vermögen auf 147 Milliarden US-Dollar geschätzt.

4.6 Der digitale Euro – welche Folgen drohen den Bürgern?

Bereits in unseren beiden letzten *Investmentfonds-Berichten* haben wir ausführlich auf die negativen Folgen eines kommenden digitalen Euro hingewiesen.¹⁷⁵ Was ist denn jetzt genau eine digitale Zentralbankwährung – oder für Europa – ein digitaler Euro?

„Der digitale Euro ist der digitale Zwilling des Euro bargelds.“¹⁷⁶ Im Gegensatz zum Bargeld hat man den digitalen Euro aber nicht physisch in seinem Geldbeutel, sondern in seinem digitalen Portemonnaie auf dem Smartphone. Aber Achtung: „Der digitale Euro ist keine technische Kleinigkeit, nicht bloß eine neue Zahlungsmethode wie damals die EC-Karte oder heute Apple Pay oder PayPal. **Es ist ein fundamentaler Systemwechsel.**“¹⁷⁷

Aktuell wird immer deutlicher, dass die Politiker mit Hochdruck an einer digitalen Zentralbankwährung arbeiten, die dann in Europa als digitaler Euro möglicherweise schon im Jahr 2027 eingeführt werden und für Alltagszahlungen nutzbar sein soll. Im Februar 2024 hat die Deutsche Bundesbank bereits einen eigenen Zentralbereich für den digitalen Euro geschaffen. Denn für die Bundesbank hat die Schaffung einer digitalen Variante des Euro „Toppriorität“. Aber nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt wird an der Einführung von digitalen Zentralbankwährungen gearbeitet. „Weltweit arbeiten über 130 Länder – die zusammen rund 98 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts repräsentieren – an der Entwicklung solcher Währungen.“¹⁷⁸

¹⁷⁵ Vgl. *Investmentfonds-Bericht* Januar 2024, Seite 58 - 62 und auch *Investmentfonds-Bericht* Januar 2025, Seite 52 - 57, nachlesbar auf unserer Homepage www.schmitzundcie.de unter der Rubrik „Publikationen“.

¹⁷⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. November 2025, Seite 16.

¹⁷⁷ *Dominik Kettner*: Der digitale Euro. Die größte Enteignung der Geschichte. Wie die EZB mit dem digitalen Euro deine Zukunft, Ersparnisse und Freiheit gefährdet, 1. Auflage 2025, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, S. 79. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

¹⁷⁸ *M.M. WARBURG & CO*, Konjunktur und Strategie, 26. Juni 2025, Seite 3.



Quelle: Der Bank Blog

Was also steckt wirklich hinter den Plänen der digitalen Zentralbankwährung? Um es auf den Punkt zu bringen: Es geht um **die Möglichkeit der totalen staatlichen Kontrolle!**

Diese umfassende Kontrolle wird noch dadurch verschärft, dass laut Artikel 25 des Gesetzesentwurfs zum digitalen Euro der digitale Euro und in die digitale ID integriert wird. Denn die Europäische Union hat sich zum offiziellen Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2030 jeder Bürger eine digitale ID besitzt. Auch im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Koalition vom Frühjahr 2025 ist unter Punkt 2.2 festgehalten, dass es in Deutschland eine digitale ID geben wird: „Jeder Bürger und jede Bürgerin erhält verpflichtend ein Burgerkonto und eine digitale Identität.“¹⁷⁹ Und weiter: „Wer den digitalen Weg nicht gehen will oder kann, erhält Hilfe vor Ort.“¹⁸⁰ Den letzten Satz kann man auch wie folgt interpretieren: „Wer den digitalen Weg nicht gehen will oder kann, wird so lange gegängelt, schikaniert und ausgegrenzt, dass er irgendwann nachgeben wird – so wie viele sich völlig ‚freiwillig‘ impfen ließen, um wieder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu dürfen.“¹⁸¹

Was sind **die konkreten Gefahren für die Bürger**, wenn der digitale Euro eingeführt wird? Laut „Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN

¹⁷⁹ „Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD.“ Siehe hierzu: <https://www.cdu.de/app/uploads/2025/04/KoaV-2025-Gesamt-final-0424.pdf>, Zeile 1804 - 1805.

¹⁸⁰ Siehe vorherige Fußnote, Zeile 1807.

¹⁸¹ *Dominik Kettner*: Der digitale Euro. Die größte Enteignung der Geschichte. Wie die EZB mit dem digitalen Euro deine Zukunft, Ersparnisse und Freiheit gefährdet, 1. Auflage 2025, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, S. 92.

PARLAMENTS UND DES RATES zur Einführung des digitalen Euro“ vom 28. Juni 2023¹⁸² soll der digitale Euro

- „bedingte Zahlungen“ möglich machen, also programmierbar sein (Artikel 5)
- gesetzliches Zahlungsmittel werden (Artikel 7)
- befristet werden können (Artikel 13)
- das Sparen verunmöglichen (Artikel 15)
- mit bedingten Zahlungsvorgängen verbunden werden können (Artikel 24)
- mit der digitalen ID verknüpft werden (Artikel 25)
- darüber hinaus kann der digitale Euro für Sanktionen genutzt werden (Artikel 29) und
- Transaktionen mit ihm können eingeschränkt werden (Artikel 37).¹⁸³

Das sind erschreckende Vorstellungen. Denn was bedeuten die einzelnen Punkte konkret? So heißt es in Artikel 13: „Die Europäische Zentralbank kann den Zugang zum und die Nutzung des digitalen Euro ... befristen.“ Damit ist es denkbar, dass eine Rentnerin ihre 1.500 Euro Rente mit einem 6-Monats-Verfallsdatum erhält, damit sie den Konsum und die Wirtschaft ankurbelt. Sie kann das Geld nicht sparen und muss ihre Rente sofort konsumieren. Dieser Mechanismus soll angeblich zur Finanzstabilität beitragen.¹⁸⁴

Ein Vermögensaufbau mit dem digitalen Euro ist dann nicht mehr möglich, denn Artikel 15 des Gesetzesentwurfs sagt deutlich: „... kann die Nutzung des digitalen Euro als Wertaufbewahrungsmittel beschränkt werden.“ Darüber hinaus heißt es in Artikel 16, Absatz 8: „Im Rahmen dieser Verordnung ist der digitale Euro unverzinst.“ Zusätzlich zum Wegfall der Sparfunktion verliert der unverzinsten Euro also noch stärker an Kaufkraft.

Was bedeutet zum Beispiel der Begriff „bedingte Zahlungsvorgänge“ in Artikel 24? Das heißt, dass das Geld in Form des digitalen Euro nur unter bestimmten Bedingungen freigegeben wird. „Bedingte Zahlungen“ sind somit de facto dasselbe wie eine Programmierung. Somit kann ein bedingtes Zahlungsverhalten der Bürger durchgesetzt werden. Beispielsweise kann beim Auftanken des eigenen Autos die

¹⁸² Siehe den Gesetzestext: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52023PC0369>.

¹⁸³ Vgl. *Dominik Kettner*: Der digitale Euro. Die größte Enteignung der Geschichte. Wie die EZB mit dem digitalen Euro deine Zukunft, Ersparnisse und Freiheit gefährdet, 1. Auflage 2025, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, S. 191 - 192 sowie Seite 73 - 75.

¹⁸⁴ Vgl. *Dominik Kettner*: Der digitale Euro. Die größte Enteignung der Geschichte. Wie die EZB mit dem digitalen Euro deine Zukunft, Ersparnisse und Freiheit gefährdet, 1. Auflage 2025, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, S. 103.

Bezahlung an der Tankstelle blockiert werden, denn auf dem Display der bargeldlosen Kasse steht: „CO₂-Budget überschritten, Zahlung verweigert.“ Artikel 24 macht das auf den ersten Blick unwahrscheinliche Szenario möglich. In letzter Konsequenz heißt das: „Wir stehen vor der Ära der Zwangswirtschaft, in der du nicht mehr über dein Geld *verfügst*, sondern es nur noch benutzen darfst – und zwar schnell und am besten so, wie es der Staat möchte.“¹⁸⁵

Dieses **Horrorbild eines digitalen Euro** ist nur dann möglich, wenn keine Ausweichmöglichkeiten mehr für den Bürger existieren. Denn aktuell muss man seine Einkäufe noch nicht mit dem digitalen Euro bezahlen, es ist ja auch Barzahlung möglich. Also ist es aus der Sicht der Politik, die den digitalen Euro gegen den Willen der Mehrheit der Bürger durchsetzen will, zwingend erforderlich, das Schlupfloch Bargeld systematisch zu schließen. Natürlich nicht auf einen Schlag, denn das würde nur unnötig Widerstände in der Bevölkerung hervorrufen, aber schleichend und dafür konsequent.

Ende 2024 waren in ganz Europa noch 1.560 Milliarden Euro Bargeld im Umlauf. Das klingt viel, aber pro Person sind das nur rund 3.470 Euro.¹⁸⁶ Und wenn Bargeld erst einmal soweit diskreditiert worden ist, dass kaum noch jemand mit Bargeld bezahlen kann, dann ist es ein Leichtes für die Politik, Bargeld endgültig den Garaus zu machen und auf die digitale Zentralbankwährung, den digitalen Euro, als dann alleiniges Zahlungsmittel zu verweisen.

Es geht eben nicht darum, Geldwäsche, Terrorismus und Steuerbetrug zu bekämpfen, wie von der Politik immer als Begründung vorgeschoben wird. Es geht um mehr: „Mit Repressionen und einem Barzahlungsverbot baut der Staat seine Machtposition gegenüber dem unbescholtenen Bürger aus, nicht gegenüber Verbrechern. Man schränkt die Freiheit normaler Menschen ein, nicht die von Kriminellen.“¹⁸⁷ Daher stellt sich zu Recht die Frage: „Sollte man wirklich das Bargeld abschaffen und 90 Prozent der Bevölkerung strafen für etwas, was 10 Prozent möglicherweise tun?“¹⁸⁸

Daher der nachvollziehbare Appell der *Neuen Zürcher Zeitung*: „**Stoppt den digitalen Euro der EZB!**“¹⁸⁹ An anderer Stelle mahnt die Zeitung: „Gerne wird so getan, als seien Noten und Münzen nur noch etwas für digital Zurückgebliebene, die mit der modernen Welt nicht mithalten könnten und denen man beim ‚Umstieg‘ helfen müsse. Das ist die falsche Debatte. Sie lenkt davon ab, worum es in Tat und Wahrheit

¹⁸⁵ *Dominik Kettner*: Der digitale Euro. Die größte Enteignung der Geschichte. Wie die EZB mit dem digitalen Euro deine Zukunft, Ersparnisse und Freiheit gefährdet, 1. Auflage 2025, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, S. 109. Hervorhebung im Original.

¹⁸⁶ Vgl. zu den Zahlenangaben *Dominik Kettner*: Der digitale Euro. Die größte Enteignung der Geschichte. Wie die EZB mit dem digitalen Euro deine Zukunft, Ersparnisse und Freiheit gefährdet, 1. Auflage 2025, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, S. 46.

¹⁸⁷ *Hakon von Holst*: Krieg gegen das Bargeld. Warum wir Münzen und Geldscheine für unsere Freiheit benötigen, 2. Auflage 2025, Hintergrund Verlag, Berlin 2025, Seite 52.

¹⁸⁸ *Hakon von Holst*: Krieg gegen das Bargeld. Warum wir Münzen und Geldscheine für unsere Freiheit benötigen, 2. Auflage 2025, Hintergrund Verlag, Berlin 2025, Seite 49.

¹⁸⁹ Überschrift in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 16. Oktober 2025, Seite 17.

geht: um das Recht auf Anonymität, um eine vernünftige Skepsis auch gegenüber dem Staat.“¹⁹⁰

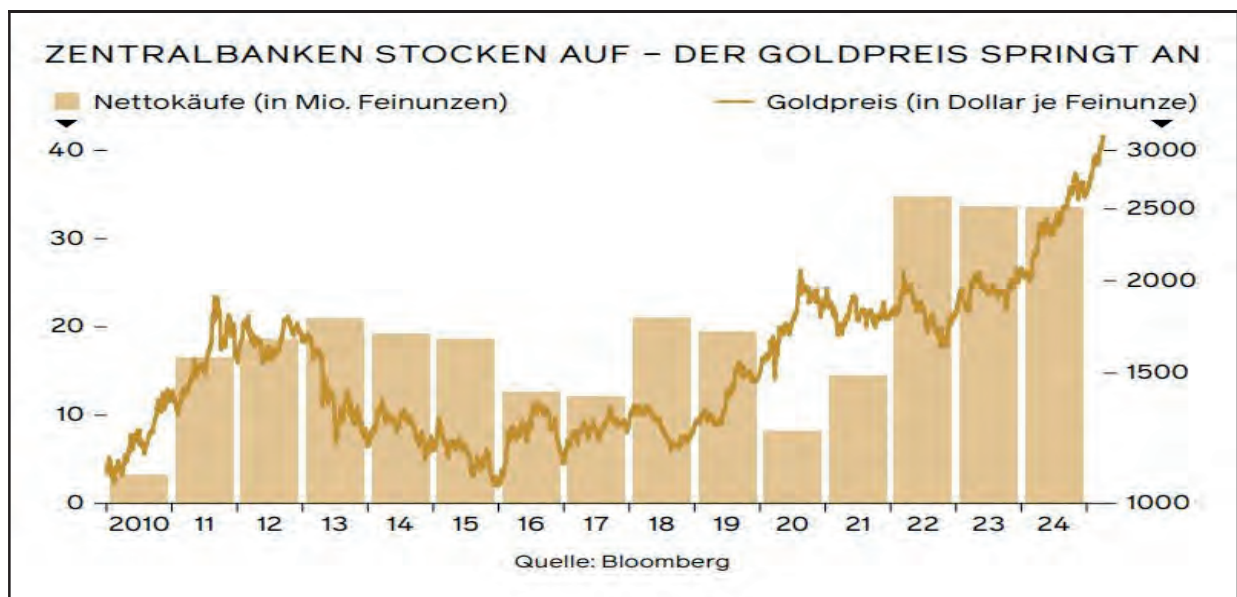
Aus unseren letzten beiden *Investmentfonds-Berichten* wiederholen wir aus gegebenem Anlass noch einmal unseren damaligen Schlussappell an unsere Leser: **Verteidigen wir unser Bargeld und unsere Freiheit, solange es noch geht!**

4.7 Gold und Silber weiter im Aufwärtstrend?

In unseren beiden letzten Investmentfonds-Berichten vom Januar 2024 und Januar 2025 schrieben wir an dieser Stelle: „Neben Aktien stufen wir von *Schmitz & Cie.* auch Rohstoffe – und hier insbesondere die Edelmetalle **Gold und Silber** – im Jahr 2024 (und auch darüber hinaus) als sehr aussichtsreich ein.“¹⁹¹

Diese Einschätzungen waren für unsere Kunden in den vergangenen beiden Jahren sehr ertragreich. Allein im Jahr 2025 hat Gold in US-Dollar gerechnet 60 Prozent zugelegt, Silber sogar um 130 Prozent. In Euro bzw. in Schweizer Franken fällt der Anstieg durch den Währungsverlust des Dollars gegenüber Euro und Schweizer Franken um rund 15 Prozent niedriger aus.

Bei Gold haben erneut die vermehrten Käufe von internationalen Zentralbanken für steigende Kurse gesorgt. Viele Staaten wollen sich unabhängiger vom US-Dollar machen. Bis zum Jahr 2008 waren die Notenbanken Nettoverkäufer von Gold, seither sind sie Nettokäufer:



Quelle: *WirtschaftsWoche* vom 11. April 2025, Seite 66

¹⁹⁰ *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. Oktober 2025, Seite 22. In dem Artikel „Mündige Bürger brauchen Bargeld“ warnt die Zeitung: „Mit Digitalwährungen lassen sich die Menschen besser kontrollieren (und notfalls ein bisschen enteignen).“

¹⁹¹ *Investmentfonds-Bericht* Januar 2024, Seite 54 und *Investmentfonds-Bericht* Januar 2025, Seite 70.

Wie man auf den ersten Blick auf die obige Grafik erkennen kann, haben die Goldkäufe in den letzten drei Jahre (die drei rechten Balken) massiv zugenommen. Seit dem Jahr 2022 haben die Zentralbanken jeweils über 1000 Tonnen Gold pro Jahr erworben. In der Periode 2010 bis 2021 wurde mit durchschnittlich 480 Tonnen deutlich weniger Gold gekauft.¹⁹² Mitte der 1960er Jahr war Gold bei den internationalen Notenbanken mit 38.000 Tonnen die beliebteste Anlage. Heute halten die Zentralbanken weltweit lediglich 36.000 Tonnen Gold.¹⁹³ Es gibt also noch Aufholpotential.

Nach den Zahlen des *World Gold Council* erreichte die weltweite Goldnachfrage im dritten Quartal 2025 mit 1.313 Tonnen einen so hohen Quartalswert wie noch nie seit Beginn der Erhebungen ab dem Jahr 2000.¹⁹⁴

Über die Gründe der Aufstockungen schreibt die *Finanz und Wirtschaft*: „Ziel der Goldkäufe ist eine Umschichtung der Währungsreserven raus aus der Reservewährung Dollar in das rare Edelmetall.“¹⁹⁵ Inzwischen hat sich Gold für die Zentralbanken zur zweitwichtigsten Reserve nach dem Dollar aufgeschwungen. „Und für die kommenden zwölf Monate planen ungewöhnlich viele Notenbanken eine weitere Aufstockung ihrer Goldvorräte. Reduzieren will keine.“¹⁹⁶ Eine kleine Notiz am Rande: „Fünf der weltweit größten Goldraffinerien sitzen in der Schweiz – drei im Tessin, zwei in der Westschweiz. Mit einer Raffineriekapazität von 4000 Tonnen könnten sie theoretisch die gesamte Weltproduktion stemmen.“¹⁹⁷ Tatsächlich wird etwas mehr als ein Drittel des weltweiten Goldes in der Schweiz verarbeitet.¹⁹⁸

Interessant sind die aufkommenden Gerüchte, dass auch **Silber** als strategische Reserve der Zentralbanken eine Rolle spielen könnte. „Doch bisher gibt es nur wenige unbestätigte Medienberichte, etwa dass die russische Zentralbank eine strategische Silberreserve aufbauen will.“¹⁹⁹

Das würde dem Silberpreis in den nächsten Jahren weiter Unterstützung geben. Aber diese Unterstützung ist auch schon durch das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage gegeben. **Seit dem Jahr 2021 übersteigt die Nachfrage am Silbermarkt permanent das Angebot.** Der Vergleich der Balkenlänge in der oberen Hälfte der nachfolgenden Grafik verdeutlicht diesen Zusammenhang auf einen

¹⁹² Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Juni 2025, Seite 22.

¹⁹³ Vgl. *FINANZWOCHE* vom 19. Juni 2025, Seite 3.

¹⁹⁴ Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 1. November 2025, Seite 17.

¹⁹⁵ *Finanz und Wirtschaft* vom 19. April 2025, Seite 15.

¹⁹⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Juni 2025, Seite 29.

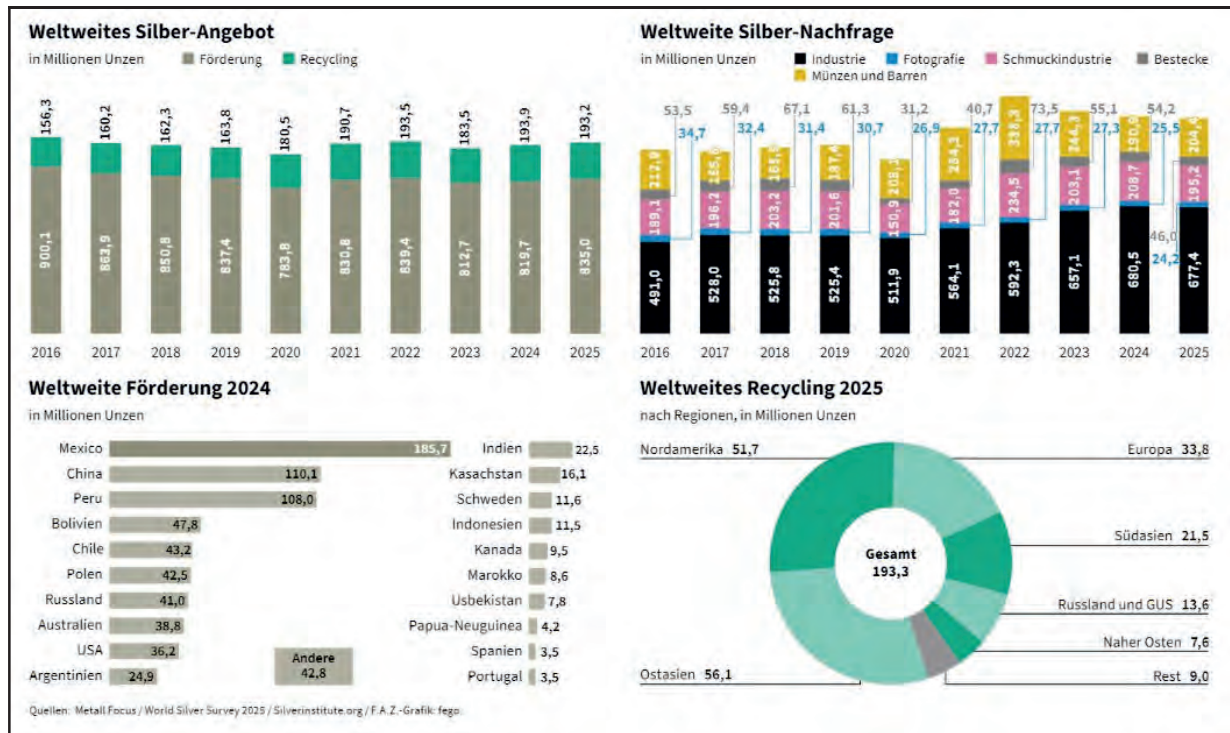
¹⁹⁷ *Bilanz* Mai 2025, Seite 55. Der Artikel „Im Goldrausch“ auf den Seiten 54 - 59 zeigt einen aufschlussreichen „Blick hinter die hohen Mauern einer diskreten Branche“ auf. (Seite 54)

¹⁹⁸ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Mai 2025, Seite 20.

¹⁹⁹ *institutional money*, 4. Quartal 2025, Seite 177. In dem Artikel „Silber – das neue Gold?“ auf den Seiten 174 - 177 wird auf das positive Zusammenspiel von Gold und Silber hingewiesen: „Während Gold vor allem für Stabilität steht, bringt Silber zusätzliche Breite und Dynamik ins Portfolio. Die Kombination beider Metalle schafft eine ausgewogene Balance zwischen Substanz, Wachstum und Stabilität.“ (Seite 177)



Blick. Die weltweite Silber-Nachfrage (das rechte obere Viertel der Grafik) liegt seit fünf Jahren über dem weltweiten Silber-Angebot (links oben):



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Januar 2026, Seite 23

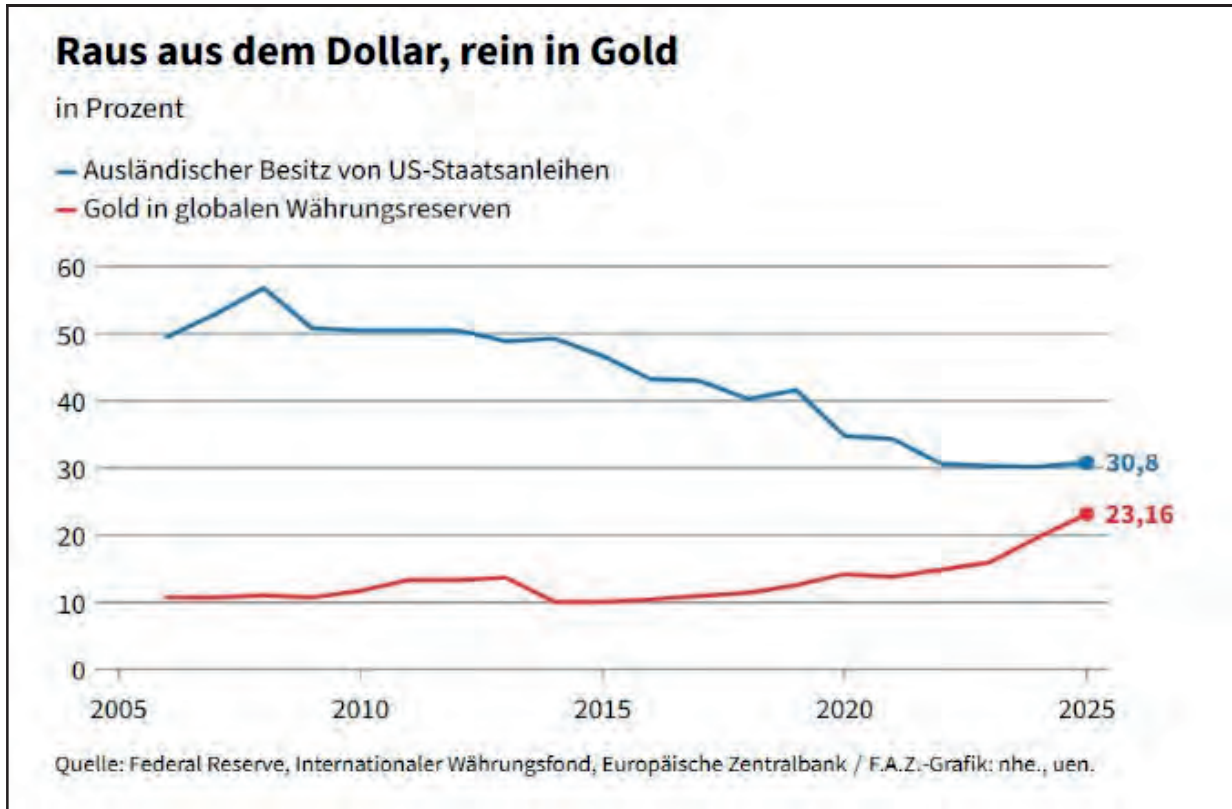
Dieser mehrjährige Nachfrageüberhang hat seine Gründe. Zum einen ist Silber neben Gold das Edelmetall, mit dem sich Anleger gegen Inflation und Kaufkraftverlust absichern. Zum anderen steckt Silber in jedem Personal-Computer, in jedem Fernsehgerät und in jedem Smartphone. Und auch in jeder Solarzelle und jedem E-Auto wird Silber verbaut. Eine aktuelle Studie von *Science Direct* hat daher ermittelt, dass voraussichtlich bis zum Jahr 2030 die Nachfrage nach Silber das verfügbare Angebot um 20 bis 40 Prozent übersteigen wird.²⁰⁰ Silber wird daher auch weiterhin in den Wertpapierdepots der Kunden von *Schmitz & Partner* und im *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds eine gewichtige Rolle spielen.

Zusätzlich ist neben dem Edelmetall Silber auch Gold immer in unseren Investitionsüberlegungen. Die Frage ist, warum die Zentralbanken in den letzten Jahren ihre Goldreserven so massiv aufgestockt haben und ihre Währungsreserven sukzessive von US-Dollar in Gold tauschen. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt hierzu: „Während im Jahr 2008 US-Staatsanleihen („treasuries“) noch zu 56 Prozent von ausländischen Investoren – insbesondere Zentralbanken – gehalten wurden, liegt dieser Wert heute nur noch bei 30 Prozent. Zeitgleich ist der Anteil von Gold, dem ultimativ sicheren Anlagehafen, in globalen Währungsreserven von elf auf 23 Prozent angewachsen.“²⁰¹

²⁰⁰ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Januar 2026, Seite 23.

²⁰¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. September 2025, Seite 28.

Das folgende Schaubild gibt diese Veränderung der letzten 20 Jahre auf einen Blick wieder:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. September 2025, Seite 28

Das *Handelsblatt* stellt fest: „Investoren verlieren das Vertrauen in den Dollar. Das treibt den Goldpreis auf einen historischen Höchststand. Doch die Rallye könnte erst am Anfang stehen.“²⁰² An anderer Stelle titelt die Zeitung: „Goldpreis ist noch nicht am Limit“.²⁰³ Als Begründung führt das *Handelsblatt* an: „Gold kann, anders als der Dollar, nicht willkürlich vermehrt werden.“²⁰⁴ Diese Überlegung ist natürlich völlig richtig. So schreibt die *WirtschaftsWoche*: „Seit 1980 ist die überirdische Goldmenge um durchschnittlich 1,83 Prozent pro Jahr gestiegen, ... Zum Vergleich: Die Verschuldung der US-Regierung ist im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 8,9 Prozent pro Jahr angewachsen“.²⁰⁵

Gold ist aber nicht nur wegen der hohen Notenbankkäufe und des daraus resultierenden Preisanstieges interessant. Auch im direkten Vergleich mit einer Anlage in Aktien schneidet Gold sehr gut ab: Seit dem Jahr 2000 brachte Gold einen nominalen Wertzuwachs von durchschnittlich 9,5 Prozent pro Jahr, der amerikanische Aktienindex *S&P 500* schaffte einschließlich der Dividenden nur 7,7 Prozent pro

²⁰² *Handelsblatt* vom 30. September 2025, Seite 1.

²⁰³ *Handelsblatt* vom 17. November 2025, Seite 16.

²⁰⁴ *Handelsblatt* vom 30. September 2025, Seite 1.

²⁰⁵ *WirtschaftsWoche* vom 11. April 2025, Seite 66.

anno.²⁰⁶ Auch bei der Betrachtung der Streuung der Jahresrenditen schneidet Gold besser ab als eine Anlage in Aktien: Der Abstand zwischen der besten und der schlechtesten Jahresrendite fällt bei Gold mit 15 Prozent spürbar geringer aus als beim *S&P 500* mit 26 Prozent.²⁰⁷ Das bedeutet, dass das Risiko bei einer Anlage in Gold (Schwankungsbreite) nur rund halb so groß ist wie bei einer Investition in Aktien.²⁰⁸ Für risikoscheue Anleger ist dies ein deutlicher Vorteil.

Das Bankhaus *M.M.Warburg* zieht das Fazit: „Gold hat im Vergleich zu anderen Anlageklassen wie Aktien oder Anleihen historisch betrachtet nicht nur attraktives Rendite- und Risikoprofil, sondern beweist seine Stärken als Stabilisator im Portfolio insbesondere in Zeiten hoher Unsicherheit. Gold dem Portfolio beizumischen, ist also durchaus sinnvoll.“²⁰⁹ Und die *Neue Zürcher Zeitung* ergänzt: Als Anlage „hat Gold den Vorteil, eine jahrhundertalte Tradition als sicheres Wertaufbewahrungsmittel zu haben und kein Gegenparteirisiko zu bergen. Es gilt als sicherer Hafen in Zeiten von hohen geo-, finanz- oder wirtschaftspolitischen Risiken, in denen Aktien und Anleihen meist fallen.“²¹⁰

Und **Gold ist ein seit Jahrtausenden funktionierender Schutz vor ausgabe-wütigen Politikern.** Bei der riesigen Neuverschuldung werden die Gelddruckmaschinen noch schneller arbeiten müssen und die Menge an Papiergeld wird noch stärker zunehmen. Das ist der Grund, warum Gold langfristig gegenüber leicht vermehrbaren Papierwährungen immer an Wert gewinnt. Das Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* schreibt: „Das Edelmetall hat viele Währungskrisen überstanden und ist in den vergangenen 2000 Jahren nie wertlos geworden.“²¹¹ Im Gegensatz zu vielen Währungen in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten, fast alle wegen übermäßiger Staatsverschuldung!

Professor *Erwin Heri* hat darauf hingewiesen, „dass eine Unze Gold vor 2000 Jahren eine fünfköpfige Familie für einen Monat ernähren konnte. Dies sei heute immer noch der Fall, während der Wert aller ungedeckten Papiergeld-Währungen langfristig real gesehen auf null abgeschrieben worden sei.“²¹²

Wer aus Sorge vor Krisenszenarien Gold in physischer Form erwerben möchte, sollte bedenken, dass in Deutschland Privatanleger Gold nur bis zu einer Grenze von 2.000 Euro anonym mit Bargeld kaufen dürfen. Liegt die Summe darüber, muss der Händler nach dem Geldwäschegesetz verpflichtend die Identität des Kunden feststellen und dokumentieren. In Österreich liegt die Schwelle bei 10.000 Euro, in der Schweiz bei 15.000 Franken.²¹³

²⁰⁶ Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 11. April 2025, Seite 66.

²⁰⁷ Vgl. *M.M.Warburg & Co.*: Konjunktur und Strategie vom 5. Juni 2025, Seite 2.

²⁰⁸ Dies gilt zumindest für die durchschnittliche Jahresrendite bei einem Anlagehorizont von zehn Jahren.

²⁰⁹ *M.M.Warburg & Co.*: Konjunktur und Strategie vom 5. Juni 2025, Seite 3.

²¹⁰ *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Juni 2025, Seite 22.

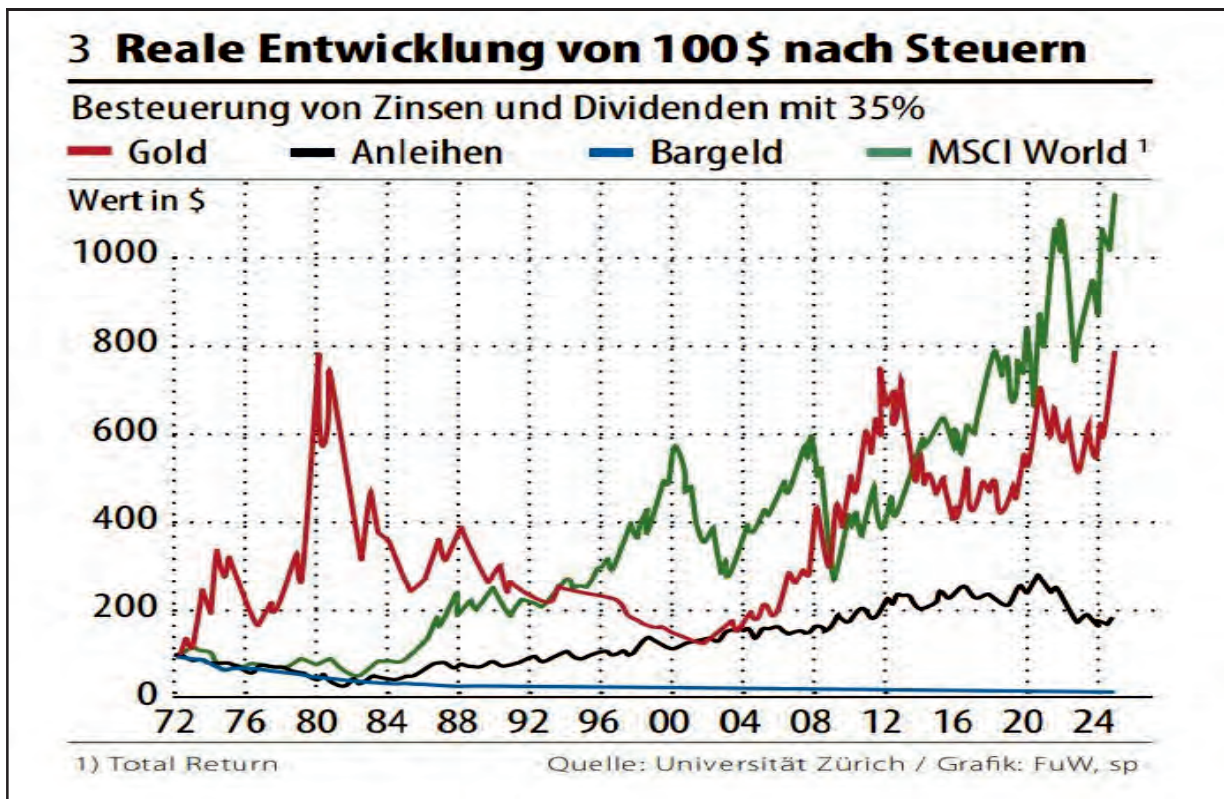
²¹¹ *DER SPIEGEL* vom 8. Februar 2025, Seite 66.

²¹² *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. Februar 2025, Seite 25. Heri ist Professor für Finanzmarkttheorie am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel.

²¹³ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Juni 2025, Seite 22.

In einer im Februar 2025 veröffentlichten Studie des *Department of Finance* an der Universität Zürich unter Leitung von Professor *Thorsten Hens* wurden die Renditen von verschiedenen Vermögensklassen (Bargeld, Aktien und Gold) über rund ein halbes Jahrhundert untersucht.²¹⁴ In der Analyse sind im Jahr 1972 einmalig 100 US-Dollar in Bargeld, in Anleihen, in Gold und in Aktien angelegt worden.

Die mit Abstand schlechteste Anlageform war wenig überraschend Bargeld. Von den ursprünglich 100 Dollar blieben inflationsbereinigt und nach Steuern lediglich 13 Dollar übrig. Deutlich besser abgeschnitten haben die beiden Anlageformen Gold und Aktien:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 14. März 2025, Seite 21

Über 40 Jahre lang war eine Investition in Gold (rote Linie in der obigen Grafik) sogar besser als eine Aktienanlage (grüne Linie). Erst in den letzten rund zehn Jahren hat eine Investition in den Weltaktienindex (Total Return des MSCI World) mehr Rendite gebracht als das Edelmetall Gold.

In jährlichen Renditen dargestellt ergibt sich folgendes Bild:

²¹⁴ Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 1. März 2025, Seite 21. Hens ist Professor für Wirtschaft am *Swiss Finance Institute* und am *Institut für Banking und Finance* an der Universität Zürich.

Aktien schlagen Gold knapp

Wertentwicklung verschiedener Geldanlagen im Zeitraum 1972 bis 2024, pro Jahr, in Dollar und in %

Anlage	Nominal (vor Inflation)	Real (nach Inflation)	Nach Steuern
Bargeld	0%	-3,82%	-3,82%
Gold	+8,07%	+3,98%	+3,98%
MSCI World (ohne Dividenden)	+6,85%	+2,87%	+2,87%
MSCI World (mit Dividenden)	+9,94%	+5,78%	+4,75%

QUELLE: UNIVERSITÄT ZÜRICH

NZZ / feb.

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. Februar 2025, Seite 25

Anleger sollten aus diesen Ergebnissen die Erkenntnis gewinnen: **Sowohl an Gold (und Silber) als auch an Aktien führt kein Weg vorbei!**

Und daran ändert auch die aktuell schwierige politische Situation in der Welt nicht:



Quelle: *Handelsblatt* vom 5. Februar 2025, Seite 18

Das *Handelsblatt* sieht für die zukünftige Goldpreisentwicklung noch weiteres Potential: „Der hohe Goldpreis ist kein bloßer Hype, sondern ein Symptom für eine Entwicklung, die sich spätestens seit der Pandemie immer weiter zuspitzt: **Die großen Volkswirtschaften dieser Welt häufen immer mehr Schulden an – und die Befürchtungen wachsen, dass sie diese nicht mehr bedienen können.**“²¹⁵ Und die *FINANZWOCHEN* ergänzt: „Gold hat wahrscheinlich langfristig die besten Aussichten, da sich das Metall immer mehr zum alternativen Finanzsystem, besonders für Notenbanken, entwickelt.“²¹⁶

Und es gibt noch einen weiteren Aspekt, der für weiter steigende Preise von Gold und auch von Silber spricht: Vermögensverwalter halten oft nur einen erschreckend kleinen Anteil des von ihnen verwalteten Vermögens in Edelmetallen. Selbst eine kleine Erhöhung – beispielsweise auf fünf Prozent Anteil im Wertpapierdepot – kann deshalb zu einer stark steigenden Nachfrage führen. Eine Studie der *Bank of America* zeigt auf, dass Privatanleger im Schnitt lediglich 0,5 Prozent ihres Portfolios in Gold halten, während es bei institutionellen Investoren zwischen zwei und vier Prozent sind.²¹⁷

Das Bankhaus *M.M.WARBURG & CO* teilt unsere Überzeugung zu Edelmetallen und schreibt: „Gold hat im Vergleich zu anderen Anlageklassen wie Aktien oder Anleihen historisch betrachtet nicht nur ein attraktives Rendite- und Risikoprofil, sondern beweist seine Stärken als Stabilisator im Portfolio insbesondere in Zeiten hoher Unsicherheit. Gold dem Portfolio beizumischen, ist also durchaus sinnvoll.“²¹⁸ Die *FINANZWOCHEN* prognostiziert: „Gold ist 2026 weniger eine Wette auf den Crash als eine Versicherung gegen Währungsverwässerung“.²¹⁹

Diese Beimischung praktizieren wir von *Schmitz & Partner* seit vielen Jahren in dem von uns betreuten *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds, in dem seit dem Gründungsjahr 2009 rund ein Viertel des Fondsvermögens in Gold und Silber investiert ist. Im Jahr 2025 wurden wir für diese konsequente Haltung mit einer **Wertsteigerung von 29,1** Prozent belohnt, die gut zur Hälfte auf die Preissteigerungen bei den beiden Edelmetallen zurückzuführen ist. Der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds ist mit dieser Performance im Jahr 2025 die **Nummer 1** von knapp 400 vergleichbaren Investmentfonds!

In Kapitel 6 (Durchblick mit aktuellen Presseartikeln) findet der interessierte Leser in der Kolumne („Schutz durch wahre Werte“) auf Seite 95 noch zusätzliche Informationen zu Gold und Silber als wirksamen Schutz gegen Wertverluste.

²¹⁵ *Handelsblatt* vom 1. Oktober 2025, Seite 15. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

²¹⁶ *FINANZWOCHEN* vom 25. September 2025, Seite 5.

²¹⁷ Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 1. November 2025, Seite 18.

²¹⁸ *M.M.WARBURG & CO*, Konjunktur und Strategie, 5. Juni 2025, Seite 3.

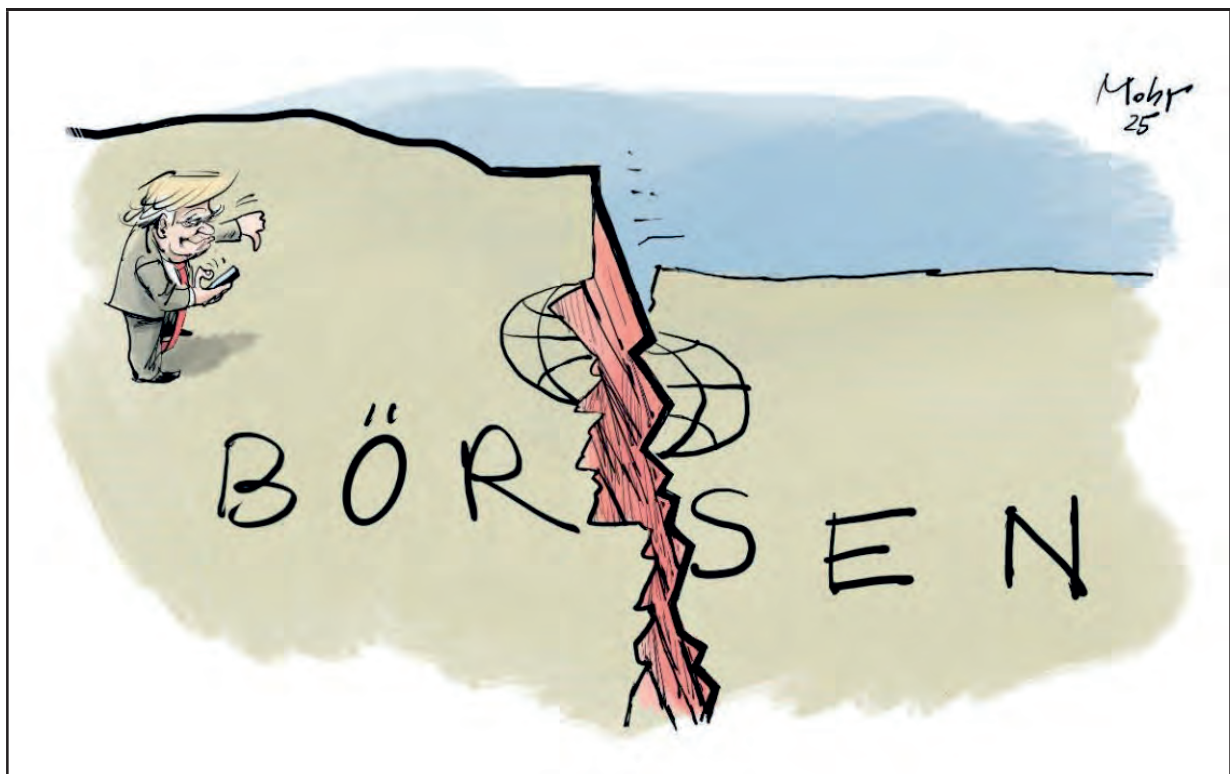
²¹⁹ *FINANZWOCHEN* vom 15. Januar 2026, Seite 5.

4.8 Was tun beim nächsten Börsencrash?

An den internationalen Aktienmärkten gab es Anfang April 2025 einen kräftigen Kursrutsch. Auslöser war die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten *Donald Trump*, die Zölle auf Einfuhren in die USA dramatisch anzuheben (Liberation Day).

Der Schweizer Aktienmarkt (*SMI*) fiel daraufhin innerhalb weniger Tage um 15 Prozent, der Weltaktienindex (*MSCI World*) in Euro gab um zwölf Prozent nach. In dieser Zeit haben wir von einem Teil unserer Kunden mit der immer gleichen Fragestellung Telefonanrufe und E-Mails erhalten, ob es nicht sinnvoll sei, schnell noch Aktien oder Aktienfonds zu verkaufen, bevor die Kurse weiter abstürzen.

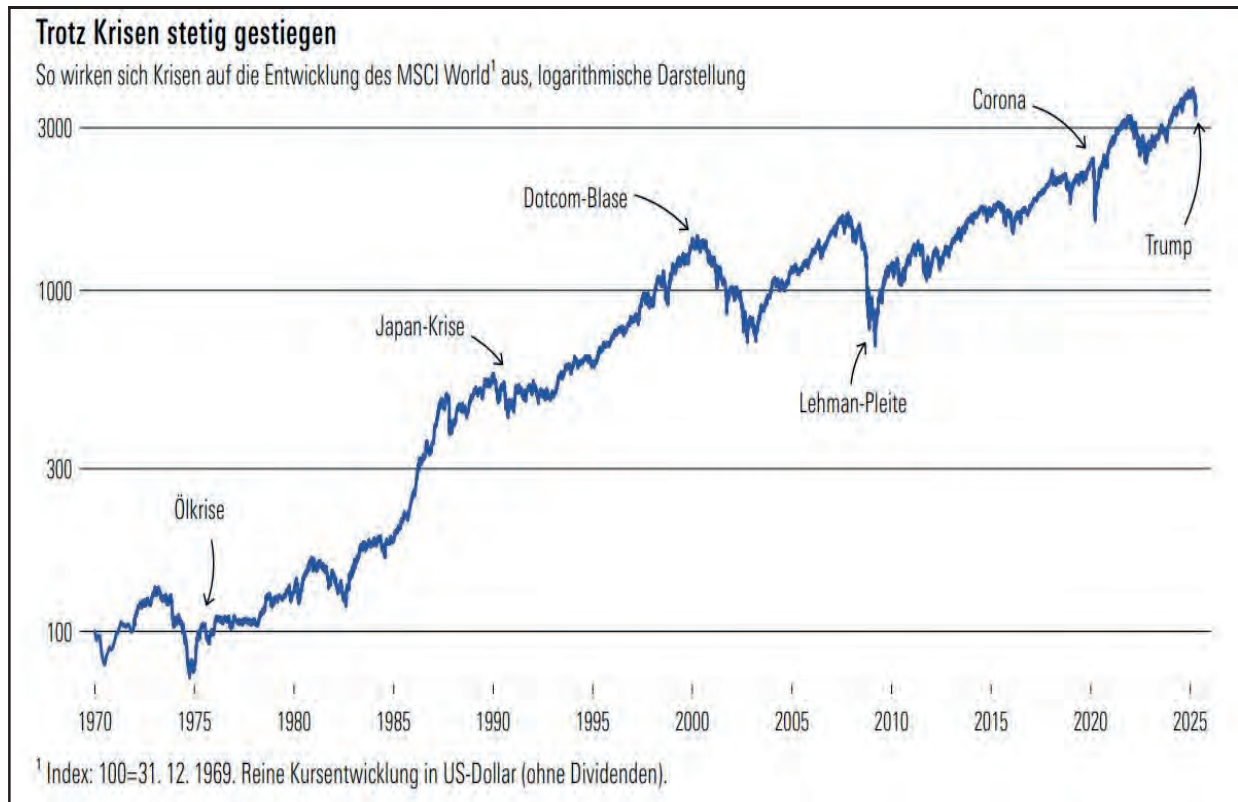
Unsere Antworten waren in allen Fällen identisch: Jetzt ist nicht die Zeit zu verkaufen, sondern jetzt ist die Zeit, günstig zu kaufen! Auch das *Handelsblatt* beurteilte die Situation Anfang April ähnlich: „**Wer jetzt aussteigt, geht das Risiko ein, später zu höheren Kursen wieder einzusteigen.**“²²⁰



Quelle: *Handelsblatt* vom 8. April 2025, Seite 14

²²⁰ *Handelsblatt* vom 7. April 2025, Seite 36. Die Zeitung führt als Beispiel den Weltaktienindex MSCI World an, der seit dem Jahr 1986 ermittelt wird, bisher 10.200 Handelstage hatte und inzwischen um über 1000 Prozent gestiegen ist. Wer als handelsaktiver Anleger zu viele der guten Handelstage verpasst, droht ein dramatisch schlechteres Ergebnis einzufahren als ein passiver Anleger. „Denn ohne die 50 besten der mehr als 10.000 Handelstage fällt die Rendite von über 1000 Prozent auf nur noch 32 Prozent. Real, also nach Abzug der Inflation, hätten die Anleger sogar Geld verloren.“

Wie wenig sinnvoll es auch in der Vergangenheit war, sich in Krisenzeiten von seinem Aktienbestand zu trennen, zeigt eine Berechnung der *Neuen Zürcher Zeitung* anhand des MSCI World:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. April 2025, Seite 22

Die Zeitung schreibt bereits in ihrer Überschrift: „Beharrliches Sparen ist besser als Aktivismus“ und führt aus: „Wer Börsenturbulenzen einfach aussitzt, fährt meistens gut“. Der Artikel bringt die sinnvollste Verhaltensweise für Anleger mit nur drei Worten auf den Punkt: „**Geduld bringt Gewinn.**“²²¹

Wie man schon beim ersten Blick auf die obige Grafik erkennen kann, kommt nach Kurseinbrüchen an den Aktienmärkten eine (teils kräftige) Kurserholung so sicher wie das Amen in der Kirche. Wie erfolgreich Anleger sind, die sich in einem schwierigen Börsenumfeld nicht zu Verkäufen verleiten lassen, sondern im Gegenteil Aktien kaufen bzw. zukaufen, zeigt folgende Übersicht:

²²¹ Alle drei Zitate stammen aus der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 22 April 2025, Seite 22.



So reagierte die Börse auf Stressphasen in den USA seit 1945					
Entwicklung des US-Standardwerte-Indexes S&P 500, Kursindex ohne Dividenden					
Ereignis	Offizieller Start (Kurshöchststand vor dem Fall)	Maximaler Kursverlust	Rendite bei Einstieg bei -20%, nach 1 Jahr	Rendite bei Einstieg bei -20%, nach 5 Jahren	Rendite bei Einstieg bei -20%, nach 10 Jahren
Nachkriegsrezession	29. 5. 1946	-29,6%	2,2%	55,2%	216,7%
«Eisenhower-Rezession»	2. 8. 1956	-21,5%	31%	42%	143,8%
Flash-Crash / «Kennedy-Slide»	12. 12. 1961	-28%	26,1%	63,9%	99%
Credit Crunch / Kreditklemme	9. 2. 1966	-22,2%	24,6%	34,8%	35,9%
Vietnamkrieg/Inflation	29. 11. 1968	-36,1%	11,9%	-11,3%	32,6%
Ölkrise 1973/74	11. 1. 1973	-48,2%	-26,9%	0,1%	74,7%
«Volcker-Rezession» nach Zinserhöhungen	28. 11. 1980	-27,1%	30,4%	155,8%	270,9%
Schwarzer Montag	25. 8. 1987	-33,5%	24,3%	83,1%	324,9%
Platzen der Dotcom-Blase	24. 3. 2000	-49,1%	-1,2%	8,6%	9,7%
Globale Finanzkrise	10. 10. 2007	-56,7%	-29,1%	31,8%	121,7%
Corona-Crash	19. 2. 2020	-33,9%	59%	124,6%	
Ukraine-Krieg / Inflation / Zinserhöhungen	3. 1. 2022	-25,4%	16,5%		

QUELLE: ASSENAGON/BLOOMBERG NZZ 7. feb.

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Mai 2025, Seite 29

An der amerikanischen Aktienbörse (*S&P 500*) gab es seit dem Jahr 1945 insgesamt zwölf sogenannte Bärenmärkte. Ein Bärenmarkt beginnt, wenn die Aktienkurse im Vergleich zu ihrem letzten Höchststand um mehr als 20 Prozent sinken. Wie eine Studie des Vermögensverwalters *Assenagon* zeigt, hatte sich der Einstieg in den Aktienmarkt in einer Krisenzeit und nach Verlusten von 20 Prozent fast immer gelohnt (siehe die drei rechten Spalten in der obigen Übersicht).

Ähnliches gilt nach einer Langfriststudie vom Bankhaus *Pictet* auch für den Schweizer Aktienmarkt. In der Analyse für den Zeitraum von 1926 bis 2024 kommt die Bank zu dem Schluss, dass ein Anleger, der Schweizer Aktien über fünf Jahre hinweg gehalten hat, in 85 der letzten 99 Kalenderjahre eine positive Rendite erzielt hätte. Bei einer Haltedauer von zehn Jahre wäre dies sogar in 96 von 99 Jahren der Fall gewesen.²²²

²²² Die Zahlenangaben stammen aus der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 31. Mai 2025, Seite 29.

Die *Neue Zürcher Zeitung* gibt in diesem Zusammenhang vier Empfehlungen für erfolgreiche Investments an den Aktienbörsen:

- In Krisenzeiten nicht in Schockstarre verfallen.
- Anleger müssen mit Schwankungen umgehen.
- Investiert sein und bleiben.
- Einen langen Atem haben und nicht kurzfristig agieren.

Einen ganz wichtigen Ratschlag für Anleger in Krisensituationen gibt *Robert Velten*. Er schreibt in seinem Kapitel „Wie Sie Ihr Vermögen künftig vor Ihren eigenen Neigungen schützen“ sehr schön: „Im Zusammenhang mit unserer Neigung zu *Überforderung* kann es jedenfalls ratsam sein, fähige Fondsmanager oder Vermögensverwalter einzusetzen. Anzeichen für deren Kompetenz sind Motivation, Intelligenz, wissenschaftliche Ausbildung und ein nachgewiesener Erfolg in ihrem jeweiligen Bereich.“²²³

5. Ausblick auf das Investmentjahr 2026

In der derzeitigen Situation verbietet es sich, Geldwerte wie zum Beispiel verzinsliche Wertpapiere, Sparguthaben oder Festgeld sowie Lebensversicherungen und Ähnliches zu halten. Nur Sachwerte wie Gold oder Silber (siehe auch den beigefügten Artikel „Schweizer Vermögensverwalter sieht guten Einstiegszeitpunkt für Gold und Silber trotz überhitzter Märkte“) und natürlich Aktien als die mit Abstand renditestärkste Anlageform können langfristig die Kaufkraft erhalten.

Viele Kunden haben uns im Laufe des Jahres 2025 gefragt, ob die hohen Kurse an den Aktienbörsen angesichts der nur bescheidenen wirtschaftlichen Aussichten denn nicht maßlos übertrieben und die Unternehmen an der Börse somit überbewertet seien. Ja, das gilt für bestimmte Branchen aus der Sicht von *Schmitz & Partner* sicherlich. So sehen wir zum Beispiel Rüstungswerte oder auch Aktien aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) als viel zu teuer an, insbesondere wenn man die üblichen Bewertungskennzahlen wie etwa Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) oder Kurs-Buchwert-Verhältnis (KBV) betrachtet.

Bei dem bekanntesten deutschen Rüstungswert *Rheinmetall* lag das KGV im Jahr 2025 zwischenzeitlich bei fast 100! Das bedeutet, dass es einhundert Jahre braucht, um über die jährlichen Gewinne des Unternehmens den gezahlten Kaufpreis an der Börse wieder hereinzuholen. Das ist vergleichbar mit einer Mietswohnung, für die jemand die hundertfache Jahresmiete als Kaufpreis bezahlt hat – völlig überteuert! Das Risiko für kräftig fallende Preise (sowohl bei der Rheinmetall Aktie als auch bei dem fiktiven Beispiel der vermieteten Wohnung) ist um ein Vielfaches höher als die Chance auf noch weiter steigende Preise.

²²³ *Robert Velten: Kapitalstärke. Die Illusionen der Finanzbranche durchschauen und entspannter investieren, Wiley-VCH Verlag, Weinheim 2024, Seite 56 - 64, hier Seite 56. Hervorhebung im Original.*



Quelle: *Handelsblatt* vom 8. Januar 2026, Seite 14

Eine ähnliche Situation stellt sich aus unserer Sicht bei den Aktien der KI dar. In den letzten Wochen häufen sich die kritischen Stimmen in den Zeitungen und Zeitschriften zu diesem Thema. So titelt die *Neue Zürcher Zeitung*: „Der Boom kommt in eine kritische Phase“ und schreibt: „Die KI-Euphorie wird angeheizt durch ein starkes Kreditwachstum. Man muss sich fragen, ob sich die riesigen Investitionen rechnen werden.“²²⁴

Die *WirtschaftsWoche* beruft sich auf die warnenden Stimmen der *Bank of England* und führt aus: „Die Bank of England sieht eine ‚scharfe Marktkorrektur‘ voraus, hält Bewertungen, insbesondere bei Technologiefirmen, die sich auf Künstliche Intelligenz konzentrieren‘ für überzogen.“ Die Zeitschrift blickt fragend in die Zukunft und schreibt: „Ob die Folgen der platzenden Blase beherrschbar bleiben, muss sich zeigen. Aber dass sie platzt, ist so gut wie gewiss.“²²⁵

²²⁴ *Neue Zürcher Zeitung* vom 21. November 2025, Seite 23.

²²⁵ *WirtschaftsWoche* vom 17. Oktober 2025, Seite 39. In dem Artikel „Bubble Guys“ auf den Seiten 38 - 42 kritisiert die Zeitschrift: „KI ist für sich genommen kein stabiles Geschäftsmodell.“ Und weiter: „Die Gewinne der KI-Profiteure stehen auf tönernen Füßen.“ Beide Zitate stehen auf Seite 40.



Quelle: *Handelsblatt* vom 4. November 2025, Seite 14

Der gleichen Auffassung ist das Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL*, es schreibt: „... ist die große Frage weniger, ob KI eine Blase kreiert hat (kein Zweifel), sondern nur mehr, ob und wann die Blase platzt.“²²⁶ Die *Neue Zürcher Zeitung* fragt: „KI – Allheilmittel oder gigantische Blase?“²²⁷ Das *Handelsblatt* titelt: „... was passiert, wenn die KI-Blase platzt?“²²⁸ und die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt in einer Überschrift: „Der KI-Boom wird in einem Desaster enden“²²⁹. Professor *James Robinson* warnt in einem Interview: „Der Boom um künstliche Intelligenz hat eine regelrechte Blase entstehen lassen. ... Ich halte einen Börsencrash nahezu für unausweichlich.“²³⁰

Von der wissenschaftlichen Seite unterstützt zum Beispiel Professor *Ralf Otte* die skeptische Sicht auf die KI: „Die Erwartungen an die KI sind viel zu hoch, die reale Wirklichkeit hat klare Grenzen.“²³¹ Und Professorin *Katharina Zweig* „warnt vor einer großen KI-Blase“ und fürchtet: „Ich sehe erst einmal den nächsten KI-Winter auf uns

²²⁶ *DER SPIEGEL* vom 7. November 2025 in dem Artikel „Bang, Boom, Crash“ auf den Seiten 64 - 67, hier Seite 65. Für das Magazin ist KI „eine monströse Wette, die Regierungen, Unternehmen und Investoren eingehen.“ (Seite 65)

²²⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Dezember 2025, Seite 19.

²²⁸ *Handelsblatt* vom 28. - 30. November 2025, Seite 6.

²²⁹ NZZ-Schwerpunkt Fintech & GenAI in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 28. November 2025, Seite 7.

²³⁰ James Robinson im Interview mit *institutional money*, 4. Quartal 2025, Seite 42 - 52, hier Seite 46. Robinson lehrt Ökonomie an der University of Chicago. Im Jahr 2024 erhielt er zusammen mit zwei anderen Wissenschaftlern den Wirtschafts-Nobelpreis.

²³¹ Ralf Otte in seinem lesenswerten Aufsatz „Die ultimativen Grenzen der Künstlichen Intelligenz“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 28. Juli 2025, Seite 18. Otte ist Professor an der Technischen Hochschule Ulm und arbeitet seit über 30 Jahren auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz.

zukommen.²³² Diese Auffassung teilt im Übrigen auch der Verfasser dieser Zeilen, der bereits Ende der 1980er Jahre seine Diplomarbeit über *Aktienanalyse und Portfolioentscheidungen mit Künstlicher Intelligenz* geschrieben hat und in den darauffolgenden Jahren erleben musste, wie der damalige Hype um die künstliche Intelligenz dramatisch verblasste. Die Befürchtung ist groß, dass es diesmal ähnlich sein wird, wenn auch vielleicht auf höherem Niveau.

Von den beiden völlig überbewerteten Branchen Rüstung und KI einmal abgesehen, gibt es aus der Sicht von *Schmitz & Partner* noch genügend andere Anlagemöglichkeiten in erfolgversprechende und werthaltige Aktien im Jahr 2026. Und vielleicht ist auch **das schwindende Vertrauen in die ungedeckten Papierwährungen wie den Euro oder den US-Dollar** mit immer größeren Verschuldungsorgien in den Staatshaushalten, das Sachwerte wie Aktien oder Edelmetalle immer weiter steigen lässt.²³³

Denn wenn Haushalte und Investoren der Wertaufbewahrungsfunktion einer Währung nicht mehr trauen, dann reduzieren sie ihre Barbestände und tauschen sie gegen Sachwerte wie Aktien oder auch Gold und Silber. Als Folge steigen die Preise dieser Güter an. Dieses Phänomen bezeichnete der Ökonom *Ludwig von Mises* bereits vor 75 Jahren als „**Crack-up-Boom**“ oder „**Katastrophenhausse**“. Sachwerte wie Aktien oder Edelmetalle steigen langfristig übrigens immer, wenn man als Wertmaßstab die üblichen Währungen wie Euro oder US-Dollar nimmt. Denn durch die (un)verantwortlichen Politiker wachsen die Schuldenberge immer schneller und die ungedeckten Papierwährungen zerfallen in ihrem Wert und verlieren ihre Kaufkraft.

Das *Handelsblatt* schreibt: „Von allen Anlageklassen gelten Aktien als verlässlichster Inflationsschutz: Unternehmen können Preiserhöhungen oft an ihre Kunden weitergeben, ihre Gewinne steigen langfristig mit nominalem Wachstum und damit auch die Aktienkurse.“²³⁴

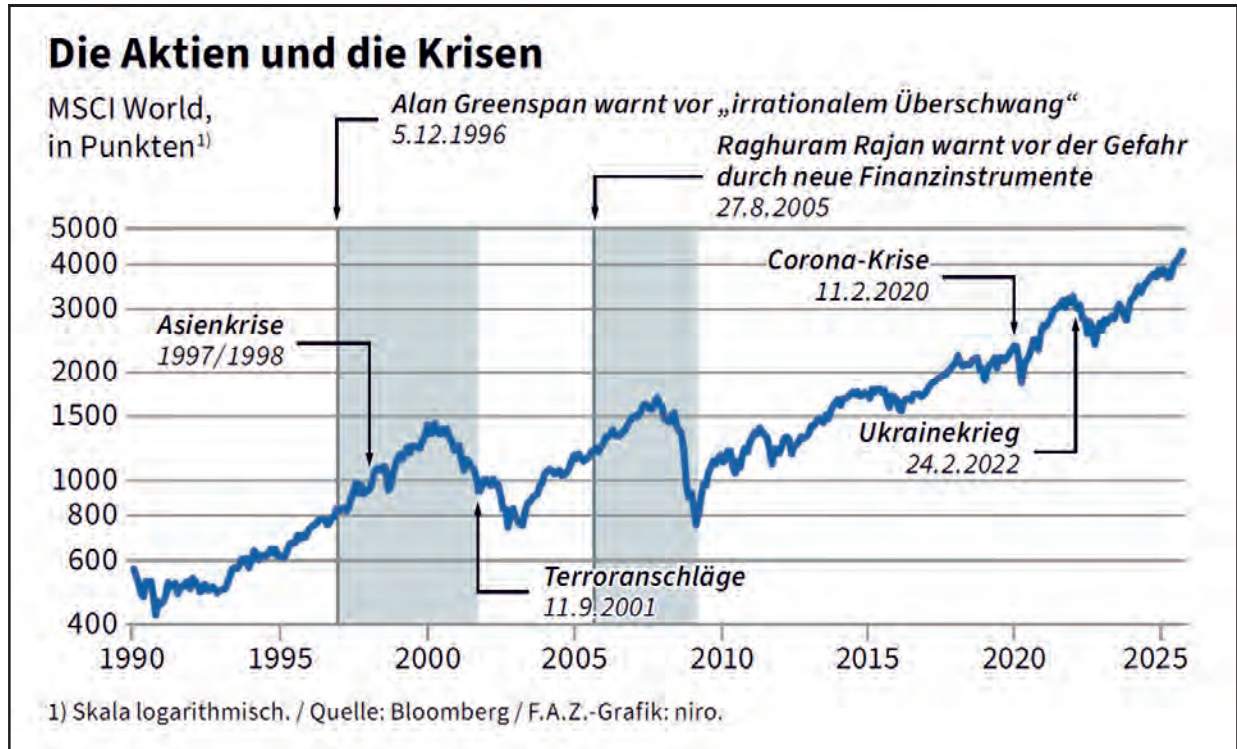
Aktien gehören daher auch im Jahr 2026 zu unverzichtbaren Bestandteilen in den Wertpapierdepots unserer Kunden und in den beiden von uns betreuten *Schmitz & Partner* Investmentfonds, genauso wie **harte Währungen** (Schweizer Franken!) und natürlich **Gold und Silber**. Der beiliegende Gastbeitrag vom Verfasser dieser Berichte („Schutz durch wahre Werte“) fasst unsere Sichtweise noch einmal zusammen. Auch wenn wir uns im Jahr 2026 auf den einen oder anderen Rückschlag an den internationalen Aktienmärkten gefasst machen müssen. Diese Kursrückgänge hat es in der Vergangenheit immer gegeben und sie wird es in Zukunft immer wieder geben.

²³² Interview in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 17. November 2025, Seite 18. Zweig leitet den Fachbereich Informatik der Technischen Universität Kaiserslautern.

²³³ Vgl. hierzu den Artikel „Anzeichen einer Katastrophenhausse“ aus dem Schweizer Wirtschaftsmagazin *BILANZ* vom November 2025 auf Seite 73.

²³⁴ *Handelsblatt* vom 12. - 14. Dezember 2025, Seite 67. Die Zeitung anerkennt auch Immobilien als Inflationsschutz, aber mit Einschränkungen: „Auch ... Immobilien ... bieten einen gewissen Teuerungsschutz. Allerdings nicht so stark wie Aktien. Weil sich Politik und Regulierung einmischen. Etwa mit Mietpreislösung und energetischen Auflagen.“

Langfristig ändern diese unvermeidlichen Rücksetzer aber nichts an den überaus erfolgreichen Investments in Aktien, der rentabelsten Anlageform überhaupt:



Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19. Oktober 2025, Seite 25

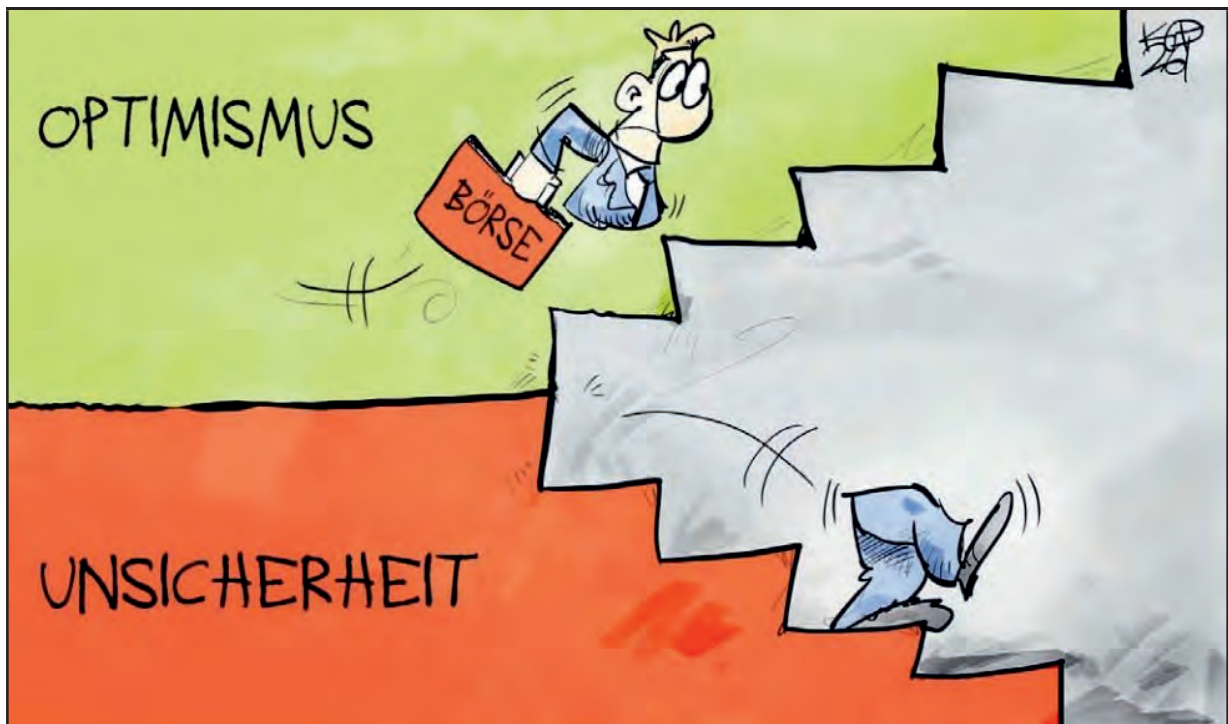
Wichtig und für einen guten Anlageerfolg entscheidend ist das Durchhaltevermögen. Wer schon bei der kleinsten Kursdelle die Flinte ins Korn wirft und entnervt seine Aktien oder Aktienfonds verkauft, kann keine überdurchschnittlichen Renditen erwarten. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt in diesem Zusammenhang: „Wer langfristig am Aktienmarkt investieren möchte, ist mit einer breit gestreuten Strategie ohne Timing-Versuche am besten beraten.“²³⁵ Oder anders formuliert: „Das Herausgehen aus dem Aktienmarkt ist fast immer ein Kapitalfehler.“²³⁶ Und das *Handelsblatt* schreibt: Anleger sollten „nicht versuchen, den Markt zu timen. Denn **wer versucht, durch geschickte Ein- und Ausstiegspunkte seine Rendite zu maximieren, riskiert stattdessen massive Einbußen.**“²³⁷

Lassen wir uns also nicht von immer wieder aufkommender Unsicherheit von dem langfristig Früchte tragenden Optimismus abbringen:

²³⁵ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Dezember 2025, Seite 24.

²³⁶ Robert Velten: Kapitalstärke. Die Illusionen der Finanzbranche durchschauen und entspannter investieren, Viley-VCH Verlag, Weinheim 2024, Seite 149.

²³⁷ *Handelsblatt* vom 8. Januar 2026, Seite 40. Hervorhebung durch Schmitz & Cie. Die Zeitung warnt: „Selbst wenn Investoren den optimalen Ausstiegszeitpunkt erwischen, drohen Verluste, wenn sie zu spät wieder einsteigen.“ Daher das Fazit: „Aus historischer Sicht ist es für langfristig orientierte Anleger dann der beste Weg, dem Impuls zu Verkäufen zu widerstehen und stattdessen investiert zu bleiben.“



Quelle: *Handelsblatt* vom 6. Januar 2026, Seite 16

Daher gilt: Keine Angst vor zwischenzeitlich fallenden Aktienkursen! Nebenbei: **Wer als Anleger die Kursrückgänge an den Aktienbörsen nicht vertragen kann, sollte auch keine Immobilien als Kapitalanlage besitzen.** Denn dort sind die Preisrückschläge nicht geringer als an den Aktienmärkten – es fällt nur nicht so auf, weil die Immobilienpreise im Gegensatz zu den Aktienkursen nicht jeden Tag in der Zeitung stehen. *Robert Velten* schreibt hierzu: „Immobilienpreise schwanken nicht weniger als Aktien, man bekommt es nur nicht mit.“ Und weiter: „Die Rendite ist auf lange Sicht geringer als bei Aktien und der Aufwand höher.“²³⁸ Das *Handelsblatt* ergänzt: „Die meisten Deutschen haben zu optimistische Vorstellungen von der Gesamrendite von Immobilien und ebenso unrealistische Vorstellungen zum tatsächlichen Risiko.“²³⁹

Die wichtigste Überlegung für Investoren, die Angst vor Aktienkursrückgängen haben und deshalb auf die angeblich so sicheren Immobilien setzen wollen, lautet: **„Immobilien [sind] die zweitattraktivste Anlagekategorie nach Aktien.“**²⁴⁰ Die *Neue Zürcher Zeitung* gibt auf Basis von wissenschaftlichen Studien die langfristigen Renditen für Schweizer Aktien nach Abzug der Inflation von 5,6 Prozent an, die Realrenditen für Immobilien schätzt sie hingegen lediglich auf 2,5 bis maximal

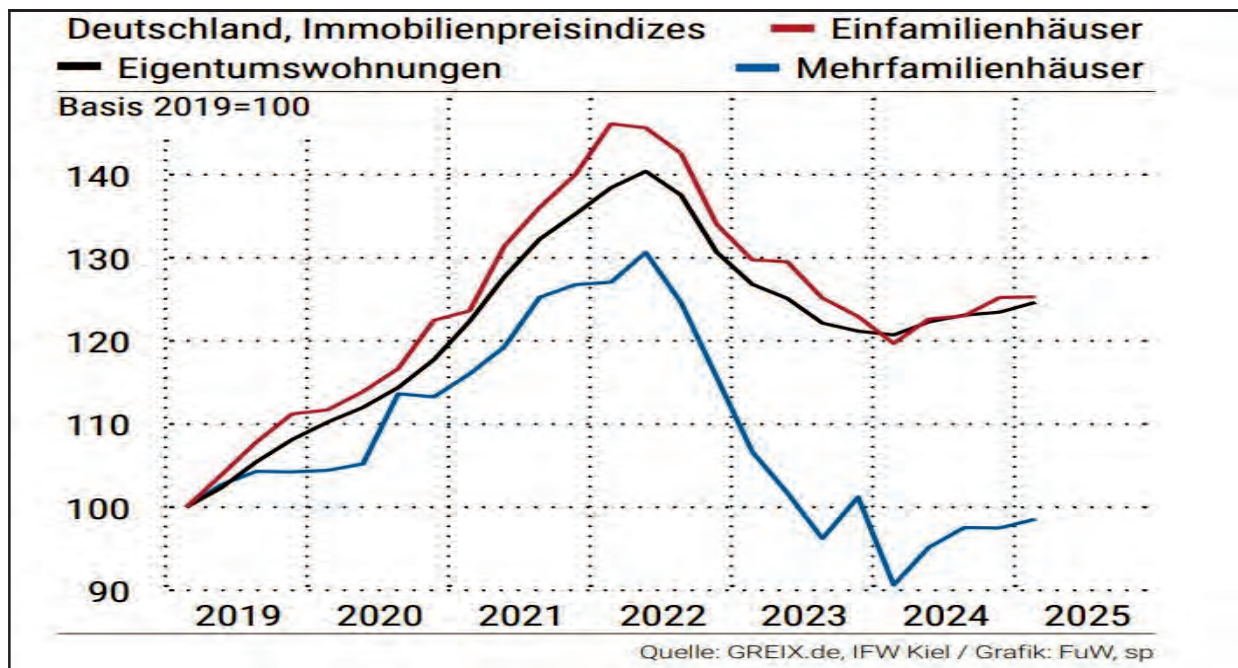
²³⁸ *Robert Velten*: Kapitalstärke. Die Illusionen der Finanzbranche durchschauen und entspannter investieren, Villey-VCH Verlag, Weinheim 2024, Seite 187.

²³⁹ *Handelsblatt* vom 13. Januar 2026, Seite 37. Die Zeitung schreibt in dem Artikel „Der trügerische Traum einer sicheren Rendite“ auf Seite 36 - 37: „eine Umfrage des Eigentümerverbandes Haus & Grund zeigte kürzlich, dass viele private Vermieter nur kostendeckend wirtschaften oder mit ihren Immobilien sogar Verlust machen.“ (Seite 36)

²⁴⁰ *Neue Zürcher Zeitung* vom 24. Juni 2025, Seite 21.

3 Prozent.²⁴¹ Und die *Finanz und Wirtschaft* ergänzt: „**Wie man es dreht und wendet, Aktienanlagen schlagen im Schnitt das Eigenheim deutlich.**“²⁴²

Die nachfolgende Grafik zeigt sehr deutlich auf, wie schlecht sich die Immobilienpreise in Deutschland seit dem Jahr 2022 entwickelt haben:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 31. Mai 2025, Seite 15

Während die Preise für Eigentumswohnungen (schwarze Linie) und für Einfamilienhäuser (rote Linie) von ihrem Höchstpreis lediglich um rund zehn bzw. 15 Prozent gefallen sind, haben die Mehrfamilienhäuser (blaue Linie), die bei einem nicht kleinen Teil unserer Kunden als sogenannte Zinshäuser sehr beliebt sind, fast 25 Prozent an Wert verloren. Im Vergleich zum Beginn des Jahres 2019 liegt der Wert heute tiefer als vor über sechs Jahren! Natürlich wird jetzt der eine oder andere Immobilienfreund behaupten, dass diese Preisentwicklung für seine Immobilien nicht gilt. Aber dann müssen andere Immobilien noch stärker im Wert gefallen sein, denn die in der Grafik abgetragene Preisentwicklung ist eine Durchschnittsbetrachtung. Nur zum Vergleich: **In derselben Zeit, in der der Preis von Mehrfamilienhäusern in Deutschland gefallen ist, sind die deutschen Aktien (DAX) um 120 Prozent gestiegen!**

Wir von *Schmitz & Partner* haben in unseren Quartalsberichten immer wieder vor den absehbaren Preisrückgängen auf dem deutschen Immobilienmarkt gewarnt, so zum Beispiel Anfang Oktober 2022, nahezu auf dem Höhepunkt der Preisentwicklung. Wir schrieben damals: „Wer sich als Kapitalanleger überlegt, welche Handlungsalternativen

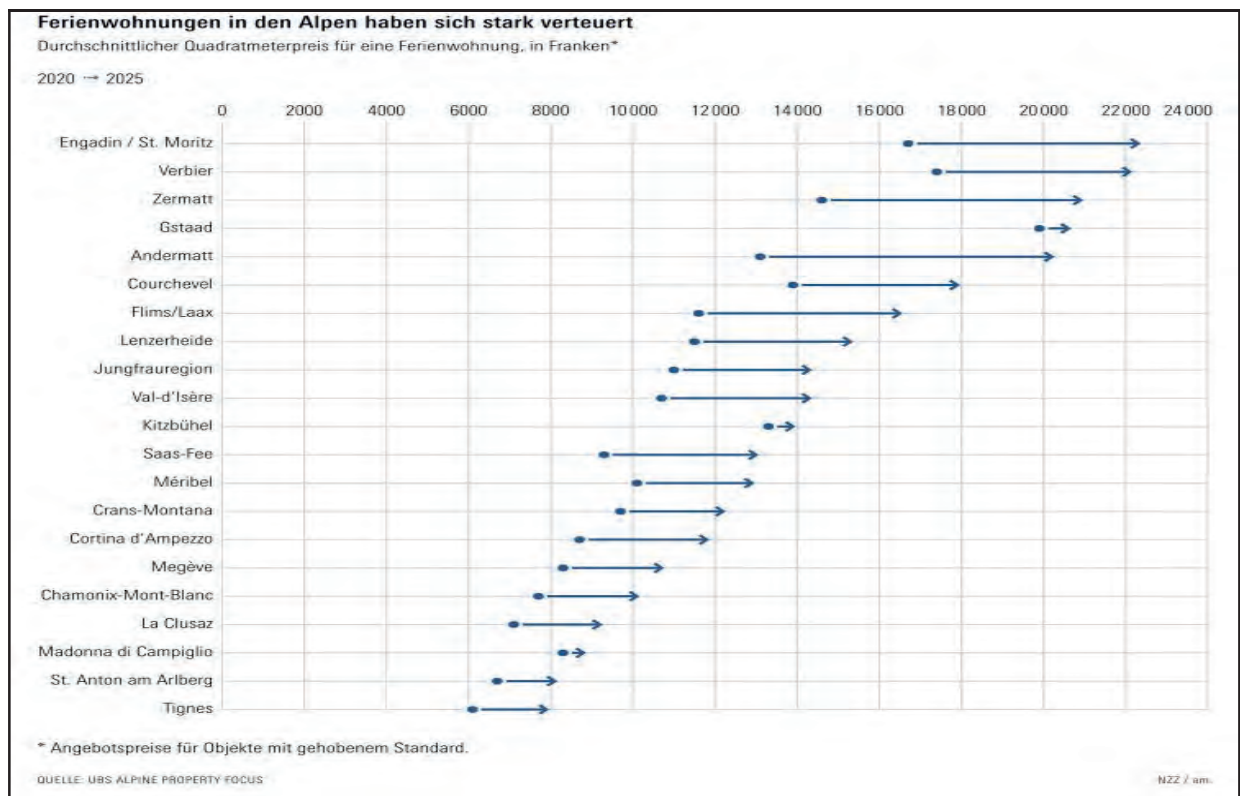
²⁴¹ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 24. Juni 2025, Seite 21. Die Zeitung schreibt in dem Artikel „Sind Immobilien oder Aktien lukrativer?“ auch: „Viele Immobilienbesitzer tendieren dazu, die Rendite ihrer Anlage zu überschätzen“ und „Zudem rechneten sich viele Wohneigentümer reich.“

²⁴² *Finanz und Wirtschaft* vom 30. Juli 2025, Seite 3.

sich in heutiger Zeit anbieten, dann kann man das Ergebnis in einem Satz zusammenfassen: **Verkauf von überbewerteten Immobilien und Kauf von unterbewerteten Aktien.** Mit dem Immobilienverkauf ist natürlich nicht das selbstbewohnte Eigenheim gemeint, aber die zahlreichen vermieteten Objekte (die ein großer Teil unserer Kunden im Bestand hält), deren jetzt bereits in Anfängen sichtbare Preisrückgang sich in Zukunft fortsetzen und weiter beschleunigen wird. Denn im Moment **stehen wir erst am Anfang der rückläufigen Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten.**"

Und genau so ist es ja auch gekommen. Aber wir von *Schmitz & Partner* kennen natürlich unsere zum großen Teil sehr langjährigen Kunden und haben geahnt, dass die wenigsten davon den Immobilienanteil in ihrem Gesamtvermögen trotz vorhersehbarer spürbarer Wertverluste wirklich reduzieren würden. Deshalb haben wir beispielsweise in unserem Quartalsbericht Anfang Oktober 2023 geschrieben: „Wenn Anleger schon unbedingt in Immobilien investieren wollen, dann sollten sie es nicht in Deutschland und auch nicht innerhalb des Euroraumes tun. Sondern zum Beispiel in der Schweiz.“ Und weiter: „Besonders interessant sind Immobilien in den Ferienorten in der Schweiz, und hier insbesondere in Orten in den Alpen. Nicht umsonst liegen neun der zehn teuersten Ferienorte dort.“

Eine Studie der *UBS* aus dem Jahr 2025 zeigt, wie stark die Wertsteigerungen von Immobilien in Schweizer Ferienorten in den Alpen in den letzten fünf Jahren ausgefallen sind:

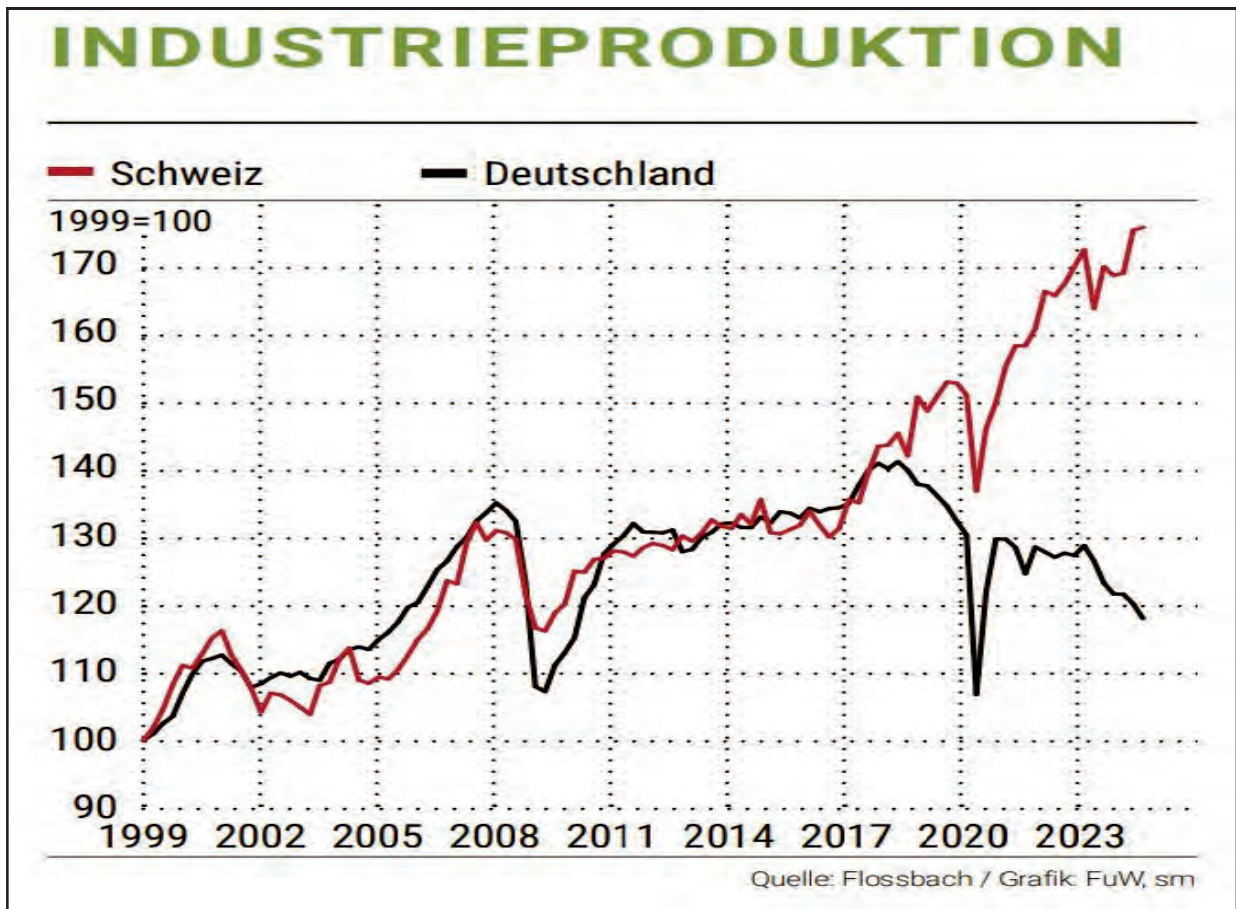


Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Juni 2025, Seite 25

Der kleine blaue Punkt zeigt den Preis pro Quadratmeter für den jeweiligen Ort im Jahr 2020 an, das Ende des Pfeils gibt den Preis im Jahr 2025 an. Das heißt, je länger der blaue horizontale Strich ist, desto größer war die Wertsteigerung in den vergangenen fünf Jahren. Die höchsten Preiszuwächse lagen allesamt in der Schweiz, so beispielsweise in St. Moritz, in Zermatt oder in Andermatt. Kaum Wertsteigerungen waren dagegen in Kitzbühel oder auch in Madonna di Campiglio zu verzeichnen.

Außerdem noch interessant: Die Wertzuwächse in der obigen Grafik sind in Schweizer Franken ausgewiesen. Für unsere fast ausschließlich aus dem Euro-Raum stammenden Kunden kommt in diesem Zeitraum somit noch die Aufwertung des Schweizer Franken gegenüber dem Euro in Höhe von 15 Prozent bei der Gesamtbetrachtung hinzu.

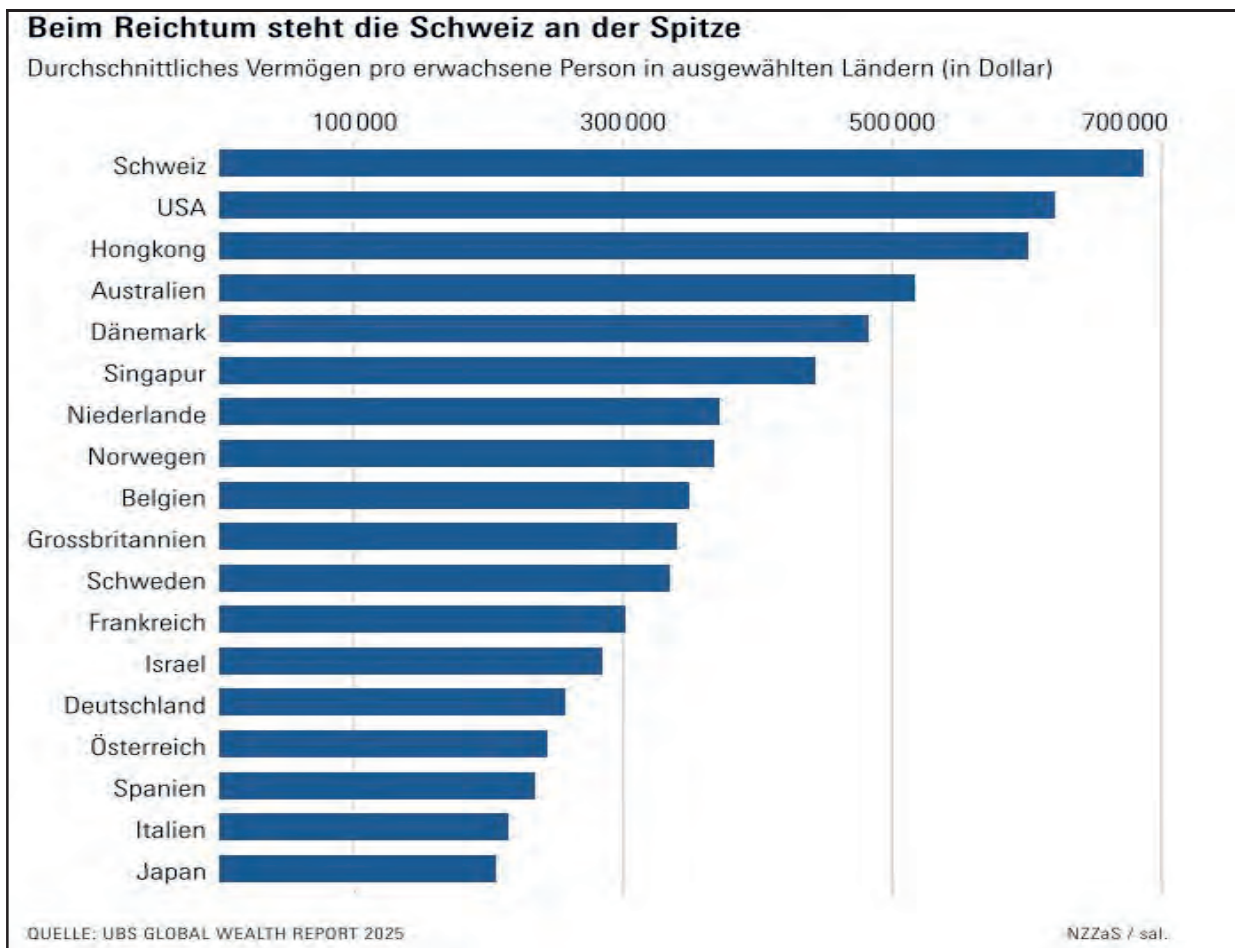
An der unterschiedlichen Entwicklung der Schweiz und Deutschland wird sich in den nächsten Jahren nichts ändern. Das gilt für die Entwicklung der Immobilienpreise, der Währung, der Inflationsrate, der Staatsverschuldung oder ganz allgemein der wirtschaftlichen Entwicklung. Lief die Ökonomie der beiden Länder Schweiz und Deutschland bis in das Jahr 2018 mehr oder weniger parallel, so gingen das Wirtschaftswachstum und die Industrieproduktion in den letzten Jahren extrem auseinander:



Quelle: Verlagsbeilage *Finanz und Wirtschaft* vom 3. Mai 2025, Seite 7

Deutschland befindet sich im dritten Jahr hintereinander in einer Rezession, die Schweiz erfreut sich dagegen an ihrem regelmäßigen Wirtschaftswachstum. Der ökonomische Erfolg der Schweiz wird auch in einer aktuellen Studie über die Wettbewerbsfähigkeit bestätigt. In dem Ranking der Lausanner Wirtschaftshochschule *IMD*, das Mitte Juni veröffentlicht worden ist, landet die Schweiz auf Platz 1. Die umfangreiche Analyse „IMD World Competitiveness Ranking“ wird seit 37 Jahren publiziert, untersucht insgesamt 69 Länder und stützt sich auf 170 öffentlich zugängliche Indikatoren. Während die Schweiz seit Jahren unter den ersten drei Volkswirtschaften zu finden ist, dümpelt Deutschland schon längere Zeit nur noch um Platz 20 herum.²⁴³ Im Jahr 2014 hatte es noch Rang sechs belegt.²⁴⁴

Aber nicht nur bei den volkswirtschaftlichen Kennzahlen liegt die Schweiz deutlich vor Deutschland. Auch bei der Betrachtung des Reichtums des einzelnen Bürgers liegt die Schweiz vorne:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Juni 2025, Seite 24

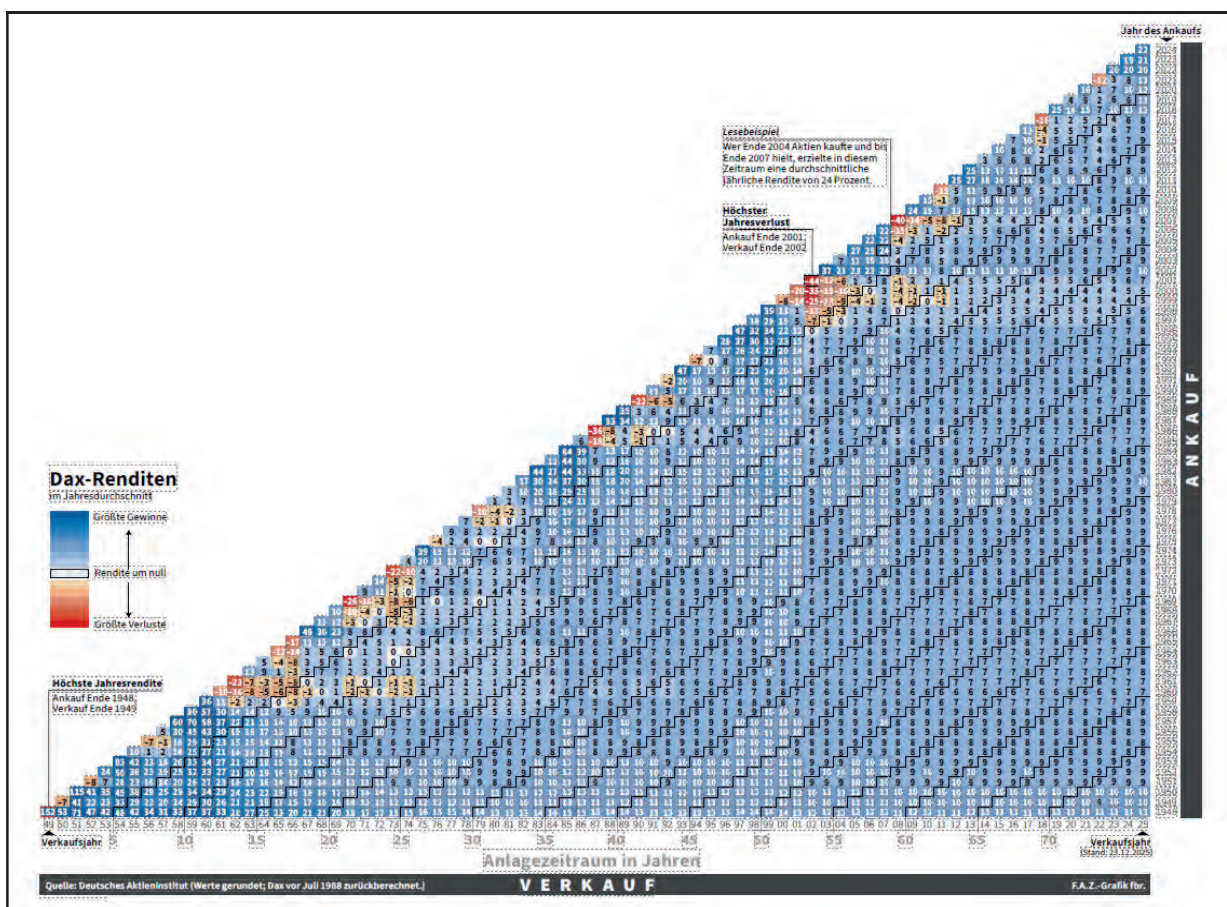
²⁴³ Vgl. hierzu den Artikel „Schweiz ist das wettbewerbsfähigste Land der Welt“ in der *Finanz und Wirtschaft* vom 18. Juni 2025 auf Seite 7 sowie den Artikel „Die Schweiz ist Spitze – Deutschland verbessert sich“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 17. Juni 2025 auf Seite 24.

²⁴⁴ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Juni 2025, Seite 26. Besonders schlecht schneidet Deutschland übrigens in der Steuerpolitik ab. Dort belegt es Platz 61 von 69.



Nach dem aktuellen *Global Wealth Report* der *UBS* sind nicht weniger als 1.119.000 Millionäre in der Schweiz wohnhaft. Das entspricht 16 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. In den USA ist der Anteil der Millionäre nur halb so hoch, während in Deutschland lediglich vier Prozent diese Marke erreichen.²⁴⁵ Die „Gegenposition“ zu den enormen Vermögen in den unterschiedlichen Ländern sind die kräftig gestiegenen Staatsschulden. Das wiederum führt dazu, dass diese Guthaben vermehrt in den Fokus der Politiker rücken und die Regierungen der hoch verschuldeten Länder versuchen, aus den Vermögen zusätzliche Einnahmen zu generieren (Vermögensteuer, Lastenausgleichsabgaben, Enteignungen). Die Beratungsfirma *Henley & Partners*, die auf Golden Visa und Staatsbürgerschaften spezialisiert ist, registriert daher ein stark steigendes Interesse von reichen Personen für einen zusätzlichen Wohnsitz in einem Zweitland²⁴⁶, zum Beispiel in der Schweiz.

Wir wiederholen daher: an einer Investition in Aktien führt kein Weg vorbei – am besten in Schweizer Aktien. Aber man muss Geduld mitbringen. Das jährlich veröffentlichte *Renditedreieck des Deutschen Aktieninstituts* zeigt anschaulich, **wie sehr sich Geduld in Form von Rendite auszahlt:**



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. Dezember 2025, Seite 25

²⁴⁵ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Juni 2025, Seite 24.

²⁴⁶ Siehe vorherige Fußnote.

Auf der Diagonalen kann man die Wertentwicklung des DAX in den jeweiligen Jahren ablesen, rechts oben beispielsweise die 22 (Prozent), die der DAX im Jahr 2025 zugelegt hat (Stand: 23. Dezember 2025), links darunter die 19 (Prozent), die der Index im Jahr 2024 gestiegen ist. Die roten Felder sind die Nervenproben für die Anleger, also Verlustjahre. Man erkennt jedoch auf den ersten Blick, dass die roten Rechtecke (Verlustperioden) im Vergleich zu den blauen Feldern (Gewinnperioden) eindeutig in der Unterzahl sind.

Und auch eine zweite Erkenntnis erschließt sich dem aufmerksamen Betrachter schnell: Je länger der Anlagehorizont ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Anleger mit Aktien (in der obigen Grafik mit Aktien des DAX) einen Gewinn erzielt. Die notwendige Geduld des Anlegers lässt sich auch an dem obigen Renditedreieck ablesen. Je weiter man von der Diagonalen mit den Jahresergebnissen ins Innere des Dreiecks vordringt, desto tiefer und verlässlicher werden die Blau-Töne der jeweiligen Felder (= positive Wertentwicklung).

Oder anders formuliert: **Das Risiko der Geldanlage in Aktien sinkt, je längerfristig die Geldanlage ist.** Wer als Anleger Geduld und Zeit bei seinem Engagement in Aktien mitbringt, lässt sich auch nicht von zwischenzeitlichen Kursrückgängen an der Börse verunsichern. Denn diese Rückschläge kommen so sicher wie das Amen in der Kirche. Allerdings sind der Zeitpunkt und die Ursache der Kursrückgänge oft nicht vorhersehbar.

Gerne zitieren wir zum Schluss unserer Ausführungen wie immer zum Jahresanfang die weisen Worte von *André Kostolany*: „**Kurzfristig ist es riskant, Aktien zu haben, langfristig ist es riskant, keine Aktien zu haben.**“

6. Durchblick mit aktuellen Presseartikeln

- „Bringen Sie etwas ‚Schweizer Handschrift‘ in Ihre defensiven Depotbausteine“ aus *Cash*. vom Januar 2026 (Seite 89)
- Kolumne „Deutschlands Schuldenwahnsinn“ aus dem *Smart Investor* vom April 2025 (Seite 90)
- Börse München „Vor den Zwischenwahlen: Don't cry for the past, Argentina“ vom Oktober 2025 (Seite 91 - 92)
- Interview „Anleger sollten nach Norwegen oder in die Schweiz blicken“ aus dem *Intelligent Investors* vom 2. Quartal 2025 (Seite 93 - 94)
- Kolumne „Schutz durch wahre Werte“ aus dem *Substanz Investor* vom Januar 2026 (Seite 95)

PATRIARCH MULTI-MANAGER GMBH

Bringen Sie etwas „Schweizer Handschrift“ in Ihre defensiven Depotbausteine!

In einer Welt, die immer mehr gekennzeichnet ist von autokratischer Politik, kriegerischen Auseinandersetzungen, Rohstoffknappheit und schwierigen Handelsbeziehungen, sind defensive Depotpositionen als Ruhepol für das Gesamtvermögen unabdingbar.

Doch wem soll man sich gerade für diesen sensiblen Bereich anvertrauen? Die Frankfurter Patriarch Multi-Manger GmbH als „Fondsdeenschmiede“ hat sich dafür im benachbarten Ausland umgeschaut und empfiehlt Kunden dazu ein wenig mehr „Schweizer Sichtweise“ für Ihre Geldanlage.

Dazu bedienen sich Investoren zukünftig des gut 18 Jahre erfolgreich am Markt etablierten „Schnitz & Partner Global Defensiv“ Fonds (WKN: A0MIUL). Dieser beliebte defensive Mischfonds wird seit seiner Auflage von Dr. Holger Schnitz, deutscher Vermögensverwalter in der italienischsprachigen Schweiz, beraten. Er tut dies nicht nur extrem erfolgreich für seine Investoren (lt. DAS Investment seit Monaten der beste defensive Mischfonds), sondern auch aus einem ganz speziellen Blickwinkel heraus. Nämlich dem eines neutralen Schweizer Eidgenossen.

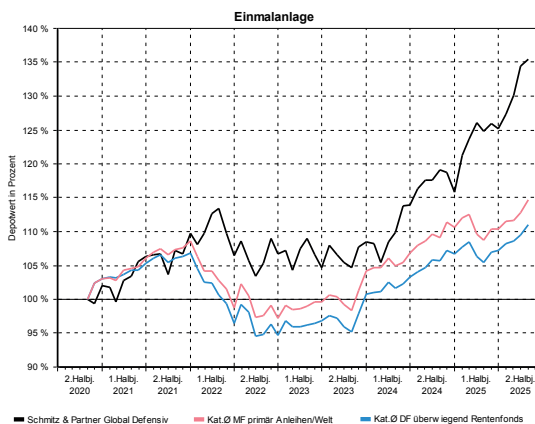


Fondsberater
Holger Schnitz

Was ist das Erfolgskonzept?

So setzt er für seine Kunden bereits seit Jahren nicht auf Euro oder Dollar, sondern konsequent auf den Schweizer Franken. **Physische Rohstoffe** sind als Inflationsschutz ebenso schon immer ein Muss im Portfolio. Und natürlich darf auch für defensive Kunden zumindest ein **kleiner Aktienanteil** als weitere Sachwertkomponente, beispielsweise in **Schweizer Qualitätswerten**, wie Roche, Novartis oder Nestle, ebenfalls nicht fehlen.

Dieser Exotenstatus in einem ansonsten durch den polarisierenden Wettbewerb zwischen den USA, Asien und Europa geprägten Weltbild, ist den Investoren extrem gut bekommen und lässt auch für die Zukunft hoffen, wie der nachfolgende Vergleich mit den anderen defensiven Wettbewerbern über die letzten 5 Jahre zeigt. **Starke 6,25% p.a. nach laufenden Spesen brachte der Fonds über diese Periode per Stichtag seinen konservativen Anlegern. Und damit gut das 2,5fache Ergebnis seiner Mitbewerber, ob Dachfonds oder Mischfonds.**



Kostolany's Lehren umgesetzt

Doch es ist nicht nur die „Schweizer Brille“, die den Schnitz & Partner Global Defensiv so besonders macht. Man erkennt auch deutlich die Handschrift des früheren Börsengroßmeisters André Kostolany in der Philosophie von Fondsberater Holger Schnitz. Und das ist kein Zufall, den Schnitz hat Jahre unter dem Börsenaltmeister als Zögling verbracht und die goldenen Regeln der Kapitalanlage fest verinnerlicht. Von diesem Wissen profitiert er, und die im Fonds investierten Kunden, noch heute massiv.

Wer also für die eigene Vermögensstruktur nicht ausschließlich auf die Offensive setzt, kommt an dem von Holger Schnitz beratenen Fonds eigentlich gar nicht vorbei, was auch zwei weitere beeindruckende Zahlen bestätigen. In 18 Jahren war das schlechteste Jahresergebnis des Fonds lediglich -6%. Und die Schwankungsbreite des Fonds liegt mit quasi über alle Laufzeitperioden nur ca. 6,5% zusätzlich extrem niedrig.

Verständlich – denn Schweizer Handschrift bedeutet auch kein Kapitalwachstum um jeden Preis. Der Kapitalerhalt steht immer noch an erster Stelle.

Einfach ein angenehm anderer Vermögensbaustein, den immer mehr Anleger aufgrund seiner Andersartigkeit als Basisinvestment oder Beimischung für Ihr Depot sehr schätzen.

Autor: Dirk Fischer, Patriarch Multi-Manager GmbH

FOTO: PATRIARCH MULTI-MANAGER GMBH

Kontakt: Patriarch Multi-Manager GmbH, Tel: 069-7158990-0, Email: info@patriarch-fonds.de, www.patriarch-fonds.de



Kolumne

Deutschlands Schuldenwahnsinn

Gastbeitrag von Dr. Holger Schmitz, Vorstand der SCHMITZ & PARTNER AG

Milliarden auf Pump

Es ist immer wieder erstaunlich – oder eher entsetzlich –, wie die Politik versucht, die Leute hinter Licht zu führen. 400 Mrd. EUR möchte die künftige deut-



Die SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement mit Sitz im Schweizer Tessin wurde 1997 zur individuellen Betreuung anspruchsvoller Kunden im Vermögensverwaltungsbereich gegründet. Sie arbeitet mit der 2005 ebenfalls von Dr. Holger Schmitz gegründeten Schmitz & Cie. GmbH – Individuelle Fondsberatung mit Sitz in München zusammen. Schmitz ist seit 1988 in der Vermögensverwaltung tätig und arbeitete mehrere Jahre bei der FIDUKA Depotverwaltung mit der Börsenlegende André Kostolany zusammen, bevor er sich 1993 selbstständig machte. Durch die Kooperation mit der Schmitz & Partner AG haben Anleger die Möglichkeit, in zwei sich ergänzende Vermögensverwaltungsfonds zu investieren: den Schmitz & Partner Global Offensiv sowie den Schmitz & Partner Global Defensiv.

sche Bundesregierung in die Bundeswehr investieren, 500 Mrd. EUR sollen in die Infrastruktur fließen. Und CDU-Chef Friedrich Merz sowie seine voraussichtlichen „Groß“-Koalitionäre aus Union und der SPD besitzen die Chuzpe, von einem „Sondervermögen“ zu sprechen. Dabei sind es nichts anderes als Sonderschulden, mit denen die Ausgaben finanziert werden.

Die Konsequenzen der unverschämten Verschuldungssorgie sind klar: Die deutsche Staatsverschuldung dürfte von aktuell rund 60% der Wirtschaftsleistung über die Marke von 90% klettern. Und die Verbindlichkeiten werden teurer: Bereits am Tag der Ankündigung des Pakets schossen die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen um 30 Basispunkte nach oben. Das war der stärkste Tagesanstieg seit der Wiedervereinigung. Die Zinsbelastung im Haushalt wird also immer größer. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich und Italien – Länder, die ohnehin unter einem erdrückenden Schuldendienst ächzen. Kurzum: Die Schuldenquoten steigen, die Zinsen steigen und die Inflation wird ebenfalls steigen. Für den Euro ist das ein giftiger Cocktail – die Kaufkraft der Gemeinschaftswährung sinkt immer schneller.

Erst sparen, dann ausgeben

Befürworter der Milliardenausgaben mögen nun einwenden, Investitionen seien schlichtweg nötig, um die Bundeswehr auf Vordermann und das Wachstum wieder in die Spur zu bringen. Das mag sein. Es geht aber darum, wie sie finanziert werden. Bund, Länder und Kommunen nehmen jedes Jahr Steuern in Höhe von insgesamt 1 Bio. EUR ein. Geld ist also genug da – es muss lediglich sinnvoller eingesetzt werden und weniger in Staatskonsum als vielmehr in dringend benötigte Investitionen wie eben in die Infrastruktur

fließen. Viel zu viel Geld wird für soziale Wohltaten wie die Mütterrente oder die Absenkung des Renteneintrittsalters auf 63 Jahre verschwendet. Aus meiner Sicht ist eine Reform des Rentensystems längst überfällig – in Kombination mit einer kritischen Überprüfung sämtlicher staatlicher Subventionen. Sind die Einsparpotenziale dann ausgereizt, können immer noch neue Schulden gemacht werden.

Dass sich Einsparungen und Wachstum nicht ausschließen, zeigt der argentinische Präsident Javier Milei: Schuldenabbau und Wirtschaftswachstum gehen in dem südamerikanischen Staat neuerdings Hand in Hand. Er hat die Staatsausgaben seit seiner Wahl vor anderthalb Jahren real um über 30% gesenkt, die Hälfte der Ministerien aufgelöst, die überbordende Bürokratie abgebaut und notwendige Devisen wieder ins Land geholt. Und Deutschland? Startet mit einem „Doppelwummus für Rüstung und Infrastruktur“ (Handelsblatt) eine „Neuverschuldungsexplosion“ (Finanzwoche) und zeigt damit, so die Neue Zürcher Zeitung, „erschreckende ökonomische Unvernunft“. Die Politik kauft sich Zeit für dringend nötige Reformen, die aber am Ende ohnehin wieder nicht kommen: Denn wer sollte ein echtes Interesse an für die Wähler möglicherweise schmerzhaften Einschnitten haben, wenn man stattdessen mit Geld um sich werfen kann?

Mich bestärken die deutschen Sonderschulden abermals in meiner Investmentstrategie: raus aus der Schwachwährung Euro, rein in den Schweizer Franken. Bei den Eidgenossen sorgen eine geringe Staatsverschuldung, niedrige Inflation und eine unabhängige Notenbank für eine starke Währung – und damit ungleich bessere Voraussetzungen für Investoren, die an einem Kaufkraftverlust ihrer Anlagen interessiert sind. ■



DR. HOLGER SCHMITZ, SCHMITZ & PARTNER AG

Vor den Zwischenwahlen: Don't cry for the past, Argentina

Ein Mann mit wilder Frisur, der auf Wahlkampfveranstaltungen zu Heavy-Metal-Musik eine Kettensäge dröhnen lässt: Die Rede ist von Javier Milei. Seit 2023 ist der Wirtschaftsprofessor und selbsternannte „Anarcho-Kapitalist“ Präsident Argentinien und hat das Land seither vom Kopf auf die Füße gestellt.



Dr. Holger Schmitz, Schmitz & Partner AG

Eindrucksvolle Erfolge

Frei nach dem berühmten Welthit könnte man sagen: „Don't cry for the past, Argentina“. Denn Mileis Erfolge können sich sehen lassen und lassen die düstere Vergangenheit allmählich verblassen. Die monatliche Inflationsrate sank von 25,5 Prozent auf zuletzt ca. 2,1 Prozent im September. Die Jahresinflation ist von 211 Prozent auf ca. 31,8 Prozent (Stand: September 2025) gesunken. Argentinien verzeichnet erstmals seit 14 Jahren wieder einen Haushaltsüberschuss, die Wirtschaft wächst inzwischen wieder mit rund 5 Prozent. Und die Armutsquote, die zu Beginn seiner Amtszeit kurzzeitig auf über 50 Prozent gestiegen war, ist inzwischen auf rund 39 Prozent gefallen – deutlich unter den Ausgangswert.

Natürlich gibt es weiterhin Herausforderungen: Die Armutsquote ist nach wie vor hoch und der Peso steht unter Druck. Man muss aber realistisch bleiben: Jahrzehntelange sozialistische Misswirtschaft lässt sich nicht in zwei Jahren korrigieren. Mileis Politik braucht Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten. Sie zeigt aber bereits Wirkung, auch wenn das viele Menschen hierzulande nicht wahrhaben wollen.



Die argentinische Warnung für Deutschland

Milei ist Wirtschaftsprofessor, er versteht die Zusammenhänge. In Deutschland hingegen haben wir Politiker ohne Berufsausbildung oder abgeschlossenes Studium, die über Mietpreisbremsen und Enteignungen von Wohnungsbaukonzernen fabulieren. Sie haben noch nie ein Unternehmen geführt, nie eine Bilanz gelesen – aber wollen der Wirtschaft vorschreiben, wie sie zu funktionieren hat.

Kein Wunder, dass sich Deutschland mittlerweile auf dem Weg befindet, der Argentinien ins Verderben führte: den Weg zum Verschuldungsstaat. Zwar liegt die Staatsverschuldung aktuell noch bei rund 60 Prozent der Wirtschaftsleistung – Tendenz aber stark steigend. Bereits 2029 werden es voraussichtlich 90 Prozent sein, dank hunderten Milliarden Euro an „Sondervermögen“ – oder, wenn man ehrlich ist: Sonderschulden, die auf Pump finanziert werden.

Weniger Politik wagen

Zugegeben: Noch ist die Situation in Deutschland weit von der Lage in Argentinien vor Mileis Amtsantritt entfernt. Und der Leidensdruck hierzulande ist ohnehin noch nicht annähernd so hoch wie in Argentinien vor zwei Jahren. Entsprechend sind Reformen – auch wegen der Blockadehaltung der SPD – nicht in Sicht. Das sollte aber nicht den Blick darauf verstellen, dass etwas geschehen muss, um den Wohlstand für die Zukunft zu sichern. Und die Lösung ist so einfach wie unpopulär: weniger Politik – wie es Professor Daniel Zimmer, ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Monopolkommission, schon 2013 in seinem gleichnamigen Buch forderte. Je mehr Wissen sich der Staat anmaßt, je mehr er reguliert und reglementiert, desto mehr erstickt die Wirtschaft. Und mit ihr das Unternehmertum.

Für Anleger ist Argentinien noch lange nicht wieder attraktiv

Argentinien ist noch lange nicht wieder für Anleger interessant, auch wenn seit Kurzem endlich wieder der richtige Weg eingeschlagen wird. Dieser Abstieg auch an den internationalen Kapitalmärkten ist in historischer Perspektive durchaus bemerkenswert. Vor dem 1. Weltkrieg zählte Argentinien zu den reichsten Ländern der Erde. Das ist lange her. Aber diese Entwicklung hält eine Warnung für Deutschland bereit. Sie zeigt, wohin jahrzehntelange Misswirtschaft führen kann.

Für Investoren ergibt sich daraus eine klare Lehre: Finger weg von sozialistisch-etatistisch regierten Staaten. Je mehr Etatismus herrscht, je mehr sich der Staat anmaßt, Unternehmer spielen zu wollen und in die Wirtschaft einzugreifen, desto düsterer ist die ökonomische Lage – und desto unattraktiver wird ein solcher Staat für die Kapitalmärkte. Setzt sich die Entwicklung in Deutschland so fort, könnte es in einigen Jahrzehnten in Deutschland daher heißen: „Cry for the past, Germany“. Denn dann gehören der Wohlstand und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland für internationale Investoren ebenfalls der Vergangenheit an.



Anleger sollten nach Norwegen oder in die Schweiz blicken

Aktuell steht der europäische Kontinent wieder mehr im Fokus des Interesses der Investoren. Eine gewisse Abkehr von US-Titeln ist seit geraumer Zeit zu beobachten. Doch wie attraktiv ist Europa wirklich? Dr. Holger Schmitz vom Vermögensverwalter Schmitz & Partner redet Klartext. Die Chefredaktion sprach mit ihm Anfang Mai.

INTELLIGENT INVESTORS: Herr Dr. Schmitz, was dürfen wir von der EZB im weiteren Jahresverlauf erwarten?

Dr. Holger Schmitz: Ganz klar: Die EZB wird die Zinsen noch weiter senken. Während beispielsweise die Schweiz mit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) über eine komplett unabhängige

Zentralbank verfügt, lassen sich die Währungshüter in der Eurozone ihren Kurs von der Politik diktieren. Geld- und Fiskalpolitik werden in der Eurozone vermischt: Verschwendungssüchtige Politiker üben Druck auf die EZB aus, da sie ihre teuren Geschenke und sozialen Wohltaten für das Wahlvolk günstig finan-

INTELLIGENT INVESTORS 02 2025

zieren wollen. Schauen Sie sich doch das deutsche sogenannte Sondervermögen an, bei dem es sich eigentlich um nichts anderes als Sonderschulden handelt. Die Verbindlichkeiten der Bundesrepublik könnten dadurch von 60 % auf rund 90 % des Bruttoinlandsprodukts steigen. In der Eurozone liegen sie durchschnittlich bereits bei 100 %. Und um diese finanzieren zu können, sind die Länder auf niedrige Zinsen angewiesen.

II: Wie attraktiv sind europäische Aktien aktuell und mit Blick auf die Zukunft?

Dr. Schmitz: Hier müssen wir strikt trennen: Um Aktien aus dem Euroraum sollten Anleger einen großen Bogen machen. Denn damit investieren sie in eine heute schon schwache Währung, die immer wachsender wird, da die Schulden in der Währungsgemeinschaft unaufhörlich steigen. Die Folge sind sichere Kaufkraftverluste. Unser Heimatkontinent bietet aber durchaus interessante Investmentchancen, nur eben nicht in der Eurozone. Anleger sollten nach Norwegen oder in die Schweiz blicken. Denn diese Länder beheimaten nicht nur starke Unternehmen, sondern verfügen gleichzeitig über eine harte Währung – dank niedriger Staatsschulden und einer unabhängigen Notenbank.

II: Europa ist sehr heterogen. Wo erkennen Sie speziell Chancen? Wie sehen Sie die aktuelle Lage in der europäischen Peripherie?

Dr. Schmitz: Zum einen wie gesagt in Ländern mit starker Währung wie der Schweiz oder Norwegen, zum anderen könnte sich ein Blick in Richtung Osteuropa auszahlen. Ich gehe davon aus, dass Länder wie Polen von einem Ende des Kriegs in der Ukraine und dem anschließenden Wiederaufbau des Landes in besonders hohem Maße wirtschaftlich profitieren werden.

II: Welche Segmente haben Sie, auch im internationalen Vergleich, im Fokus?

Dr. Schmitz: Mein Fokus liegt weniger auf Branchen als auf Währungen und Unternehmen. Schauen Sie beispielsweise Nestlé an. Der Schweizer Lebensmittelriese produziert in mehr als 180 Ländern und ist dadurch immun gegen Zölle. Er verfügt über eine riesige Marktmacht und kann daher Preissteigerungen an seine Kunden weitergeben. Außerdem erhöht er Jahr für Jahr die Dividende. Kurzum: Es ist ein Unternehmen, wie es sich Anleger nur wünschen können. Es gibt aber noch weitere spannende Aktien, darunter der norwegische Erdöl- und Erdgaskonzern Equinor oder Tomra Systems, ein an der Osloer Börse notierter Hersteller unter anderem von Pfandautomaten.

II: Was gehört aus Ihrer Sicht noch ins Portfolio?

Dr. Schmitz: Aktien sind die Basis jeder Vermögensanlage. Denn wie schon mein Mentor, die Börsenlegende André Kostolany, sagte: 'Kurzfristig ist es riskant, Aktien zu haben, langfristig ist es riskant, keine Aktien zu haben.' Ergänzend sollten Anleger auf Gold und Silber zurückgreifen. Denn anders als die Papiergeldmenge, die nahezu beliebig aufgebläht werden kann, um

die Übersetzung des lateinischen Ausdrucks 'inflare' zu nutzen, kann das Goldangebot nur sehr begrenzt erhöht werden. Die jährliche Goldmenge wächst lediglich um 2 %. Wer über einen längeren Zeitraum seine Kaufkraft erhalten will, kommt an Gold – und auch an Silber – daher nicht vorbei. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der immer weiter steigenden Staatsverschuldung rund um den Globus

II: Deutschland und Frankreich galten als Tandem der europäischen Integration. Hierzulande sind wir auch in den OECD-Prognosen abgestürzt. Was ist Ihre Erwartungshaltung zur neuen Regierung?

Dr. Schmitz: Um ehrlich zu sein, erwarte ich nichts von der neuen deutschen Regierung. Deutschland braucht dringend einen Umschwung, den hat die SPD schon im Koalitionsvertrag verhindert. Es ist frech, dass die Sozialdemokraten als eindeutiger Wahlverlierer in der neuen sogenannten Großen Koalition einen derart starken Einfluss geltend machen können. Es ist eine Blockadepartei, die nur an die Umverteilung des bereits erwirtschafteten Wohlstands denkt – nicht aber daran, wie man neuen Wohlstand schaffen kann. Das Problem ist grundsätzlicher Natur: Auf der Mikroebene machen die Politiker den Unternehmen und den Bürgern ständig Vorschriften zur Nachhaltigkeit, zum Beispiel mit dem Verkaufsverbot für Verbrennerautos ab dem Jahr 2035 oder dem Heizungsgesetz. Auf der Makroebene aber können oder wollen sie in ihrem ureigenen Gestaltungsbereich – zum Beispiel Sozialversicherungssysteme, Staatsfinanzen, Euro – nicht auf Nachhaltigkeit und Stabilität achten. Diese Reformunwilligkeit hat zu der aktuellen Situation geführt: Die einseitige Verteilung der Steuereinnahmen auf den übermäßigen Ausbau des Sozialstaats und dafür hingegen viel zu geringe Mittel für die immer mehr verfallende Infrastruktur führten zu dem jüngst beschlossenen riesigen Schuldenpaket – mit dem erneut der deutlich bequemere Weg beschritten wird, die Verschuldung aufzublähen und mit einem dicken Finanzpaket auf Pump die dringend notwendigen Reformen des Sozialstaates in die Zukunft zu verschieben.

II: Bitte legen Sie uns Ihren Investmentansatz kurz dar.

Dr. Schmitz: Bei mir steht der Kapitalerhalt der Investments im Zentrum. Der Schlüssel dazu ist aus meiner Sicht die Währung: Es ist Fakt, dass man mit Investments in Euro die Kaufkraft seines Vermögens nicht erhalten kann. Bei der Gemeinschaftswährung handelt es sich – politisch gewollt – um eine Schwachwährung. Gleiches gilt übrigens für den US-Dollar. Um das Vermögen meiner Kunden zu schützen und zu mehren, investiere ich daher in starke Unternehmen aus Ländern wie der Schweiz und Norwegen. Diese Staaten sind gering verschuldet und verfügen über eine unabhängige Notenbank – aus meiner Sicht ein wesentlicher Faktor für eine starke Wirtschaft und eine harte Währung. Daneben setze ich als zusätzliche Absicherung und als Werttreiber auf Edelmetalle wie Gold und Silber, die sich nicht beliebig inflationieren lassen.



Kolumne

Schutz durch wahre Werte

Gastbeitrag von Dr. Holger Schmitz,
Vorstand der SCHMITZ & PARTNER AG



Dr. Holger Schmitz ist Bankkaufmann, Diplom-Kaufmann und promovierter Ökonom. Erste Aktienkäufe tätigte er bereits mit 16 Jahren. In seiner Diplomarbeit beschäftigte er sich mit „Aktienanalyse und Portfolioentscheidungen mit Künstlicher Intelligenz“, in seiner Dissertation ging es um „Individuelle Depotverwaltung mit Investmentfonds“. Beide Themen bilden bis heute seine Interessen- und Tätigkeitsschwerpunkte. Viele Jahre arbeitete Schmitz in München mit der Börsenlegende André Kostolany zusammen, bevor er 1997 die SCHMITZ & PARTNER AG (Vermögensverwaltung) und 2005 die Schmitz & Cie. GmbH (Fondsberatung) gründete. Zusätzlich verantwortlich er die Anlagepolitik der beiden sich ergänzenden vermögensverwaltenden Investmentfonds Schmitz & Partner Global Offensiv und Schmitz & Partner Global Defensiv. Letzterer belegt mit rund +23% YTD im Ranking von „DAS INVESTMENT“ (Stichtag: 16.12.2025) den 1. Platz unter knapp 400 Fonds der Kategorie „Mischfonds defensiv Welt“. Schmitz lebt und arbeitet seit mehr als 30 Jahren in der Schweiz am Lago Maggiore.

2025 war ein starkes Jahr für Gold – und vieles spricht dafür, dass sich dieser Trend fortsetzt. Die Entwicklung wurde und wird vor allem von zwei Faktoren getragen: der weiter steigenden Staatsverschuldung in der Eurozone und den USA sowie den umfangreichen Käufen internationaler Notenbanken.

Treiber des Goldpreises

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Die geopolitische Lage ist unsicher, Gold fungiert als Sicherheitsanker. Zugleich wollen sich immer mehr Staaten zumindest teilweise vom US-Dollar-Finanzsystem lösen. Parallel versuchen zahlreiche Länder, den realen Schuldenstand durch höhere Inflation zu drücken. Da die Goldmenge jährlich nur um rund 1,8% wächst, die Menge des ungedeckten Papiergeldes wegen dieser Politik jedoch um mehr als diese 1,8% zunimmt, setzt sich der relative Wertzuwachs des Goldes fort. Kurzfristig könnte es aber zu Rücksetzern kommen. Sollte der Goldpreis zu schnell steigen, könnte die US-Notenbank eingreifen. Die Federal Reserve hat genug Spielraum, einem überhitzten Markt entgegenzuwirken, denn die USA sind mit Abstand im Besitz der größten Goldreserven weltweit. Ende 2024 waren es mehr als 8.000 Tonnen. Warum sollte die Fed intervenieren? Um damit auch den Eindruck zu zerstreuen, dem Finanzsystem ginge es nicht gut – denn dafür ist ein steigender Goldpreis ein verlässlicher Indikator. Man zerschlägt also lieber das Fieberthermometer, als die Krankheit zu heilen.

Silberpotenzial

Silber besitzt sogar ein noch deutlich größeres Anstiegspotenzial als Gold.

Erstens ist es in den vergangenen Jahren zu einer zunehmenden Angebotsverknappung gekommen. Rechnet man zweitens die Inflation ein, müsste sich sein Preis mehr als verdreifachen, um den historischen Höchststand aus dem Jahr 1980 real zu übertreffen. Gold hingegen hat seine Rekordmarke aus demselben Jahr schon wieder erreicht. Trotz der enormen Preisanstiege im Jahr 2025 dürfte sich also auch weiterhin ein Einstieg bei Gold und Silber lohnen, denn ein Ende der vorherrschenden strukturellen Rahmenbedingungen zeichnet sich nicht ab.

Substanztitel

Allerdings sollten Edelmetalle nur eine von drei Säulen sein, mit denen sich Anleger gegen die vielen globalen Unwägbarkeiten und die politisch vorangetriebene schleichende Enteignung durch Geldentwertung in der Eurozone schützen können. Harte Währungen wie die norwegische Krone und allen voran der Schweizer Franken sowie substanzstarke Aktien bilden gemeinsam mit Gold und Silber einen wirksamen Schutz gegen Wertverluste.

Apropos Währungen: 2026 geht der Euro in sein 25. Jahr als Zahlungsmittel. Es wäre wünschenswert, wenn es bei diesem Intermezzo bliebe! Er ist und bleibt eine Wunschwährung europäischer Politiker, die Volkswirtschaften in sich vereinigt, die nicht zusammenpassen. Das ist immerhin eine gute Nachricht zum Jahreswechsel: Anleger sind den Herausforderungen nicht hilflos ausgeliefert, sondern können sich mit einer klugen, diversifizierten Strategie, die auf wahre Werte setzt, wirksam schützen. ■